

# **Zeitungsverleger-Fernsehen in West-Berlin (1960 bis 1986)**

Wissenschaftliche Hausarbeit zur Erlangung  
des akademischen Grades Magister Artium  
der Universität Hamburg

vorgelegt von  
Bert Rösch

aus Bremen

Hamburg  
2001

*Ich danke dem Unternehmensarchiv des Axel Springer Verlages für die freundliche und umfangreiche Unterstützung bei der Recherche für diese Arbeit.*

## Inhaltsverzeichnis

### Zeitungsverleger-Fernsehen in West-Berlin (1960-86)

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>5</b>	
1.1.	Zum Thema	5	
1.2.	Quellenlage und Forschungsstand	7	
<b>2.</b>	<b>Die Fernsehaktivitäten des Axel Springer Verlages in Deutschland von 1960-1985</b>	<b>9</b>	
2.1.	Axel Springer und das Fernsehen	9	
2.2.	Die Abteilung Elektronische Publikationsmittel des Axel Springer Verlages	13	A-
2.3.	Die BDZV-Kampagne zur Errichtung eines Verlegerfernsehens	16	
2.4.	Initiativen im Bundestag	22	
2.5.	Das Liechtenstein-Projekt	29	
2.6.	Das Saarland-Fernsehen	32	
2.7.	Die Aktuell Presse-Fernsehen Gesellschaft (APF) und die Gründung von SAT.1	34	
<b>3.</b>	<b>Die Geschichte der Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungsverleger (FBT)</b>	<b>36</b>	
<b>3.1.</b>	<b>Entstehung und Aufbau der Fernsehgesellschaft 1960-62</b>	<b>36</b>	
3.1.1.	Gründung und Zielsetzung der FBT	36	
3.1.2.	Kooperationen mit der Freies Fernsehen GmbH	42	
3.1.3.	Kooperationen mit dem Sender Freies Berlin	44	
3.1.4.	Der Kampf um die Fernsehlizenz	46	
3.1.5.	Die ambivalente Haltung des Berliner Senats	52	
3.1.6.	Finanzielle und technische Entwicklungen	56	
3.1.7.	Quo vadis FBT? Die Fernsehgesellschaft am Scheideweg	59	
<b>3.2.</b>	<b>Fernsehsender auf Abruf – Beschränkung auf Auftragsproduktionen 1962-66</b>	<b>63</b>	
3.2.1.	Produktionen und allgemeine Entwicklungen	63	
3.2.2.	Die „Boykottpolitik“ des ZDF	68	
3.2.3.	Die Kampagne gegen den Sender Freies Berlin	73	
3.2.4.	Die Klage gegen das Land Berlin	80	
3.2.5.	Die Verstrickung des FBT-Geschäftsführers Horst Schnare in die ZDF- "Spionage"- Affäre	82	
3.2.6.	Der Bruch – Vier Gesellschafter verlassen die FBT	89	

<b>3.3.</b>	<b>Die FBT unter der alleinigen Regie der Ullstein GmbH und des legraf Verlages bzw. der Graphischen Gesellschaft 1967-79</b>	<b>92</b>	<b>Te-</b>
3.3.1.	Die Umgründung der FBT	92	
3.3.2.	Die endgültige Gerichtsentscheidung	94	
3.3.3.	Der Axel Springer Verlag macht sich selbst Konkurrenz: Die Ullstein-AV nimmt der FBT ZDF-Aufträge weg	99	
3.3.4.	Produktionen und allgemeine Unternehmensentwicklung	104	
<b>3.4.</b>	<b>Der Niedergang – Die FBT/FFB unter der Leitung von Thomas J. Frank 1979-1980</b>	<b>108</b>	
3.4.1.	Die neue Firmenpolitik	108	
3.4.2.	Produktionen	110	
3.4.3.	Die Entlassung Franks	113	
<b>3.5.</b>	<b>Die Liquidation 1980-1986</b>	<b>116</b>	
<b>4.</b>	<b>Schluss teil</b>	<b>117</b>	
4.1.	Zusammenfassung	117	
4.2.	Bewertung der Arbeit der FBT/FFB und Resümee	122	
<b>5.</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>126</b>	
5.1.	Quellen	126	
5.1.1.	Ungedruckte Quellen	126	
5.1.2.	Gedruckte Quellen	126	
5.2.	Darstellungen	127	
5.3.	Zeitungen und Zeitschriften	132	
<b>6.</b>	<b>Anhang</b>	<b>134</b>	
6.1.	Zeittafel	134	
6.2.	Personenregister	136	
6.3.	Auflistung der FBT/FFB-Produktionen	138	
6.4.	Ausgewählte Dokumente	142	
6.4.1.	Der Gesellschaftervertrag der FBT	142	
6.4.2.	Der Antrag der FBT auf Erteilung einer Fernseh lizenz	153	
6.4.3.	Bescheid über Ablehnung des Lizenzantrages	155	

# **1. Einleitung**

## **1.1. Zum Thema**

Im Juni 1967 wurde in West-Berlin eine bis dahin einmalige Allianz geschmiedet: Alle sieben Berliner Tageszeitungsverleger, die sonst in einem harten Konkurrenzkampf zueinander standen, taten sich zusammen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen: Sie wollten einen eigenen Fernsehsender ins Leben rufen. Zu diesem Zweck gründeten die Verlage Der Abend, Tagesspiegel, Ullstein, Telegraf, Deutschland, Erich Lezinsky und Echo die Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungsverleger mbH (FBT). Mit dem noch zu schaffenden Sender beabsichtigten die Verleger, nicht nur die Westberliner Bevölkerung, sondern auch die Menschen in der DDR mit Informationen zu versorgen. Zudem erhofften sie sich lukrative Einnahmen durch das Fernsehwerbe-geschäft.

Mit eben dieser Fernsehgesellschaft beschäftigt sich diese Arbeit, die in zweierlei Hinsicht aufschlussreich<sup>1</sup> für das Studium der deutschen Rundfunkgeschichte ist: Zum einen gibt sie einen guten Einblick in die Vorgeschichte des dualen Rundfunksystems, die lange vor der Gründung der privaten Fernsehsender SAT.1 und RTL in den 80er-Jahren begann und veranschaulicht anhand eines Beispiels, mit welchen rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Initiatoren eines privaten Fernsehens damals zu kämpfen hatten. Zum anderen stellt die FBT das am weitesten ausgereifte Projekt in Axel Springers jahrzehntelangen Bemühungen um einen Einstieg ins Fernsehgeschäft dar. Insofern lässt sich anhand dieses überschaubaren und umfassend dokumentierten Beispiels ein guter Einblick in Springers bundesweites Fernseh-Engagement gewinnen, welches als Thema für sich den Rahmen dieser Arbeit sprengen

---

<sup>1</sup> Das Wort „aufschlussreich“ wurde hier mit „ss“ geschrieben, da die gesamte Arbeit nach den Regeln der reformierten Rechtschreibung verfasst wurde. Die Zitate wurden in ihrer Ursprungsform belassen. Wenn in den Zitaten aus der Zeit vor der Rechtschreibreform „dass“ mit „ss“ und nicht - wie vor der Rechtschreibreform der Fall - mit „ß“ geschrieben wird, dann liegt das nicht daran, dass die Zitate vom Autor dieser Arbeit geändert wurden, sondern dass die Verfasser der zitierten Dokumente diese Worte - aus welchen Gründen auch immer - wirklich so geschrieben haben.

würde. Dieses ist insbesondere deshalb bei der FBT so gut möglich, da hier teilweise Springers bundesweit angewandte Fernsehstrategien im Kleinen zur Anwendung kamen.

Um diesen Zusammenhang zu erläutern, beginnt diese Arbeit mit einem Übersichtskapitel über die Fernsehaktivitäten des Axel Springer Verlages von 1960 bis zum Tode Axel Springers im Jahre 1985. Danach wird die Geschichte der FBT in fünf Phasen beschrieben, wobei von Zeit zu Zeit Rückgriffe auf Springers bundesweite Fernsehaktivitäten gemacht werden.

Ziel dieser Arbeit ist es, die Entwicklung der FBT darzustellen und dabei Wandel und Kontinuitäten der Gesellschaft aufzuzeigen. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Beantwortung der Frage, mit welchen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten die private Fernsehgesellschaft zu kämpfen hatte und wie sie diese bewältigte. Außerdem soll folgenden Fragestellungen nachgegangen werden: Welche Rolle spielte der Axel Springer Verlag in dieser Gesellschaft und konnte er seinen Expansionsdrang in dieser Verlegerallianz zügeln? Inwiefern kommen Springers bundesweite Fernsehpläne bei der FBT zum Tragen? Woran scheiterten die Fernsehsenderpläne der FBT und woran die Firma als solche?

## 1.2. Quellen- und Forschungsstand

Der Hauptteil dieser Arbeit, welcher sich mit der Entwicklung der FBT befasst, basiert größtenteils auf den Unternehmensakten der Fernsehgesellschaft, die das Unternehmensarchiv des Axel Springer Verlages in Hamburg aufbewahrt. Der Bestand „FBT/FFB“ umfasst 110 Akten. Der größte Teil, bestehend aus 67 Titeln, stammt von der Geschäftsleitung der Fernsehgesellschaft. Die Verwaltung der FBT bzw. FFB<sup>2</sup> ist mit sechs und die Produktionsleitung mit 35 Titeln repräsentiert. Nicht archivrelevante Akten wurden vom Archiv zuvor aussortiert. Es bestehen Lücken bei der Dokumentation der Personalentwicklung und der Produktionen.

Einen Einblick in die Sichtweise der Berliner Politik geben diejenigen Akten des Berliner Senats, die das Landesarchiv Berlin zur Einsicht freigab. Doch leider sind diese nicht so aufschlussreich wie erhofft. Es fanden sich keine senatsinternen Dokumente, die Auskunft darüber geben, warum sich der Senat ambivalent im Fernsehstreit verhielt. Die Dokumente waren aber hilfreich beim Nachvollziehen der Entscheidungsfindung des Senats bei der Ablehnung des Lizenzantrages der FBT.

In Bezug auf Springers Fernsehambitionen auf Bundesebene sind besonders hervorzuheben die Darstellungen von Helga Montag, Harald von Gottberg, Gerhard Naeher und Hans-Dieter Müller<sup>3</sup> sowie zahlreiche „Spiegel“-Artikel über das Thema. Während die Untersuchungen von Helga Montag und Harald von Gottberg einen guten Überblick über sämtliche privaten Rundfunkinitiativen geben, beschäftigt sich Hans-Dieter Müller ganz speziell mit den Fernsehaktivitäten des Springer-

---

<sup>2</sup> Die Gesellschaft wurde 1979 in „FFB - Film und Fernsehgesellschaft mbH, Berlin“ (FFB) umbenannt. Näheres dazu in Kapitel 3.4.1.

<sup>3</sup> Montag, Helga: Privat- oder öffentlich-rechtlicher Rundfunk? Initiativen für einen privaten Rundfunk in der BRD. Berlin 1978 (Rundfunkforschung, Bd. 6). Gottberg, Harald von: Initiativen zur Errichtung kommerziellen Rundfunks. Berlin 1979 (Hochschul-Skripten Medien). Naeher, Gerhard: Axel Springer: Mensch, Macht, Mythos. Erlangen 1991. Müller, Hans-Dieter: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. München 1968. „Der Spiegel“ 28/1961, 42/1964, 6/1965, 44/1967, 45/1967, 46/1967,

Konzerns. Montags Untersuchung war besonders hilfreich beim Verständnis der Fernsehurteile und der Berichte der Bundestagsausschüsse, die sich mit Rundfunkfragen beschäftigten. Die Springer-Biographie von Gerhard Naehrer gibt einen Einblick in die Denkweise des Verlegers in Bezug auf dessen Fernsehpläne.

Über die FBT selbst gibt es kaum Forschungsarbeiten. Der einzige, der sich relativ intensiv mit der FBT beschäftigt hat, ist Harald von Gottberg. Doch ist seine Darstellung insgesamt recht kurz und oberflächlich, zudem wurden die Unternehmensakten der FBT bei seiner Arbeit nicht berücksichtigt. Ansatzweise wurde das Thema bei den Darstellungen von Helga Montag und Hans-Dieter Müller behandelt.

---

42/1964; 24.3.1965; 40/1967, 43/1967, 32/1968, 38/1967, 7.8.67, 33/1967, 28/1961, 36/1967.



## **2. Die Fernsehaktivitäten des Axel Springer Verlages in Deutschland von 1960-1985**

Die Geschichte der FBT kann nur im Zusammenhang mit den sonstigen Bemühungen des Springer-Konzerns um einen Zugang zum Fernsehen gesehen werden. Insbesondere deshalb, weil der Axel Springer Verlag in Bezug auf seine Fernsehaktivitäten mehrmals von der Bundesebene auf die Berliner Ebene wechselte und umgekehrt. Da eine umfassende Darstellung der Springerschen Fernsehaktivitäten den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, wird dieser Sachverhalt im Folgenden nur überblicksartig beschrieben.

### **2.1. Axel Springer und das Fernsehen**

Laut Gerhard Naeher, in Sachen Fernsehen jahrelang ein enger Mitarbeiter Axel Springers, war der Großverleger vom Medium Fernsehen, seiner Attraktivität und Durchsetzungskraft schon überzeugt, als dieses in Deutschland noch gar nicht richtig Fuß gefasst hatte. Naeher's Ausführungen zufolge hatte Springer im Vorfeld der „Bild“-Gründung im Jahre 1952 sehr aufmerksam die Entwicklung in Großbritannien und den USA beobachtet – mit dem Ergebnis, dass er davon überzeugt war, dass sich das neue Medium auch auf dem europäischen Festland sehr rasch ausbreiten werde. Mit der Konzeption der „Bild“ wollte er dieser Entwicklung Rechnung tragen.<sup>4</sup>

Springer war sich Naeher zufolge sicher, dass er mit zeitgerecht gemachten Zeitungen und Zeitschriften den Wettbewerb mit dem Fernsehen bestehen könne. Diese Vorstellung sei aber schnell ins Wanken geraten, als die TV-Sender Ende der 50er Jahre anfangen, Werbung ins Programm zu nehmen. Der Verleger befürchtete laut Naeher nun, dass die Sender ihm Werbeeinnahmen wegnehmen könnten. Somit habe Springers Hauptmotivation für seinen Drang zum Fernsehen darin bestanden, eventuelle

Verluste bei den Werbeeinnahmen durch neue Werbeeinnahmen bei Fernsehbeiträgen wieder auszugleichen.<sup>5</sup> „*Ich verlange nur unseren Anteil an der neuen Maschine*“, sagte Springer im März 1963.<sup>6</sup>

Doch selbst der Springersche Fernsehplaner Naeher bestätigte, dass nicht nur wirtschaftliche Überlegungen Axel Springer veranlassten, eine Beteiligung am Fernsehen zu fordern: Auch publizistische Motive spielten eine große Rolle: „*Ihn reizte einfach die Wirkung, die das Medium auf die Massen ausübte, sowie die Möglichkeit, damit auch Teile der Bevölkerung in der DDR zu erreichen.*“<sup>7</sup> Der Verleger war Naeher's Ausführungen zufolge nämlich der Auffassung, dass sich die bestehenden Radio- und Fernsehprogramme viel zu wenig mit gesamtdeutschen Fragen beschäftigten und zudem die DDR-Bevölkerung nur unzureichend mit Nachrichten aus dem freien Teil Deutschlands versorgten.<sup>8</sup>

Etwas differenzierter formulierte Henno Lohmeyer Springers Mix der Motive: Seiner Meinung nach wollte Springer mit der Beteiligung am Fernsehen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen konnte er so an den Einnahmen des Werbefernsehens teilhaben und damit eventuelle Einbußen beim Werbegeschäft seiner Printprodukte ausgleichen. Zum anderen bot ihm die Beteiligung am Fernsehen die Möglichkeit, via Mattscheibe in die DDR hineinzuwirken, wo seine Zeitungen nicht erhältlich waren.<sup>9</sup>

Im Juni 1961 griff Springer zum ersten Mal öffentlich in die Diskussion um eine Beteiligung am Rundfunk ein. Auf der Jahresversammlung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) meldete der Großverleger den Anspruch der Presse auf das Fernsehen an. In seiner

---

<sup>4</sup> Naeher: Axel Springer, S. 177.

<sup>5</sup> Naeher, S. 178.

<sup>6</sup> Müller: Der Springer-Konzern, S. 259.

<sup>7</sup> Naeher, S. 179.

<sup>8</sup> Naeher, S. 180.

<sup>9</sup> Lohmeyer, Henno: Springer. Ein deutsches Imperium. Berlin 1992, S. 274.

Rede "Presse und Fernsehen"<sup>10</sup> artikulierte Springer den Vorwurf, dass die privatwirtschaftliche Presse, die seiner Ansicht nach ein verfassungsrechtlich garantierter Bestandteil der Bundesrepublik war, durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und damit durch den Staat selbst benachteiligt werde. Springers Meinung nach bedrohten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Presse in ihrer Existenz, in dem sie Werbesendungen ausstrahlten und damit ihre Einnahmen erhöhten, während den Zeitungsverlegern der Zugang zu elektronischen Medien verbaut war. Zudem eigneten sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten laut Springer Werbegelder an, die den Verlegern zustehen. Obendrein verfügten die Fernsehsender über einen Aktualitätsvorsprung gegenüber der Presse, wodurch sich für diese ein publizistischer und wirtschaftlicher Nachteil ergebe. Eine weitere Beeinträchtigung der Presse durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sah Springer in der Abwerbung von Zeitungsjournalisten durch die öffentlich-rechtlichen Sender.<sup>11</sup> Kurzum: Für Springer bestand eindeutig eine Wettbewerbsverzerrung zwischen der Presse und dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Laut Harald von Gottberg hatte Springers Rede einen grundsätzlichen und prägenden Charakter für sämtliche weiteren Bestrebungen der Zeitungsverleger um einen eigenen Fernsehkanal.<sup>12</sup> Auch Helga Montag wies dem Vortrag Springers große Bedeutung zu. Ihrer Meinung nach begann damit eine neue Phase der Auseinandersetzung in der Fernsehfrage.<sup>13</sup>

Zwei Jahre später schaltete sich Springer erneut in die Diskussion ein. Unter der beschwörenden Überschrift „Ehe es zu spät ist...!“<sup>14</sup> legte er

---

<sup>10</sup> Springer, Axel: Presse und Fernsehen. Rede auf der Jahreshauptversammlung des BDZV 1961, in Festschrift für Anton Betz (hrsg. von K. Bringmann). Düsseldorf 1963, S. 99-108.

<sup>11</sup> Springer, Axel: Presse und Fernsehen. Rede auf der Jahreshauptversammlung des BDZV 1961, in Festschrift für Anton Betz (hrsg. von K. Bringmann). Düsseldorf 1963, S. 99-108. Gottberg: Initiativen zur Errichtung kommerziellen Rundfunks, S. 272-273. Vgl. Montag: Privat- oder öffentlich-rechtlicher Rundfunk, S. 126-127.

<sup>12</sup> Gottberg, S. 274.

<sup>13</sup> Montag, S. 126.

<sup>14</sup> Springer, Axel: Ehe es zu spät ist...! In: Eckert, Gerhard/Niehus, Fritz: 10 Jahre Fernsehen in Deutschland. Frankfurt/M 1963, S. 97ff.

seine zuvor aufgestellten Thesen in schärferer Form dar. Der Verleger dehnte in diesem Aufsatz die These von der Wettbewerbsverzerrung zwischen Rundfunk und Presse auch auf das Verhältnis zwischen Rundfunk und Film aus und beschränkte sich in seiner Kritik an den öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht mehr auf den Vorwurf, dass diese den Verlagen die Werbeeinnahmen streitig machten, sondern sah in ihnen „ein Staatsgebilde im Staate“, das über einen Einfluss verfügte, der in alle Parteien hinein reichte. Zudem warf er den Sendern „Gigantismus“ vor und sah in der Machtzusammenballung, die auf Grund monopolistischer Vorrechte und durch die ständige Expansion der Anstalten entstanden sei, eine Gefahr für das Gleichgewicht der Kräfte in der Demokratie.<sup>15</sup>

Springers Meinung nach bedrohte die angebliche Wettbewerbsverzerrung weniger die großen, als vielmehr die kleinen und mittleren Zeitungen, da diese insbesondere durch ein geplantes Drittes Fernsehprogramm mit regionaler und lokaler Berichterstattung und Werbung bedrängt würden. *„Die Situation verlangt nach einem Gegenzug, der nur darin bestehen kann, nach einer gründlichen Überprüfung der rechtlichen Situation die Forderung der Verleger auf eine angemessene Beteiligung am Fernsehen zu erfüllen, um in der Bundesrepublik eine wirtschaftlich gesunde, möglichst vielgestaltige Zeitungslandschaft zu erhalten“*, fasste der Verleger seine Forderungen zusammen.<sup>16</sup>

---

<sup>15</sup> Ebenda. Montag, S. 126-127.

<sup>16</sup> Ebenda.

## 2.2. Die Abteilung Elektronische Publikationsmittel des Axel Springer Verlages

Um seinen Forderungen nach einer Beteiligung am Fernsehen Nachdruck zu verleihen, mobilisierte Axel Springer ab 1962 alle publizistischen Kräfte seines Hauses: In einem Schreiben an die Chefredakteure von „Hamburger Abendblatt“, „Bild“, „Bild am Sonntag“, „BZ“, „Kristall“, „Welt“, „Welt am Sonntag“, „Das Neue Blatt“ und „Berliner Morgenpost“ forderte Springers Chefjustitiar Hermann Ferdinand Arning am 17. Juli 1962 dazu auf, sämtliches Material, welches das Verhältnis von Presse und Rundfunk behandelt, an ihn weiterzuleiten. Er begründete diesen Aufruf damit, dass Springer ein Zentralressort plane, dass sich mit der Beobachtung und Behandlung aller mit dem Komplex „Rundfunk und Presse“ zusammenhängender Fragen beschäftigen sollte. Zugleich bat Arning um Geheimhaltung: *„Diese Anfrage muss ganz besonders vertraulich behandelt werden, da sonst Auswirkungen in verschiedenster Hinsicht eintreten könnten, die vielleicht nicht nützlich wären.“*<sup>17</sup>

Als nächster Schritt wurde im Sommer 1963 eine Gruppe von Springer-Journalisten damit beauftragt, Programme und Administration der öffentlich-rechtlichen Anstalten besonders kritisch unter die Lupe zu nehmen.<sup>18</sup> Dahinter stand das Ziel, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es ob der angeblichen Verfehlungen und mangelnden Kompetenz der öffentlich-rechtlichen Anstalten notwendig sei, privates Fernsehen zuzulassen, d.h. die Abteilung diene eindeutig den Machtzielen des Verlegers und nicht - wie man es eigentlich von Journalisten erwarten sollte - publizistischen Zielen.<sup>19</sup>

Diese Gruppe ging im September 1964 in der neu gegründeten Abteilung „Elektronische Publikationsmittel“ auf, die im Hausjargon kurz „El-

---

<sup>17</sup> Hausmitteilung von Hermann Arning an die Chefredakteure der Zeitungen „Hamburger Abendblatt“, „Bild“, „Bild am Sonntag“, „Kristall“, „Die Welt“, „Welt am Sonntag“, „Das Neue Blatt“, „Berliner Morgenpost“ und „BZ“, in: Axel Springer Unternehmensarchiv (im folgenden zitiert als: ASV-UA), Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>18</sup> Müller, S. 265

<sup>19</sup> Ebenda.

pub“ genannt wurde. Die Leitung übernahm Arning. Dieser erfand die Strategie, einen Teil des Fernsehens, nämlich die Fernsehwerbung, zum „Recht der Wirtschaft“ zu erklären, womit die Fernsehfrage in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes fiel, in dem die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse für die Verlegerpläne günstiger lagen als in den Ländern. Damals regierte in Bonn eine Koalition aus CDU/CSU und FDP, in der insbesondere die Union den Verlegerplänen weitaus mehr aufgeschlossen war als die SPD-regierten Länder.<sup>20</sup> Grundlage von Arnings Argumentation war die angebliche Wettbewerbsverzerrung zwischen Presse und Fernsehen, da die öffentlich-rechtlichen Anstalten zusätzlich zu den Einnahmen aus dem Werbegeschäft auch Rundfunkgebühren erhalten. Nicht nur das: Arning witterte zudem einen „Vernichtungswettbewerb“ der öffentlich-rechtlichen Anstalten gegen die Printmedien.<sup>21</sup>

Der Zweck der Abteilung Elektronische Publikationsmittel bestand hauptsächlich darin, Fragen des Fernsehens und sämtliche vermeintliche und tatsächliche Erscheinungen im TV zu recherchieren und Schriften über dieses Thema herauszugeben<sup>22</sup>, sprich: Munition für Angriffe der Springer-Zeitungen auf die öffentlich-rechtlichen zu liefern. Laut Müller wurde durch die Gründung der „Elpub“ der gesamte Verlag mit seinen 800 Journalisten in Bezug auf die Fernsehfrage auf eine einheitliche Linie eingeschworen - laut Müller ein bis dahin einmaliger Vorgang in der deutschen Pressegeschichte der Nachkriegszeit.<sup>23</sup>

Das von der „Elpub“ an die Redaktionen gelieferte Material sorgte für die Reproduktion der Arningschen Thesen. Die Kampagne der „Bild“<sup>24</sup>

---

<sup>20</sup> Auf die Unterstützung der Verleger durch CDU-Politiker wird in Kapitel 2.4. noch näher eingegangen.

<sup>21</sup> Montag, S. 259. Dass diese Argumentation mit vielen Fehlern behaftet war, wird in Kapitel 2.3. näher erläutert.

<sup>22</sup> U.a. die vielzitierte Publikation „Pressefreiheit und Fernsehmonopol“, in: BDZV: Beiträge zur Frage der Wettbewerbsverzerrung zwischen den publizistischen Mitteln. Bad Godesberg 1964.

<sup>23</sup> Müller, S. 265.

<sup>24</sup> Beispiele: „Angeklagt: Das Fernsehen“ (5.3.62); „Untersuchung gegen Fernsehen gefordert“ (16.5.63); Fernseh-Diktatur gegen alle“ (18.7.63). Weitere Beispiele von „Bild“ und anderen Springer-Zeitungen in: „Spiegel“, 33/1967, S. 38.

schuf laut Müller mit „beispielloser agitatorischer Heftigkeit das scheinplebiszitäre Klima“<sup>25</sup>, das die Politiker in Angst und Schrecken versetzen sollte. Sie glich aufs Haar den Aktionen, mit der die englischen Zeitungsverleger Anfang der 50er-Jahre die konservative Partei so lange unter Druck setzten, bis diese – im Glauben, der Volksstimmung zu folgen – hastig dem kommerziellen Fernsehen zustimmte.<sup>26</sup>

Doch dieser Erfolg blieb Arning nicht vergönnt, vielmehr erlitt er im August 1967 mit seiner nur scheinbar journalistisch-investigativen Abteilung Schiffbruch, als bekannt wurde, dass er zwei Journalisten damit beauftragt hatte, das ZDF auszuspionieren, was kurze Zeit später zur Entlassung Arnings und zur totalen Diskreditierung der Springerschen Fernsehpläne führte. Auf den genauen Ablauf dieses „Spionage-Unternehmens“<sup>27</sup> wird in Kapitel 3.2.5. näher eingegangen. Wie viele Journalisten in dieser Abteilung arbeiteten, ist nicht bekannt. Überliefert ist lediglich, dass die Redakteure, die sich vornehmlich mit Fernsehfragen beschäftigten, einen monatlichen Zuschlag von 300 Mark erhielten.<sup>28</sup>

---

<sup>25</sup> Müller, S. 265.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> So wurde das offiziell als „Sondervorhaben“ bezeichnete Unternehmen von einigen Verlagsangestellten genannt (Naehrer, S. 185).

<sup>28</sup> Von Gottberg, S. 282.

### 2.3. Die BDZV-Kampagne zur Errichtung eines Verleger-Fernsehens

Wie aus den vorherigen Kapiteln hervorgeht, kämpfte Springer mit allen Mitteln für eine Beteiligung am deutschen Fernsehen. Das Problem war nur, dass er in dieser Angelegenheit keinen Alleingang wagen konnte. Zu groß waren die Vorbehalte in der Bevölkerung und bei seinen Zeitungskonkurrenten gegen ein „Springer-Fernsehen“, bei dem der Verleger womöglich seine Vormachtstellung auf dem Printsektor auf das neue Medium übertragen könnte.<sup>29</sup> Folglich konnte Springer „seine Hand nach dem Fernsehen nicht offen, sondern nur getarnt“ ausstrecken.<sup>30</sup>

Als Deckmantel diente ihm der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), den er in den folgenden Jahren für seine Zwecke einspannte. Im Mai 1963 nahmen die BDZV-Verlage den „Erfinder des neuen Verkaufsjournalismus“<sup>31</sup>, den sie bisher mehr als Außenseiter und unbequemen Konkurrenten angesehen hatten, in das Präsidium auf. Die Verleger versprachen sich davon eine spürbare Besserung der Verhaltens Springers auf dem Berliner Zeitungsmarkt. Einige hofften sogar, durch die Einbindung des Kollegen Springer dessen Appetit auf bisher unabhängige Tageszeitungen zu zügeln.<sup>32</sup> Zudem überzeugte die Verleger Springers Idee einer konzentrierten Strategie auf Bundesebene, die auf ein Verleger-Fernsehen abzielte.<sup>33</sup>

Als erste Maßnahme benannte Springer seinen Fernsehplaner Arning zum federführenden Mitglied des Verlegerausschusses für Rundfunk- und Fernsehfragen. „Verbands- und Konzernpolitik konnten fortan ohne Friktion betrieben werden“<sup>34</sup>, beschrieb Henno Lohmeyer Springers Ein-

---

<sup>29</sup> Lohmeyer: Springer. Ein deutsches Imperium, S. 277.

<sup>30</sup> „Spiegel“ vom 3.2.65, S. 226

<sup>31</sup> Müller, S. 261-262.

<sup>32</sup> Gerz, Bernhard: Schach auch dem Springer. Die betrübliche Entwicklung im Deutschen Zeitungsverlegerverband als warnendes Beispiel, in: junge wirtschaft 1965, Nr. 2, abgedruckt in: Rundfunkanstalten und Tageszeitungen. Eine Materialsammlung. Dokumentation, Bd. 1, Tatsachen und Meinungen. Frankfurt/M 1965, S. 223.

<sup>33</sup> Müller, S. 261.

<sup>34</sup> Lohmeyer, S. 277.



zug in den Zeitungsverlegerverband. Von Vorteil war für Springer zudem die Tatsache, dass drei von sieben Präsidiumsmitgliedern mit Springer geschäftlich eng verbunden waren: Anton Betz war mit 40 Prozent an Springers „Düsseldorfer Mittag“ beteiligt, Dr. Kurt Neven du Mont druckte in seinem Haus die „Bild“-Ausgabe für Köln und Wolfgang Bechtle die „Bild“ in Stuttgart. Laut Hans-Dieter Müller sagten Betz und Bechtle stets das Gleiche wie Springer.<sup>35</sup>

Die meisten Mitgliedsverlage brachte Springer hinter sich, indem er sich als Anwalt der kleinen Zeitungen verkaufte. Nicht sein Verlag, sondern die vielen kleinen und mittleren Zeitungen müssten wegen der durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten verursachten Wettbewerbsverzerrung um ihre Existenz fürchten, behauptete der Verleger. Springer lockte die Verlage mit der Aussicht, sich an einer noch zu gründenden Fernsehgesellschaft gleichberechtigt zu beteiligen. Die Werbeeinnahmen aus diesem Projekt sollten die Printprodukte der kleinen Unternehmen am Leben erhalten. Dabei verschwieg Springer, dass es unter anderem seine Zeitungen waren, welche die kleinen ortsansässigen Zeitungen bedrohten.<sup>36</sup>

Müllers Ausführungen zufolge waren Springers Verheißungen nur leere Versprechungen, da die Erträge aus dem TV-Geschäft, die durch hunderte hätten geteilt werden müssen, nie gereicht hätten, um finanziell angeschlagene Zeitungen am Leben zu erhalten. Nach Meinung des Publizistikwissenschaftlers Walter J. Schütz, laut Müller damals der beste Kenner der Konzentrationsverhältnisse der deutschen Presse<sup>37</sup>, trieb Springer hier ein „Spiel mit gezinkten Karten“<sup>38</sup>: *„Glaubte der kluge Geschäftsmann Springer, der nie etwas angefasst hatte, was ihm nicht Vorteil gebracht hatte, selbst daran, hielt er sich tatsächlich für den Schutzherrn der ‚vielgestaltigen deutschen Zeitungslandschaft‘, der in der Fernsehfrage bereitwillig die Sorgen der ganzen Presse auf sich geladen*

---

<sup>35</sup> Müller, S. 262. Von Gottberg, S. 278.

<sup>36</sup> Gottberg, S. 270.

<sup>37</sup> Müller, S. 265.

<sup>38</sup> Walter J. Schütz zitiert in: Müller, S. 264.

hatte?“<sup>39</sup> Laut Schütz ließen die geheimen Aktivitäten der „Elpub“ diese uneigennützigen Motive zumindest zweifelhaft erscheinen. Denn als die Verbandspolitik zu keinem Erfolg führte, versuchte Springer im Alleingang in Nachbarländern Frequenzen zu ergattern, um von dort aus in die Bundesrepublik einzustrahlen.<sup>40</sup> „All dies“, argumentiert Schütz, „konnte die Tageszeitungen in den west- und süddeutschen Randgebieten kaum freuen!“<sup>41</sup>

Mit Springers und Arnings Beteiligung kam nun jener massiv fordernde Ton und jene „halsbrecherische Logik“<sup>42</sup> in die Schriften des Verlegerverbandes, die aus den Kampagnen des Axel Springer Verlags bekannt sind. Tenor und juristische Einzelheiten der Fernseh-Memoranden des BDZV stammten fortan aus dem Hause Springer. Laut „Spiegel“ verrieten die Schriftsätze bis in stilistische Einzelheiten Axel Springers „gefühlsbetont-dramatisierende Diktion“<sup>43</sup>. Typisch für das Denken Springers war vor allem die ständige Vermischung von „öffentlich-rechtlich“ und „staatlich“, wodurch das gesellschaftlich kontrollierte Fernsehen als Staatsmonopol und der privaten Eigennutz der Verleger als Freiheitspartei dargestellt wurde.<sup>44</sup>

Springers umstrittene Argumentation verdichtete sich 1964 zu zwei Denkschriften: Die 148-seitige grundlegende Publikation „Pressefreiheit und Fernsehmonopol“<sup>45</sup> und der Vorschlag der Zeitungsverleger „Zur

---

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Näheres dazu in Kapitel Punkt 2.6.

<sup>41</sup> Müller, S. 264.

<sup>42</sup> Müller, S. 263.

<sup>43</sup> „Spiegel“ vom 3.2.65, S. 266. Vgl. dazu Gottberg, S. 284: „Die Denkschrift ‚Pressefreiheit und Fernsehmonopol‘ wurde zwar vom BDZV herausgegeben, es bestand aber allgemein Klarheit darüber, daß es sich weitgehend um ein Produkt des Springer-Konzerns handelte. Außerdem wird von Repräsentanten des Konzerns die führende Rolle, die der Konzern in dieser Kampagne spielte, nicht bestritten.“

<sup>44</sup> Müller, S. 263.

<sup>45</sup> Bundesverband Deutscher Zeitungsverlegerverbände: Pressefreiheit und Fernsehmonopol. Beiträge zur Frage der Wettbewerbsverzerrung zwischen den publizistischen Mitteln. Bad Godesberg 1964.

Übernahme der Programmherstellung des ZDF durch eine Gesellschaft der Deutschen Zeitungsverleger“ am 27.11.1964.<sup>46</sup>

Nach Ansicht Müllers waren diese Schriften mehr um Massivität als um Subtilität bemüht. Bei der Analyse der vielen Druckschriften und Reden des BDZV fand er eine Vielzahl von Widersprüchen:

- Die Presse steht unter dem besonderen Schutz des Paragraphen 5 der Verfassung; die Presse ist eine reine Sache des ungehinderten Wettbewerbs.
- Der publizistische Auftrag ist ungeteilt und schließt das Anzeigengeschäft ein; der publizistische Auftrag ist vom Anzeigengeschäft zu trennen, die Sender dürfen sich nicht auch wirtschaftlich betätigen.
- Die Finanzierung eines zweiten, gar dritten Programmes durch Werbung ist untragbar; ein Verlegerfernsehen soll nur durch Werbung finanziert werden.
- Nie gab es so viele Zeitungen wie heute; nie starben so viele Zeitungen wie heute.
- Die Zeitungen bleiben dem Fernsehen als Nachrichtenmedium überlegen, Forscher Silbermann hat die Dürftigkeit des Fernsehens statistisch ausgezählt; die Zeitungen sind dem Fernsehen als Nachrichtenmedium hoffnungslos unterlegen, sie werden ihm zum Opfer fallen wie das Propellerflugzeug dem Jetflugzeug.
- Es geht vor allem um die kleinen und mittleren Heimatzeitungen; Konzentration ist unvermeidlich.
- Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk monopolisieren eine Handvoll Leute die öffentliche Meinung; im öffentlich-rechtlichen Rundfunk reden zu viel hinein, es entsteht ein Meinungsbrei.<sup>47</sup>

---

<sup>46</sup> Vorschlag des BDZV zur Übernahme der Programmherstellung der Deutschen Zeitungsverleger, in: Hinweisdienst der Werbung im Rundfunk GmbH Nr. 17, vom 4.12.1964.

<sup>47</sup> Müller, S. 261. Vergleiche dazu auch: Bausch, Hans: Rundfunkpolitik nach 1945. Zweiter Teil: 1963-1980. München 1980 (Rundfunk in Deutschland, Bd. 4), S. 529: „Ideologie und Terminologie der vom BDZV-Präsidium abgesegneten Denkschriften und Resolutionen aus dem Hause Springer erwiesen sich im Laufe der Jahre als widersprüchlich und immer weniger wirkungsvoll“.

Die Denkschrift „Zur Übernahme der Programmherstellung des ZDF durch eine Gesellschaft der Deutschen Zeitungsverleger“<sup>48</sup> sah quasi die Übernahme des öffentlich-rechtlichen Senders vor, der zu dieser Zeit in arge finanzielle Schwierigkeiten geraten war.<sup>49</sup> Der BDZV schlug folgendes Geschäft vor: Die Verleger übernehmen Programm und Werbung des Zweiten Deutschen Fernsehens; die Mainzer Anstalt bleibt Träger der Sendelizenz und Programmhoheit, erhält aber keine Rundfunkgebühren mehr. Die einzigen Einnahmen des ZDF bestehen in den Geldern, welche die noch zu gründende Trägergesellschaft Presse-Fernsehen AG dem ZDF zukommen lässt. Die Trägergesellschaft ihrerseits finanziert sich ausschließlich aus Werbeeinnahmen – dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die ARD-Anstalten keine Werbung mehr veranstalten. Als Gegenleistung versprachen die Verleger, sämtliche Schulden des ZDF zu übernehmen.<sup>50</sup>

Die Presse-Fernsehen AG sollte von 500 bundesdeutschen Zeitungsverlegern getragen werden. Dabei war geplant, dass jeder Teilhaber einen Anteil von 50.000 Mark aufbringt, womit die Gesellschaft über ein Gründungskapital von 25 Millionen Mark verfügt hätte. Das Zeichnungsrecht sollte auf zwei Prozent des Grundkapitals beschränkt werden. Zudem sollte jeder Aktionär nur eine Stimme in der Aktionärsversammlung haben.<sup>51</sup> Doch Springer steckte hinter vielen Verlagen, so dass laut Bernhard Gerz die Vorschläge für die Organisation zur Programmgestaltung und Kontrolle des ZDF darauf hinaus liefen, dass ein Großverleger erheblichen, wenn nicht sogar entscheidenden Einfluss zumindest auf die politische Programmgestaltung nehmen könnte.<sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> Vorschlag des BDZV zur Übernahme der Programmherstellung der Deutschen Zeitungsverleger, in: Hinweisdienst der Werbung im Rundfunk GmbH Nr. 17, vom 4.12.1964.

<sup>49</sup> Von Gottberg, S. 302.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 304. Vorschlag des BDZV zur Übernahme der Programmherstellung der Deutschen Zeitungsverleger, in: Hinweisdienst der Werbung im Rundfunk GmbH Nr. 17, vom 4.12.1964. Vgl. Zeitschrift „Zeitungs-Verlag und Zeitschriften Verlag“ (ZVZV) 50/1964 vom 11.12.1964, S. 2197-2200.

<sup>51</sup> Von Gottberg, S. 302. Vorschlag des BDZV zur Übernahme der Programmherstellung der Deutschen Zeitungsverleger, in: Hinweisdienst der Werbung im Rundfunk GmbH Nr. 17, vom 4.12.1964. Vgl. Zeitschrift „Zeitungs-Verlag und Zeitschriften Verlag“ (ZVZV) 50/1964 vom 11.12.1964, S. 2197-2200.

<sup>52</sup> Gerz: Schach dem Springer, S. 225.

Auch für Gottberg war es mehr als zweifelhaft, dass sich Springer in der Masse der BDZV-Verleger unterordnen würde: *„Kein anderer Zeitungsverlag verfügte zu der Zeit über einen Redaktionsapparat von der Größe des Springer-Konzerns. Kein anderer Zeitungsverleger wäre unter derartigen Voraussetzungen in der Lage gewesen, so viel Programmaterial für ein Verlegerfernsehen zu liefern.“*<sup>53</sup> So wird deutlich, wie groß der Einfluss des Springer-Konzerns auf das Programm des Verlegerfernsehens gewesen wäre, ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Macht, die der Konzern in einem Verlegerfernsehen ausgeübt hätte.<sup>54</sup>

Doch so weit kam es erst gar nicht, denn die Ministerpräsidenten der Länder, in deren Zuständigkeitsbereich das ZDF laut Staatsvertrag fiel, lehnten den Vorschlag der BDZV-Verleger am 15. Januar 1965 aus „rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen“ ab.<sup>55</sup> Der Plan der Verleger sei nicht mit dem Staatsvertrag vereinbar, begründeten die Länderchefs ihre Entscheidung. Die Mainzer Anstalt könne sich nicht durch einen zivilrechtlichen Vertrag ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgaben entledigen. Außerdem sei es notwendig, durch Gesetz eine besondere Gesellschaftsform für private Rundfunkveranstalter zu schaffen, da die vorhandenen Organisationstypen des Privatrechts nicht den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts entsprächen. Zudem würde die Programmverantwortung des Intendanten und die Aufsichtsfunktion des Fernsehrates bei Verwirklichung des Verlegervorschlages praktisch ausgeräumt, d.h. die staatliche Rechtsaufsicht über das ZDF würde wirkungslos werden. Aus den Einnahmen des Werbefernsehens könnten die Zeitungsverleger kein volles Programm finanzieren; eine übermäßige Ausdehnung der Werbezeit sei aber auch nicht zu verantworten.<sup>56</sup>

Eine Hilfe für die kleineren Zeitungen müsste vor allem auf steuerlichem Wege gesucht werden. Der Vorschlag des BDZV würde die Situation der kleinen Verlage nicht verbessern. Außerdem meldeten die Ministerpräsi-

---

<sup>53</sup> Von Gottberg, S. 273.

<sup>54</sup> Von Gottberg, S. 273-274.

<sup>55</sup> Zitiert in: Montag, S. 148.

<sup>56</sup> Montag, S. 148. Vgl. Gottberg, S. 316.

denten erhebliche Zweifel an der Verlässlichkeit der Statistiken an, welche die Verleger vorgelegt hatten. Sie waren der Ansicht, dass die Fernsehwerbung die Grenzen ihres Wachstums erreicht habe oder in Kürze erreichen werde, womit eine weiter gehende Bedrohung der Anzeigenerlöse von Tageszeitungen durch das Werbefernsehen nicht existiere.<sup>57</sup>

## 2.4. Initiativen im Bundestag

Parallel zur BDZV-Kampagne ließ Springer seine Beziehungen zu Abgeordneten im Deutschen Bundestag spielen. Dreh- und Angelpunkt seiner Aktivitäten auf der Bonner Bühne war sein „politisches alter ego“<sup>58</sup> Erik Blumenfeld, der für die CDU im Parlament saß und laut Müller von Springer zu seiner politischen Laufbahn ermutigt worden war.<sup>59</sup> Darüber hinaus sagte man Blumenfeld nach, dass er sich nur deshalb so lange in der oberen Parteiebene gehalten habe, weil man „seine guten Beziehungen zu Springer ebenso brauchte wie fürchtete“.<sup>60</sup>

Blumenfeld selbst machte aus seiner Nähe zu Springer keinen Hehl. Er dementierte nicht einmal Pressemeldungen darüber, dass Springer an seinem sehr verschachtelten Unternehmen, der Blumenfeld AG für Schiffsbeteiligungen, mit einer Einlage von zwei Millionen Mark beteiligt war. Kenner der Konzernverhältnisse halten diese Angabe allerdings für unzutreffend. Sicher ist jedoch, dass die Fürsprache seines einflussreichen Freundes bei dem damals noch alleinherrschenden Krupp-Generalbevollmächtigten Beitz wiederholt dafür sorgte, dass sich Blumenfeld mit seinen nicht immer florierenden Kohlegeschäften aus kritischen Situationen befreien konnte.<sup>61</sup> Zudem wurde weder von Springer noch von Blumenfeld bestritten, dass Springer Blumenfeld gelegentlich mit Millionen-

---

<sup>57</sup> Montag, S. 148. Vgl. Gottberg, S. 316.

<sup>58</sup> Müller, S. 265.

<sup>59</sup> Müller, S. 264.

<sup>60</sup> Ebenda.

<sup>61</sup> Müller, S. 266. Vgl. Lohmeyer, S. 278.

spritzen aus finanziellen Engpässen heraushalf und auch für Kredite gerade stand.<sup>62</sup>

Eben dieser Blumenfeld mobilisierte im Deutschen Bundestag eine Hundertschaft von CDU-Abgeordneten, darunter den einflussreichen Parlamentarier Dr. Berthold Martin, um die rundfunkpolitischen Ziele seines großen Fürsprechers Axel Springer durchzusetzen. Am 27. Juni 1963 brachte die Gruppe um Blumenfeld und Martin einen Antrag zur Untersuchung der „Wettbewerbsverzerrung zwischen Presse, Funk/Fernsehen und Film“ ein. Der Bundestag setzte daraufhin am 29.4.1964 die so genannte Michel-Kommission ein, benannt nach ihrem Vorsitzenden, dem Generaldirektor der Salamander AG, Dr. Elmar Michel.<sup>63</sup>

Die Untersuchung, die von zwei Industriellen, vier Professoren und einem Kulturpolitiker durchgeführt wurde, dauerte statt der ursprünglich angesetzten zwölf Monate knapp zweieinhalb Jahre. Grund für die Verzögerung war die anfangs mangelhafte Kooperation aller Beteiligten, sowohl die der Rundfunkanstalten als auch die der Zeitungsverleger, was ein rasches Fortschreiten der Untersuchung behinderte.<sup>64</sup>

Am 25. September 1967 legte die Kommission schließlich ihren Hauptbericht vor.<sup>65</sup> In diesem kam das Gremium zu dem Schluss, dass es keine Wettbewerbsverzerrungen zwischen Presse und Rundfunk gebe. Laut Bericht konkurrieren die beiden Medien nicht miteinander, sondern ergänzen sich vielmehr in ihrer Wirkungsweise, was sowohl für den publizistischen als auch den Werbemarkt gelte. Intensive Wettbewerbsbeziehungen bestünden nur zwischen den Tageszeitungen und den Zeitschriften. Letztere seien die Hauptkonkurrenten der Tageszeitungen.<sup>66</sup>

---

<sup>62</sup> Lohmeyer, S. 278.

<sup>63</sup> Lohmeyer, S. 277.

<sup>64</sup> Von Gottberg, S. 344.

<sup>65</sup> Ein Sonderbericht über die Wettbewerbsbeschränkung in Berlin folgte am 30.4.68, in dem eine Wettbewerbsverrerrung ebenfalls verneint wurde. Siehe dazu die Ausführungen in Kapitel 3.1.5.

<sup>66</sup> Mittas, Wolfgang: Rundfunk und Presse im Wettbewerb, in: Mitteilungen Rundfunk und Geschichte, Jg. 11 (1985), H. 1, S. 45. Bericht der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk, Fernsehen und Film (Michel-Kommis-

Ferner fand die Kommission heraus, dass mit der Einführung des Werbefernsehens die Werbetätigkeit im Ganzen gestiegen sei, wovon auch die Presse profitiert habe. Diese habe seit 1956 bei steigenden Bezugspreisen ihre Auflagen und Erlöse steigern können. Zwar sei seit 1966 die überregionale Werbung für Markenartikel und Dienstleistungen leicht zurückgegangen. Doch sei dies nur bei kleinen und mittleren Zeitungen der Fall gewesen. Boulevardzeitungen, große Abo-Blätter und Sonntagszeitungen hätten dagegen ihre Erlöse aus überregionaler Werbung erhöhen können. Insofern seien die wirtschaftlichen Probleme der Presse weder durch die Entwicklung des Fernsehens noch durch das Werbefernsehen zu erklären. „Ihre Lösung“, folgerte die Kommission, „sollte daher auch nicht mit der Gestaltung der Rundfunkverfassung verquickt werden“.<sup>67</sup>

Ebenso wenig konnte die Kommission eine ungerechtfertigte steuerliche Privilegierung der Rundfunkanstalten erkennen. Aus der Befreiung ihrer wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe von der Gewerbe- und Vermögenssteuer ergäben sich keine ins Gewicht fallenden materielle Vorteile. Das erwerbswirtschaftliche Handeln der Anstalten, insbesondere das Werbefernsehen, verstieß nach Meinung der Kommission nicht gegen die Normen des Wettbewerbsrechts. Ein Verbot des Werbefernsehens lehnte die Kommission ab, da Merkmale eines wettbewerbswidrigen Verhaltens der Anstalten nicht vorlägen. Zudem meldete die Kommission verfassungspolitische Bedenken gegen das Werbefernsehen der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger an. Eine solche „Ummonopolisierung“ des Werbefernsehens sei weder aus der Sachnähe der Presse noch aus der Schädigung durch das Werbefernsehen zu begründen. Man könne höchstens verlangen, dass die Beeinträchtigung durch das Werbefernsehen beendet wird, indem das Werbefernsehen entweder verboten oder privatisiert wird. Im zweiten Fall müssten auch andere Werbetreibende beteiligt werden.<sup>68</sup>

---

sion). Bonn 28.9.1967. Bundesdrucksache V/2120. Im folgenden zitiert als: Bericht der Michel-Kommission.

<sup>67</sup> Montag, S. 152. Bericht der Michel-Kommission.

<sup>68</sup> Ebenda.



Den Vorschlag der Verleger zur Übernahme des ZDF lehnte die Kommission entschieden ab. Die Ziele, die der BDZV angebe, seien dadurch nicht zu erreichen. Die Konkurrenz des Fernsehens, vor der die kleinen und mittleren Verlage geschützt werden sollten, werde nicht dadurch aufgehoben, dass das Werbefernsehen von der Gesamtheit der Zeitungsverleger betrieben wird. Der Gedanke der Entschädigung durch ein gemeinsam betriebenes Werbefernsehen lasse sich in der Praxis nicht verwirklichen, da an ihm alle Verlage gleichmäßig beteiligt sein sollen. Verlage, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten kämen, müssten entweder ihre Anteile an andere Mitglieder verkaufen und damit auf die Subvention verzichten, oder sich in Abhängigkeit von größeren Verlagen begeben. Auf lange Sicht sei also ein gleichgewichtiger Einfluss der Mitglieder der Gesellschaft nicht sicher gestellt. Außerdem gab das Gremium zu bedenken, dass durch ein solches Modell für neue Presseunternehmen der freie Zugang zum Markt noch mehr als bisher erschwert würde.<sup>69</sup>

Die Verleger zweifelten die Ergebnisse des Berichts an. Kurioserweise bezeichneten sie die Zahlen von 1964 bis 1966 als „überholt“ und irreführend“, obwohl diese die gleichen waren, auf die sie selbst ihre Argumentation seit 1963 gestützt hatten.<sup>70</sup> Laut Gottberg brach mit der Veröffentlichung des Michel-Berichtes das Gebäude der verlegerischen Argumente zusammen, da sich die Ergebnisse der Kommission in kaum einem Punkt mit den seit Jahren vorgetragenen Argumenten und Behauptungen der Verleger deckten.<sup>71</sup>

Einen weiteren Vorstoß im Parlament hatte Verleger-Lobbyist Blumenfeld bereits 1965 gestartet, als die Untersuchungen der Michel-Kommission noch gar nicht abgeschlossen waren: Als die Zwischenberichte dieses Gremiums auf ganz andere Zahlen und Ergebnisse als die der Verleger hindeuteten und die Chance des Wahljahres 1965 zu verstreichen drohte, entschloss sich die Gruppe um Blumenfeld und Martin, einen Entwurf für ein Bundesgesetz im Bundestag einzubringen, welches mit

---

<sup>69</sup> Montag, S. 154. Bericht der Michel-Kommission.

<sup>70</sup> Müller, S. 260.

bloßer Wirtschaftsbeurteilung den öffentlich-rechtlichen Anstalten kurzerhand verbieten sollte, Werbesendungen auszustrahlen. Der am 8. März 1965 vorgelegte Entwurf sollte offenkundig das Feld für das private Werbefernsehen frei schießen und neben dem Druck der Zeitungsbesitzer nun auch den Druck der werbetreibenden Wirtschaft auf die Regierungen von Bund und Ländern lenken.<sup>72</sup>

Der Bundestag setzte daraufhin die „Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz und der Folgen für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland“ ein. Den Vorsitz übernahm der Präsident des Bundeskartellamtes, Eberhard Günther. Doch auch dieser Vorstoß der Verlegerlobbyisten verpuffte, denn der Bericht der so genannten Günther-Kommission bestätigte im April 1968 weitestgehend die Ergebnisse der Michel-Kommission: Der Günther-Bericht betonte, dass auf dem Gebiet der Werbung die Medien Presse und Rundfunk keinem Substitutionswettbewerb ausgesetzt seien. Vielmehr habe die Fernsehwerbung einen komplementären Charakter. Aus dem Tatsachenmaterial schloss die Kommission, dass mit der Einführung des Werbefernsehens die werbetreibende Wirtschaft ihre Werbeetats vergrößert habe, so dass Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkanstalten zusätzliche Werbeaufträge erhielten. Die Kommission sprach sogar von einer stimulierenden Wirkung des Werbefernsehens auf die Werbewirtschaft und betonte, dass das Fernsehen als publizistisches Element auch auf die AufLAGenentwicklung günstig eingewirkt habe.<sup>73</sup>

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Kommission dem scharfen Wettbewerb zwischen den Zeitungen untereinander sowie zwischen Zeitungen und Zeitschriften und sah darin eine wichtige Ursache für die wirtschaftliche Gefährdung einiger Presseunternehmen. Zur Pressekonzentration stellte die Kommission fest, dass auf vielen Gebieten des deut-

---

<sup>71</sup> Von Gottberg, S. 344.

<sup>72</sup> Müller, S. 267.

<sup>73</sup> Mittas, S. 47. Günther (Presse-)Kommission: Schlußbericht der Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit der BRD. BT-Drucksache V/3122. Bonn, 3.7.1968. Im folgenden zitiert als: Bericht der Günther-Kommission.

schen Pressewesen ein hoher Grad der Konzentration erreicht sei. Für die Zukunft prognostizierte das Gremium ein weiteres Fortschreiten der Pressekonzentration und äußerte die Befürchtung, dass dadurch die Meinungsfreiheit beeinträchtigt werden könnte. Kurzum: Auch für die Günther-Kommission schied der Rundfunk als wirtschaftlicher Störenfried eindeutig aus.<sup>74</sup>

Als Gründe für das Scheitern dieser parlamentarischen Initiativen führt Müller mehrere strategische Fehler der Fernsehplaner an: Unter anderem habe Arning die Integrität der Regierungsparteien (CDU und FDP) deutlich unterschätzt, zumindest jenes Teils, der mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten durch Funktionen in den Leitungen und Kontrollorganen der Sender eng verbunden und von der gesellschaftlichen Weisheit dieses Systems überzeugt war. Zwar besaßen laut Müller die Zeitungsverleger, genauer gesagt der Springer-Konzern, im Regierungslager eine starke Lobby, diese sei aber nicht stark genug gewesen, um mit einer knappen Parteimehrheit Gesetze von so weitreichender Bedeutung im Interesse einer winzigen Gruppe, nämlich die der Zeitungsverleger, durchzubringen.<sup>75</sup>

Ein derartiges Verfahren musste Müllers Ansicht nach unweigerlich die pluralistischen Kräfte in den Reihen der Regierungsparteien auf den Plan rufen: die Kirchen, die Repräsentanten der Bildungs- und Erziehungsrichtungen, den Arbeitnehmerflügel sowie die Vertreter von Journalisten. Dazu kam der föderative Widerstand der Bundesländer.<sup>76</sup>

Erschwert wurden die parlamentarischen Vorstöße durch weitere taktische Missgriffe: Im August 1967 deckte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ die von Springers Fernsehbeauftragten Arning initiierte Betriebsspionage beim ZDF auf.<sup>77</sup> Durch diese Affäre wurde Harald von Gottbergs Schilderungen zufolge endgültig klar, dass Springers Engage-

---

<sup>74</sup> Mittas, S. 48. Bericht der Günther-Kommission.

<sup>75</sup> Müller, S. 260.

<sup>76</sup> Ebenda.

<sup>77</sup> Näheres zu diesem „Spionage-Unternehmen“ in Kapitel 3.2.5.

ment für ein Verlegerfernsehen nicht einer „Reihe von hochtrabenden verfassungs- und gesellschaftspolitischen Zielen“ diene, sondern „Ausdruck einer rein unternehmerischen Entscheidung“ war.<sup>78</sup> Zudem enthüllte „Der Spiegel“ kurze Zeit später die feste Berater-Tätigkeit des CDU-Politikers Dr. Arthur Schwinkowski für den Axel Springer Verlag, welche mit monatlich 2.000 Mark entgolten wurde. Dieses Arbeitsverhältnis war insofern äußerst heikel, als Schwinkowski, der sich im Landtag von Schleswig-Holstein für ein privates Fernsehen stark machte, im Verwaltungsrat des Norddeutschen Rundfunks saß. Zu diesen peinlichen Enthüllungen kamen politisch ungeschickte Beschimpfungen und Pöbeleien in der „Bild“ gegen Intendanten und missliebige Kommentatoren.<sup>79</sup>

Im Ganzen litt der Plan des Springer-Konzerns nach Auffassung Müllers an seiner Unaufrichtigkeit, die viele höchst zweifelhafte Gründe vorschob: Vernichtungswettbewerb des Fernsehens, drohendes Meinungsmonopol der staatsnahen Anstalten, Schutz der kleinen Heimatzeitungen, die Leidenschaft des Verlegers für das modernste der Medien, die Entfesselung von bewegten Bildern und moderner Sprache in jedes Wohnzimmer und viele mehr.<sup>80</sup>

---

<sup>78</sup> Von Gottberg, S. 356.

<sup>79</sup> Müller, S. 260.

## 2.5. Das Liechtenstein-Projekt

Im Herbst 1965 versuchte Axel Springer, durch einen Trick die Mechanismen der bundesdeutschen Rundfunkpolitik auszuhebeln: Sein Cheffistitiar und Fernsehplaner Arning war nämlich auf die Idee gekommen, dass man die Beschränkungen in Bezug auf ein privates Fernsehen dadurch umgehen könnte, dass man in einem Nachbarland einen Sender übernimmt oder gründet und von dort aus in die Bundesrepublik einstrahlt. Als Vorbild dazu dienten kommerzielle Radiosender wie Radio Luxemburg. Als Ausstrahlungsort hatte sich Arning das Fürstentum Liechtenstein ausgesucht, in dem er eine schwache Staatlichkeit vermutete, d.h. er ging davon aus, dass es in der kleinen Monarchie sehr viel einfacher sei, eine Sendelizenz zu ergattern als im stark reglementierten Deutschland.<sup>81</sup>

Den Weg nach Liechtenstein ebnete Arnings ehemaliger Kollege bei Springer, Edwald Schmidt di Simoni, der sich nach dem Scheitern des Privatfernsehen-Unternehmens Freies Fernsehen GmbH (FFG)<sup>82</sup> aus dem Berufsleben zurückgezogen hatte. Zusammen mit zwei bedeutenden liechtensteinischen Honoratioren - dem Kopf der Regierungspartei, Dr. Gregor Steger und dem Treuhand-Firmenchef Dr. Anton Gantner – bildete di Simoni in Arnings Auftrag eine Springer-Lobby, die sich fortan um eine Rundfunk- und Fernsehlizenz in Liechtenstein bemühte. Dazu starteten sie eine Stimmungskampagne im Fürstentum und stellten dem Staat hohe Einnahmen durch das Fernsehgeschäft in Aussicht.<sup>83</sup>

Zudem heuerte Arning den Saarbrücker Werbefunkdirektor Hermann Glessgen an, der sogleich einen Namen für den Sender entwickelte: vox humana. Dies klinge gottesfürchtig und fromm, denn der Begriff vox humana bezeichne in der kirchlichen Orgelmusik ein Register mit leicht zitterndem Klang, das die menschliche Stimme simuliert, begründete Gless-

---

<sup>80</sup> Ebenda.

<sup>81</sup> „Spiegel“, 42/1967, S. 60-61.

<sup>82</sup> Auf die FFG wird in Kapitel 3.1.3. näher eingegangen.

<sup>83</sup> „Spiegel“, 42/1967, S. 60-61.

gen seine Namenswahl. Außerdem wecke der Name humanistische Assoziationen, was dem Landesherrn Franz Josef II. und der ganzen Fürstenfamilie mit Sicherheit gut gefalle. Inhaltlich war aber etwas ganz anderes geplant, nämlich ein jugendliches Programm mit starker Anlehnung an das Teenager-Blatt „Bravo“, das damals noch zum Springer-Konzern gehörte.<sup>84</sup>

Über die Zuteilung der Sendelizenz machten sich Arning und seine Helfer zunächst keine Sorgen. Die dafür zuständige internationale Kommission in Genf karge zwar mit Wellen und Kanälen, die vox humana könne aber ungestraft und ohne zu stören zunächst die Kanäle entlegener Stationen mitbenutzen, empfahlen Springers Elektronikexperten. Dies war allerdings vorerst nur auf einer Hörfunkfrequenz möglich, nämlich auf einem Langwellen-Kanal des sowjetischen Senders Kiew. Zusätzlich sollte der Springer-Sender auf der Mittelwelle und im UKW-Bereich auf breiter Front von Liechtenstein aus in die Bundesrepublik einstrahlen.

Als Programm waren täglich 840 Minuten lang Musik, Nachrichten und politische Kommentare geplant. Nach jeder 57. Minute sollten drei Minuten Werbung einblendet werden. Jede Werbesekunde sollte Springer 25 Mark einbringen. Die Kunden für die Reklamesendungen wollten die Springer-Vertrauten in der Bundesrepublik, in Österreich und in der Schweiz werben. Di Simoni rechnete mit einem jährlichen Erlös von 15,72 Millionen Mark, wovon die liechtensteinische Staatskasse eine größere Summe für die Lizenz bekommen sollte. Nach Abzug aller Kosten würden der Sendegesellschaft etwa acht Millionen Mark pro Jahr verbleiben, kalkulierte di Simoni.<sup>85</sup>

Anfang Juni 1966 wollte Arning mit seinen Partnern den Konzessionsantrag für die TV-Sender stellen, über den der liechtensteinische Landtag seiner Meinung nach in Kürze wohlwollend entscheiden würde. Doch so einfach, wie Arning sich das dachte, war dies gar nicht. Denn die liech-

---

<sup>84</sup> Ebenda.

<sup>85</sup> Ebenda.

tensteinische Regierungskanzlei war in der Rundfunkfrequenzenfrage vertraglich an die Post-, Telefon- und Telegraphenverwaltung (PTT) der Schweiz gebunden und hatte zudem gar keine eigenen Frequenzen zu vergeben, geschweige denn die anderer Rundfunksender. Die liechtensteinische Regierungskanzlei und die Schweizer PTT bestätigten zwar, dass Konzessionsanträge vorlägen; diese seien aber bislang alle abgelehnt worden.<sup>86</sup>

Zudem verärgerte Arning seine Partner in Vaduz damit, dass er ein Treffen, auf dem der Konzessionsantrag besprochen werden sollte, absagte, da er in einer Nothilfe-Kommission der Verlage Angriffe gegen die Machtkonzentration des Springer-Konzerns abwehren musste. Der Konzern geriet zu dieser Zeit nämlich immer mehr in die politische Schusslinie, ganz besonders als das Nachrichtenmagazin „Der „Spiegel“ aufdeckte, dass zwei „Arning-Agenten“ das ZDF ausspioniert hatten.<sup>87</sup> In dieser brenzligen Situation wollte Arning die vox humana nicht aufs Spiel setzen, weshalb er die Reise nach Vaduz immer wieder verschob. Arnings liechtensteinische Helfer wurden dadurch nervös – und als sich auch die Londoner BBC und eine amerikanische Gruppe um eine Konzession in Liechtenstein zu interessieren begannen, fiel es den Helfern immer schwerer, die Stellung zu halten.<sup>88</sup> Schließlich beschloss Springer, das Projekt zu begraben, um sich in Deutschland nicht weiterer Kritik aussetzen. *„Eine Expansion ist uns aus pressepolitischen Gründen zur Zeit nicht möglich“*, verkündete der Generalbevollmächtigte des Axel Springer Verlags, Christian Kracht.<sup>89</sup>

Mit dem Liechtenstein-Projekt wurde deutlich, dass Axel Springer nicht – wie zuvor immer vorgegeben – im Interesse aller Zeitungsverleger handelte und – wie in Bezug auf die Meinungsfreiheit stets behauptet – der Demokratie diene,<sup>90</sup> sondern fast ausschließlich eigene unternehmeri-

---

<sup>86</sup> „Spiegel“ 43/1967, S. 180.

<sup>87</sup> Auf die ZDF-Spionage-Affäre wird in Kapitel 3.2.5. näher eingegangen.

<sup>88</sup> „Spiegel“, 42/1967, S. 61.

<sup>89</sup> „Spiegel“ 32/1968, S. 30.

<sup>90</sup> Vergleiche Kapitel 2.1.

sche Ziele verfolgte. Laut Harald von Gottberg stellte Springer nämlich keine Überlegungen an, um „*die bundesdeutsche Regional- und Lokalpresse, die nach früheren Angaben des Verlages und des BDZV am meisten unter dem Druck des Werbefernsehens zu leiden hatte, vor den negativen wirtschaftlichen Auswirkungen eines in die Bundesrepublik hineinstrahlenden Springerschen Werbefernsehens zu bewahren*“.<sup>91</sup>

## 2.6. Das Saarland-Fernsehen

Eine weitere Möglichkeit, sich am Fernsehen zu beteiligen, bot sich Springer im Juni 1967, als der saarländische Landtag als bis dahin einziger Landesgesetzgeber ein Rundfunkgesetz verabschiedete, das privaten Anbietern den Zugang zum Fernsehen erlaubte. Dieses Gesetz hatte ein kleiner Kreis führender Abgeordneter aller Fraktionen unter strenger Geheimhaltung ausgearbeitet und dann unter Umgehung der in der Geschäftsordnung festgelegten Fristen am 7. Juni im saarländischen Landtag durchgepeitscht. Dieses geschah gegen den Widerstand der meisten SPD-Abgeordneten, die später kritisierten, dass die Novelle mit Hilfe von Geschäftsordnungstricks innerhalb nur eines Tages zur Verabschiedung gekommen war, so dass die Abgeordneten keine Möglichkeit gehabt hätten, sich über die Materie und den Entwurf zu informieren.<sup>92</sup>

Die Initiatoren des Gesetzes planten zunächst, eine privatrechtliche Fernsehgesellschaft zu gründen, an der sich die Landesverbände Saar und Rheinland-Pfalz von CDU, SPD und FDP mit insgesamt 58 Prozent beteiligen sollten. Die restlichen Anteile sollten die Zeitungsverleger, die französische Finanzgruppe Sylvain Florait, die Röchling-Bank und die Bank für Gemeinwirtschaft, eventuell auch der Saarländische Rundfunk durch seine Werbetochter, übernehmen. Nachdem sich die SPD von diesem Projekt distanziert hatte und Vertreter von FDP und CDU erklärt hatten, dass sie nicht als Treuhänder ihrer Parteien sondern als Privatleute

---

<sup>91</sup> Von Gottberg, S. 355.

<sup>92</sup> Montag, S. 161.



an dem Unternehmen beteiligt seien, wurde der ursprüngliche Gedanke einer Parteiengesellschaft aufgegeben. Aus der Firma Neue Fernseh AG entstand die Freie Rundfunk AG, an der sich die Parteien nicht mehr beteiligten. Diese Gesellschaft konnte aber nie auf Sendung gehen, da die CDU-geführte saarländische Regierung wider Erwarten nicht bereit war, die dazu nötige Konzession zu erteilen.<sup>93</sup>

Auch die Zeitungsverleger um Axel Springer versuchten, im Saarland ins Fernsehgeschäft einzusteigen: Am 16. Juni 1967 beantragte die Presse-Rundfunk AG, die fünf Präsidiumsmitglieder des BDZV (Anton Betz, Otto Bechtle, Heinz Möller, Arno Scholz und Axel Springer) treuhänderisch für alle Mitglieder des Verbandes gegründet hatten, eine Konzession bei der Landesregierung.<sup>94</sup> Doch auch dieser Gesellschaft – wie übrigens auch mehreren anderen Gruppen aus dem In- und Ausland – verwehrte die Regierung die Lizenz zum Senden. Darauf folgte ein jahrelanger juristischer Streit um die Konzessionsvergabe. Springer verlor schließlich 1970 die Geduld und verkaufte seine Anteile an den Nürnberger Verleger Heinrich G. Merkel. Ernst Cramer, der Arning 1967 wegen dessen dubioser Recherchen beim ZDF als Fernsehbeauftragter des Axel Springer Verlages abgelöst hatte, ließ nach dem Austritt aus dem saarländischen Fernsehprojekt verlauten, dass dieser einen „Rückzug aus allen aktuellen Bemühungen um einen Zugang zum Fernsehen“ bedeutete.<sup>95</sup>

---

<sup>93</sup> Montag, S. 162.

<sup>94</sup> Ebenda. Vgl. dazu auch FUNK-Korrespondenz Nr. 34-35 vom 24. August 1967.

<sup>95</sup> Von Gottberg, S. 358.

### **3.7. Die Aktuelle Presse-Fernsehen Gesellschaft (APF) und die Gründung von SAT.1**

Erst 14 Jahre später unternahm Springer einen neuen Anlauf, nämlich als die neuen Medien Kabel- und Satellitenfernsehen die technischen Voraussetzungen dazu schufen, dass auch private Anbieter in den Genuss einer Fernsehlizenz kommen konnten. Die politischen Instanzen entschieden sich zunächst im Rahmen befristeter Versuche, Bedarf und Entwicklung eines Breitbandkabelnetzes zu untersuchen. Anhand von Kabelpilotprojekten sollten Akzeptanz und Wirkung der Neuen Medien wissenschaftlich untersucht und analysiert werden. In der Zeit von Januar 1984 bis August 1985 nahmen daraufhin vier Pilotprojekte in München, Berlin, Ludwigshafen und Dortmund ihren Sendebetrieb auf. Gleichzeitig begann die Deutsche Bundespost damit, das Land zu verkabeln.<sup>96</sup>

Aufgrund dieser Entwicklungen sahen sich die Landesregierungen gezwungen, Gesetze zu erlassen, die das so genannte duale Rundfunksystem ermöglichten. Zunächst regelten Übergangsgesetze die Konditionen für den privaten und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Im April 1987 wurde dann der Rundfunkstaatsvertrag verabschiedet. Dieser legte unter anderem fest, dass der klassische Auftrag des Rundfunks, nämlich die Erhaltung der individuellen wie öffentlichen Meinungsbildung und Meinungsvielfalt, in verfassungsrechtlicher Weise gewährleistet sein muss. Daher wurde dem kommerziellen Rundfunk zur Auflage gemacht, einen gewissen Grundstandard zu halten.<sup>97</sup>

Bereits zwei Jahre zuvor, am 1. Januar 1985, war das bis dahin einzige deutsche Satellitenprogramm unter dem Namen SAT.1 gestartet. An diesem Projekt waren 160 Zeitungsverleger mit der Programmgesellschaft Aktuelle Pressefernsehen (APF) zu 20 Prozent beteiligt. Der Axel Springer Verlag wiederum hielt 35 Prozent an der APF. Außerdem verfügte

---

<sup>96</sup> Buß, Christian/Fuhlbrügge, Larina/in 't Veld, Holger: Entstehung und Entwicklung des Senders SAT.1 von 1984 bis 1994, in: Bleicher, Joan Kristin (Hrsg.): Programmprofile kommerzieller Anbieter. Opladen 1990, S. 81.

<sup>97</sup> Ebenda.

das Zeitungshaus über einen alleinigen SAT.1-Anteil von 9,9 Prozent. Weitere Teilhaber waren der Burda Verlag (8,2 Prozent), der Holtzbrinck Verlag mit 5,4 Prozent, Kabelmedia (6,6 Prozent), die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (1,4 Prozent), Ebner (1,4 Prozent), der Otto Maier Verlag (1 Prozent) und die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenfunk (PKS, 40 Prozent), an der die Kirchgruppe maßgeblich beteiligt war.<sup>98</sup>

Laut Naeher kam Springer mit der APF der Idee eines Verlegerfernsehens noch am nächsten, doch konnte er sich bei SAT.1 nie gegen seinen großen Gegenspieler Leo Kirch durchsetzen, d.h. Springers Einfluss auf den neuen Privatsender war recht begrenzt. Naeher's Ausführungen zufolge verlor Springer den Machtkampf gegen den Filmrechtehändler unter anderem deshalb, weil er wegen seiner Krankheit nicht mehr in der Lage war, an der Ausgestaltung von SAT.1 aktiv mitzuwirken,<sup>99</sup> bevor er am 22. September 1985 im Alter von 73 Jahren verstarb.

Der Einfluss Kirchs auf SAT.1 wurde zusätzlich durch seine Beteiligung bei der Axel Springer Verlag AG verstärkt. Das Programm von SAT.1 wurde daher auch hauptsächlich von der Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) bestritten, die - wie bereits erwähnt - zum Kirchkonzern gehörte. Die PKS fungierte als Abspielbasis der Lagerbestände der Kirchgruppe. Sie bestritt 50 bis 60 Prozent des Gesamtprogrammes und bildete zusammen mit der Kabelmedienprogrammgesellschaft die Monopolistin des Programms. Für das Aktuelle Presse Fernsehen sowie Springer, Bauer, Burda und Holtzbrinck blieb nur der Rest.<sup>100</sup>

Nach Springers Tod konnte der Axel Springer Verlag zwar seinen Anteil an SAT.1 bis auf zuletzt 40 Prozent steigern, doch das Sagen hatte nach wie vor Leo Kirch. Im Juni 2000 beendete der Axel Springer Verlag

---

<sup>98</sup> Buß/Fuhlbrügge/in't Veld, S. 83.

<sup>99</sup> Naeher, S. 181.

<sup>100</sup> Buß /Fuhlbrügge/in't Veld, Holger, S. 83.

schließlich sein Engagement bei SAT.1 und kündigte an, seine SAT.1-Anteile Anfang 2001 der Kirchgruppe zu verkaufen.<sup>101</sup>

### **3. Die Geschichte der Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungsverleger (FBT)**

#### **3.1. Entstehung und Aufbau der Fernsehgesellschaft 1960-63**

##### **3.1.1. Gründung und Zielsetzung der FBT**

*„Die Gründungsmitglieder haben sich entschlossen, durch die von ihnen vertretenen Verlagsfirmen eine Gesellschaft zu gründen, die dazu bestimmt ist, eine Sendeerlaubnis für das zweite Programm im Fernsehen vom Senat und des Landes Berlin zu erhalten und die Bevölkerung durch ein zeitungsgerechtes Sendeprogramm mit Nachrichten, Berichten und Kommentaren aktueller Art zu versorgen und Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wirtschaft bekannt zu machen, sowie alles das auszustrahlen, und zwar in enger Fühlungnahme mit den von ihnen in Berlin herausgebrachten Zeitungen, was zur Meinungsbildung der Bevölkerung im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Raum beiträgt, um damit einen wichtigen Beitrag zum Kampf der Berliner Bevölkerung um ein freiheitliches, demokratisches Leben zu leisten“.*<sup>102</sup>

Mit diesen hehren Zielsetzungen besiegelten die Berliner Tageszeitungsverlage Der Abend, Telegraf, Tagesspiegel, die Springer-Tochter Ullstein, Deutschland und Erich Lezinsky am 30. Juni 1960 die Gründung der Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungsverleger mit beschränkter Haftung (FBT).<sup>103</sup> Zweck des Unternehmens war laut Gesell-

---

<sup>101</sup> „Spiegel“ 26/2000. Zum Machtkampf zwischen dem Axel Springer Verlag und Leo Kirch siehe: Radtke, Michael: Außer Kontrolle. Die Medienmacht des Leo Kirch. München/Bern 1994, S. 120-363.

<sup>102</sup> Gesellschaftervertrag der FBT, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 1. Siehe dazu auch die Kopie des Originalvertrages im Anhang unter Punkt 6.4.1.

<sup>103</sup> Die Vertrag unterzeichnete die Gesellschafter Hans Sonnefeld (Der Abend), Arno Scholz (Telegraf), Franz Karl Maier (Tagesspiegel), Axel Springer (Ullstein), Anton

schaftervertrag, „Programme für Fernsehsendungen herzustellen und zu beschaffen und bei Sendegesellschaften zu verwerten“ sowie „Aufträge für Werbesendungen heranzuholen und an Sendegesellschaften zu vermitteln.“<sup>104</sup>

Treibende Kraft bei der Gründung war der „Tagesspiegel“-Verleger Franz Karl Maier. Dieser hatte zuvor bereits mit dem Verleger Heinrich G. Merkel von den „Nürnberger Nachrichten“ vergeblich versucht, den Rundfunk in die Hände von Verlegern zu bekommen. Geplant war damals, über die Nachrichtenagentur DENA einen Verlegerrundfunk zu errichten. Das Projekt scheiterte unter anderem daran, dass nicht genügend Zeitungsverleger bereit waren, sich an Merckels und Maiers Fernsehplänen zu beteiligen.<sup>105</sup>

1960 überredete Maier dann Axel Springer, der laut Gottberg bislang kein Interesse an einem Verlegerfernsehen gehabt hatte,<sup>106</sup> sich an der FBT zu beteiligen, was dem Projekt erhebliches Gewicht einbrachte. Denn eine Fernsehgesellschaft ohne Springer hätte kaum eine Chance auf Realisierung gehabt. Die anderen Verlage wären nämlich nur schwerlich in der Lage gewesen, die notwendigen Mittel für die Errichtung eines Senders aufzubringen.<sup>107</sup>

Doch Springers Beteiligung löste nicht nur Jubelrufe aus. Gleichzeitig befürchteten die anderen Gesellschafter, dass Springer seine expansiven Praktiken, die er bislang auf dem Zeitungsmarkt an den Tag gelegt hatte, im Fernsehgeschäft wiederholen könnte. Um diesem vorzubeugen, wurden die Gesellschafteranteile gleichmäßig verteilt: Jeder der sieben Verlage war mit 5.000 Mark an der FBT beteiligt.<sup>108</sup> Zudem gab Maier Springer von Anfang an deutlich zu verstehen, dass die FBT auseinander

---

Langhans (Deutschland-Verlag) und Adolf Schöpflin (Erich Lezinsky Verlag). Aus: Gesellschaftervertrag der FBT, in: ebenda.

<sup>104</sup> Gesellschaftervertrag der FBT, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 1.

<sup>105</sup> Von Gottberg, S. 256.

<sup>106</sup> Ebenda.

<sup>107</sup> Ebenda.

breche, wenn Springer seine Vormachtstellung auch für den Bereich Fernsehen geltend mache.<sup>109</sup> Zum Geschäftsführer wurde der Chefredakteur des Ullstein-Blattes „Radio und Fernseh-Revue“, Horst Schnare, berufen, da viele Verleger eher bereit waren, mit einem Ullstein-Mann als mit einem direkten Vertreter des Axel Springer Verlages zu kooperieren.<sup>110</sup>

Als besonderer Erfolg der FBT-Gründung gilt die Tatsache, dass in diesem Projekt alle Westberliner Tageszeitungsverleger unter einem Dach vereint waren. Dies ist insofern bemerkenswert, als sich die Zeitungshäuser ob des großen Konkurrenzkampfes in der ehemaligen Reichshauptstadt eher feindlich gegenüberstanden. Zudem war es erstaunlich, dass sich alle Verlage gleichermaßen für das kommerzielle Fernsehen begeisterten, obwohl die Meinung über den kommerziellen Rundfunk in diesen Kreisen bislang alles andere als einhellig gewesen. Als Beleg dafür kann die Tatsache angeführt werden, dass an der Freies Fernsehen GmbH (FFG) – einer Art FBT auf Bundesebene<sup>111</sup> – nicht der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger beteiligt war, sondern nur ein loser Zusammenschluss von fernsehintereessierten Verlagen, nämlich die Pressevereinigung für neue Publikationsmittel.<sup>112</sup>

Einen Tag nach der Gründung stellte die FBT beim Postsenator einen Antrag auf Erteilung einer Lizenz für die Ausstrahlung von Fernsehprogrammen.<sup>113</sup> Die Tatsache, dass sich der Antrag ausschließlich an die Post richtete und mit der Lizenz praktisch nur die Frequenzzuteilung beantragt wurde und nicht eine landesrechtliche Konzession, spiegelte laut Harald von Gottberg den damaligen Stand der Diskussion und die Interessenlage der Verleger mit: *„Im Einklang mit der FFG und der Bundes-*

---

<sup>108</sup> Gesellschaftervertrag der FBT, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 1. Vgl. Gottberg, S. 255.

<sup>109</sup> Von Gottberg, S. 257.

<sup>110</sup> Ebenda.

<sup>111</sup> Näheres zum Thema FFB in Kapitel 3.1.3.

<sup>112</sup> Von Gottberg, S. 256.

<sup>113</sup> Schreiben der FBT an Senator für Post und Fernmeldewesen, Dr. Günter Klein, vom 28.6.1960, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6. Siehe dazu auch die Kopie des Originalbriefes im Anhang unter Punkt 6.4.1.

*regierung stellten sich die Verleger auf den Standpunkt, dass für die Ausstrahlung eines kommerziellen Rundfunkprogrammes nur eine Sendelizenz der Post notwendig sei. Die Frage nach einer Konzession, die die Herstellung von Programmen erlaubt, wurde erst gar nicht gestellt.*<sup>114</sup>

Die Argumentation der Verleger für die Zuteilung einer Lizenz lautete folgendermaßen: Das erste Fernsehprogramm hat die Versorgung mit westlichen Fernsehprogrammen nicht intensiv genug betrieben. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten beschäftigen sich zudem viel zu wenig mit gesamtdeutschen Fragen und vernachlässigen so die Aufgabe, auch die Zonenbevölkerung mit Nachrichten aus dem freien Teil Deutschlands zu versorgen.<sup>115</sup> Daher ist ein zweites Programm unter der Federführung der Berliner Verleger nötig. Diese sind insofern besonders für diese Aufgabe geeignet, als sie sich schon seit Jahren als Speerspitze der ideologischen und publizistischen Auseinandersetzung mit der DDR und dem Kommunismus bewährt haben. Keiner ist darin so gut geschult wie die Berliner Verleger und deren Journalisten. Daher kann ein neues Programm, dass sich stärker an die DDR wenden sollte als das öffentlich-rechtliche, auf gar keinen Fall auf die Erfahrung der Berliner Zeitungen verzichten.<sup>116</sup>

Selbstverständlich ging es den Verlegern bei ihrer Initiative auch um die großen Gewinne, die das Werbefernsehen versprach,<sup>117</sup> was die Verleger auch nicht abstritten: *„Wir waren damals in der glücklichen Lage, dass sich unsere publizistischen Interessen mit unseren wirtschaftlichen Interessen deckten“*<sup>118</sup>, sagte Maier 1972 in einem Interview.

Laut Lohmeyer wollte Springer mit der Fernsehbeteiligung in Berlin zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen wollte er an der von

---

<sup>114</sup> Von Gottberg, S. 256.

<sup>115</sup> Schreiben der FBT an Senator für Post und Fernmeldewesen, Dr. Günter Klein, vom 28.6.1960, in: ASV-UA 6/6. Vgl. Naehrer, S. 179.

<sup>116</sup> Schreiben der FBT an Senator für Post und Fernmeldewesen, Dr. Günter Klein, vom 28.6.1960, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6.

<sup>117</sup> „Die Zeit“, 31.8.67

<sup>118</sup> Interview mit Franz Karl Maier, zitiert in: Von Gottberg, S. 258.

ihm befürchteten Umschichtung der zum Überleben notwendigen Anzeigeneinnahmen in die Kassen der Fernsehwerber teilhaben. Zum anderen wollte er via Mattscheibe in die DDR hineinwirken, wo seine Zeitungen nicht erhältlich waren.<sup>119</sup> „*Und es wird wieder diese Mischung aus Mamon und Mission sein, die Warner und Kritiker auf den Plan ruft*“, schreibt Lohmeyer.<sup>120</sup>

Dem „Spiegel“ zufolge war Springer mehr auf den politischen Einfluss als auf den finanziellen Gewinn bedacht: „Springer hoffte, die FBT (...) als Plattform für seine ‚Macht-das-Tor-auf‘-Propaganda nutzen zu können.“ Die FBT sollte mit „Jazz und aktuellen politischen Fernsehsendungen (...) als Studio Berlin die Zone erobern und dem „politischen Dauer-schlaf“ des bundesdeutschen Fernsehens mittels privater Initiative das längst fällige Ende bereitet werden, zitierte der „Spiegel“ aus dem Springer-Blatt „Bild“.<sup>121</sup> „*Wir müssen auf dem Fernsehsektor das sein, was Rias und AFN für die Zone sind: Auf unserem Kanal muss immer etwas passieren. Die Zuschauer in der Zone dürfen überhaupt nicht auf den Gedanken kommen, auf den Ostkanal umzuschalten*“, gab das Magazin die Pläne des FBT-Geschäftsführers Horst Schnare wieder.<sup>122</sup>

Inhaltlich sollte der Sender so gestaltet sein, dass er „eine sprechende, auf die häusliche Televisionsscheibe projizierte Zeitung“ darstellt, sagte Schnare in einem Schreiben an Springer vom 9. Juni 1960. Zur Verwirklichung dieser Idee sollte das Studio das Aussehen und die Arbeitsweise einer Zeitungsredaktion haben. „*Unsere Fernsehteilnehmer sollen unmittelbar dabei sein, wenn Nachrichten aus Berlin und aller Welt über die uns zur Verfügung stehenden technischen Mittel hier eintreffen und nun redaktionell in Zusammenarbeit mit Berliner Zeitungen fernsehgerecht verarbeitet werden*“, so Schnare weiter.<sup>123</sup>

---

<sup>119</sup> Lohmeyer, S. 274. Vgl. Naehrer, S. 179.

<sup>120</sup> Lohmeyer, S. 274.

<sup>121</sup> „Spiegel“ 28/1961.

<sup>122</sup> Ebenda.

<sup>123</sup> Schreiben von Schnare an Springer vom 9.6.1960, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 1.



Ein weiterer Brief von Schnare an Springer verdeutlicht, dass der Axel Springer Verlag entgegen den Beteuerungen seines Fernsehplaners Naehher<sup>124</sup> eine Vormachtstellung innerhalb der FBT anstrebte: *„Von vornherein muss gewährleistet werden, dass die kaufmännische und redaktionelle Durchführung des Senders allein in unseren Händen bleibt. Den anderen Berliner Verlegern wird bei unserem Plan selbstverständlich zugesagt, dass geeignete Herren ihrer Verlage mit eingespannt werden; vor allem aber, dass sie aus den späteren Werbeeinnahmen des Senders proportional entschädigt werden sollen.“*<sup>125</sup>

Organisatorisch bestand die Gesellschaft aus folgenden Abteilungen: Geschäftsführung, Verwaltung, Dramaturgie, Dienstleistung und einer Produktionsgruppe, die bei größeren Produktionen durch freie Mitarbeiter ergänzt wurde.<sup>126</sup>

---

<sup>124</sup> Naehher, S. 180: „Ein Springer-Fernsehen, wie es Gegner immer formulierten, strebte er (Springer) nicht an. Axel Springer wollte kein Programm in ausschließlicher eigener Regie, weil er realistisch genug war und sich weder über die erforderlichen hohen Investitionen noch über das verfassungsrechtlich verlangte Vielfaltangebot täuschte. Er betrachtete die anderen Verlage als natürliche Partner für seine Fernsehpläne.“

<sup>125</sup> Schreiben von Schnare an Springer vom 6.5.1960, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 20 und 21.

<sup>126</sup> Auskunft des Unternehmensarchivs des Axel Springer Verlages.

### 3.1.2. Kooperationen mit der Freies Fernsehen GmbH

Bevor die Redakteure und Techniker der FBT ihre Arbeit aufnehmen konnten, musste noch das Verhältnis zur Fernsehproduktionsgesellschaft Freies Fernsehen GmbH (FFG) geklärt werden. Diese war am 5. Dezember 1958 vom Papierindustriellen Reinhold Krause als Vertreter der Markenartikelindustrie und dem Nürnberger Zeitungsverleger Heinrich G. Merkel gegründet worden und bereitete im Auftrag der Bundesregierung ein kommerzielles zweites Fernsehprogramm auf Bundesebene vor.<sup>127</sup> Die FFG sah die FBT anfangs eher als einen Konkurrenten als einen willkommenen Partner.<sup>128</sup> Nach zähen Verhandlungen einigten sich beide Seiten schließlich auf eine Kooperation, die darin bestand, dass die FBT als Landesstudio der FFG diene.

Doch bevor diese Zusammenarbeit anlaufen konnte, mussten noch folgende Punkte geklärt werden: Bei wem liegt die Programmhoheit? Darf die FBT autonom Teile des FFG-Programms verwenden oder umgekehrt? Und wem stehen die Werbeeinnahmen zu? Am 25. November 1960 kamen FBT und FFG zu einem Vertragsabschluss. Dieser legte fest, dass die FBT für das FFG-Gesamtprogramm Programmteile herstellt und ankauft, in denen Berliner und „sowjetzonale Fragen“ behandelt werden. Daneben liefert die FBT ein Berliner Regionalprogramm mit aktuellen Berichten über Berlin sowie so genannte Ostdokumentationen. Die FFG erstattet der FBT im Gegenzug Aufwendungen bis zu einer Summe von vier Millionen Mark. Die redaktionelle Verantwortung liegt bei der Chefredaktion der FFG. Zudem verpflichtet sich die FBT, die Richtlinien der Bundesregierung zur Programmherstellung einzuhalten.<sup>129</sup>

---

<sup>127</sup> Bausch, Hans: Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945-1962. München 1980 (Rundfunk in Deutschland, Bd. 3), S. 424-428. In der Literatur ist dieses Projekt auch als „Adenauer-Fernsehen“ bekannt, da der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer hoffte, durch die Errichtung eines zweiten deutschen Senders ein politisches Gegengewicht zu der seiner Meinung nach zu linken ARD zu schaffen. Siehe dazu auch: ebenda, S. 415-447.

<sup>128</sup> Steinmetz, Rüdiger: Freies Fernsehen: das erste privat-kommerzielle Fernsehprogramm in Deutschland. Konstanz 1996, S. 367.

<sup>129</sup> Vereinbarung zwischen Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungen mbH und der Freies Fernsehen GmbH vom 25.11.1960, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6.

Die Kooperation zwischen den beiden Produktionsgesellschaften fand im Februar 1961 durch das so genannte Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichtes ein abruptes Ende. Das Gericht beschloss, dass die Veranstaltung von Rundfunksendungen nach der deutschen Rechtsentwicklung eine öffentliche Aufgabe sei, deren Erfüllung nach Artikel 30 des Grundgesetzes Sache der Länder sei. Eine staatliche Rundfunkanstalt – wie es Bundeskanzler Konrad Adenauer vorsah – sei nicht möglich. Ferner stellte der Karlsruher Gerichtshof klar, dass nicht nur Anstalten des öffentlichen Rechts, sondern auch rechtsfähige Gesellschaften des privaten Rechts Rundfunksendungen veranstalten könnten. Dafür sei jedoch erforderlich, dass per Gesetz eine die spezifischen Zwecke des Rundfunks sichernde besondere Gesellschaftsform zur Verfügung gestellt werde. In den Organen einer solchen Gesellschaft müssten alle gesellschaftlich relevanten Kräfte Einfluss haben und im Gesamtprogramm zu Wort kommen. Es müsste ferner eine Staatsaufsicht ähnlich der Banken- und Versicherungsaufsicht bestehen.<sup>130</sup>

Durch dieses Urteil war das Projekt FFG gescheitert. Die Firma wurde alsbald aufgelöst, und die FBT erhielt aus der Liquidationsmasse eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 230.000 Mark.<sup>131</sup> Außerdem übernahm die FBT einen Teil der FFG-Technik.

---

Vgl. Steinmetz: Das erste privat-kommerzielle Fernsehprogramm in Deutschland, S. 367.

<sup>130</sup> Bausch, Hans: Rundfunkpolitik nach 1945. Zweiter Teil: 1963-80. München 1980 (Rundfunk in Deutschland, Bd. 3), S. 433-37. Vgl. Zehner, Günter: Der Fernsehstreit vor dem Bundesverfassungsgericht. Karlsruhe 1965.

<sup>131</sup> Vertrag zwischen FBT und FFG vom 8.9.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

### 3.1.3. Kooperationen mit dem Sender Freies Berlin

Nach dem Scheitern der FFG und der Deutschland-Fernsehen GmbH nahm die FBT Kontakt mit dem Sender Freies Berlin (SFB) zwecks Beschäftigung und Auslastung der FBT im interimistischen Zweiten Programm auf. Die öffentlich-rechtlichen Landesanstalten mussten nämlich in der Aufbauphase des ZDF das Programm der Mainzer Anstalt herstellen. In Berlin war der SFB mit dieser Aufgabe heillos überfordert und war daher mehr als dankbar, auf die Technik und das Personal der FBT zurückgreifen zu können, zumal es sich nicht gelohnt hätte, für eine Übergangszeit neue Übertragungswagen zu kaufen.<sup>132</sup>

Am 30. Mai 1961 einigte sich die FBT mit dem Intendanten des SFB darüber, dass die Berliner Anstalt drei Kameratrupps und Schneiderräume der FBT nutzt. In den folgenden Monaten war das FBT-Personal ständig im Einsatz: Die Techniker halfen bei Hunderten aktuellen Sendungen mit und bauten in zwei Monaten einen Übertragungswagen, eine so genannte Ampex-Station.<sup>133</sup> Dieses dauerte laut Schnare normalerweise acht bis 15 Monate. Diese Rekordzeit war notwendig, weil der SFB die Station dringend zur Berliner Fernsehausstellung benötigte.<sup>134</sup> Gleichzeitig baute die FBT ihre technischen Einrichtungen weiter aus: Es kamen ein Tonstudio, ein Umspielraum, ein kleines Sprecher-Studio und ein eigenes Schallarchiv dazu.<sup>135</sup> Ungefähr 50 Prozent der aktuellen Berichterstattung der Berliner Abendschau erfolgte durch FBT-Teams, die zudem ein Drittel der aktuellen Sondersendungen drehten, welche im Abendprogramm des deutschen Fernsehens gesendet wurden. Obwohl der SFB selbst über drei Ampexwagen verfügte, bestritt der FBT-Übertragungswagen 60 Prozent der Bandaufzeichnungen des SFB.<sup>136</sup>

---

<sup>132</sup> fff-press vom 2.11.1961.

<sup>133</sup> Chronik der FBT, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 1.

<sup>134</sup> Schreiben von Schnare an Springer vom 9.9.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>135</sup> Chronik der FBT, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 1.

<sup>136</sup> Die FBT - Stand und Ziel, verfasst von Schnare am 3.11.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

Der SFB war mit der Arbeit der FBT offensichtlich sehr zufrieden. Intendant Walter Steigner bedankte sich bei der FBT schriftlich für den Einsatz der FBT während der Krisenzeit und bestätigte, dass es ohne die FBT nicht so ausgezeichnet hätte klappen können.<sup>137</sup> Auch die verantwortlichen Herren der verschiedenen Ressorts lobten nach Auskunft Schnares die Leistungen der FBT, was den FBT-Geschäftsführer dazu ermutigte, eine Erhöhung der Preise anzukündigen.<sup>138</sup> Viel Anerkennung erhielt die FBT auch von der Fernsehzeitschrift „fff-press“, die am 2. November 1961 unter der Überschrift „Schnelle Hilfe für den SFB – Die FBT“ ausführlich über die Arbeit der FBT berichtete. *„Diese Fernsehgesellschaft ist ein kleiner, leicht übersehbarer Betrieb von rund 50 Menschen, völlig unbürokratisch geleitet, der von keinerlei Ressortdenken angekränkt ist. Jeder hilft, wenn Not am Mann ist, jedem, und keiner fühlt sich in seinen Kompetenzen verletzt, wenn es gilt, die gestellten Aufgaben auf irgendeine, meist ungewöhnliche Art zu bewältigen. Die FBT hat vier Kamerateams, drei davon stehen dem SFB zur Verfügung (...) Haupt- und Glanzstück der Ausrüstung ist ein fahrbarer Ampexwagen (...) Weitere eigene Ausrüstung der FBT ist weniger von großem Umfang als von genau kalkulierter Zweckmäßigkeit. Im Keller des Hauses gegenüber dem Ullsteinhaus in Tempelhof befinden sich Umspiel-, Synchron- und Sprechräume, auf dem Boden zahlreiche wertvolle Messgeräte. Das alles würde ausreichen, um, sollte sich eine Möglichkeit dafür ergeben, ein regionales Eigenprogramm von einer Stunde Dauer ausstrahlen zu können, ja mehr noch, zusätzliche Unterhaltungsprogramme, wobei der Gesellschaft die Autoren der an ihr beteiligten Tageszeitungen zur Verfügung stehen würden.“*<sup>139</sup>

Doch die Freude über die „in jeder Beziehung erfreuliche Zusammenarbeit“<sup>140</sup> zwischen FBT und SFB währte nicht lange: Am 5. Juni 1962

---

<sup>137</sup> Schreiben von Schnare an Springer vom 9.9.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>138</sup> Schreiben von Schnare an SFB-Intendanten Steigner vom 9.8.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>139</sup> „fff-press“ vom 2.11.1961.

<sup>140</sup> Bericht der Geschäftsführung zur außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 26.2.1962, von Horst Schnare, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

teilte die Abteilung Direktion des SFB der Berliner Fernsehgesellschaft mit, dass die finanzielle Lage des Senders sie zwingt, die Verträge zum Ende des Monats zu kündigen.<sup>141</sup>

### 3.1.4. Der Kampf um die Fernsehlizenz

Den Verlust der Dienstleistungsverträge konnte die FBT insofern verschmerzen, als sie diese Tätigkeiten ohnehin nur als eine Zwischenlösung angesehen hatte. Das Hauptaugenmerk der Firma lag nämlich nach wie vor auf der Gründung eines eigenen Fernsehsenders. Dazu hatte die FBT bereits einen Tag nach ihrer Gründung beim Berliner Postsenator Dr. Günther Klein (SPD) einen Antrag auf Erteilung einer Fernsehlizenz gestellt.<sup>142</sup> Der SPD-geführte<sup>143</sup> Berliner Senat behandelte diesen aber nur sehr schleppend. Erst nach fast vier Jahren erhielt die FBT von Postsenator Schütz eine Absage.<sup>144</sup> Zwischendurch führten FBT-Vertreter zahlreiche Gespräche und Verhandlungen mit dem Senat und mahnten eine Antwort auf ihren Antrag mehrmals an. Zusätzlich versuchte Axel Springer den SPD-Kanzlerkandidaten und Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, unter Druck zu setzen. Er erreichte dadurch jedoch nur das Gegenteil: *„Unser freundlicher Kontakt litt Schaden, als er (Axel Springer) mich (Willy Brandt) im Rathaus Schöneberg bedrängte, einem regionalen Verleger-Fernsehen zuzustimmen; er sah West-Berlin als Büchsenöffner für den Bund. Mir erschien es unzumutbar, den Berliner Sonderstatus auf diese Weise in Anspruch nehmen zu wollen; außerdem hatte meine Partei überhaupt Bedenken gegen ein privates Fernsehen“*, schrieb Brandt in seinen Memoiren.<sup>145</sup>

---

<sup>141</sup> Schreiben von Herbert Koch und Rolf Menzel (SFB, Abteilung Direktion) an Schnare vom 5.6.1962, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 19.

<sup>142</sup> Schreiben der FBT an Senator für Post und Fernmeldewesen, Dr. Günter Klein, vom 28.6.1960, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6.

<sup>143</sup> Berlin wurde damals von einer großen Koalition von SPD und CDU unter dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt (SPD) regiert. Bei den letzten Berlin-Wahlen am 27. November 1958 hatte die SPD mit 52,6 Prozent die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht. Auf die CDU entfielen 37,7 Prozent der Stimmen.

<sup>144</sup> Schreiben von Klaus Schütz an FBT vom 2.3.1965, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 63. Siehe dazu auch Originalbrief im Anhang unter Punkt 6.4.3.

<sup>145</sup> Brandt, Willy: Erinnerungen. Berlin 1989, S. 288.

Im Januar 1963 fühlten sich die Vorsitzenden des FBT-Verwaltungsrats, Maier und Scholz, zudem arg übergangen, als der Senat den SFB dazu ermächtigte, ab April 1964 ein Drittes Programm auszustrahlen: *„Die FBT kann nicht umhin, ihre größte Verwunderung über diese Entscheidung und die Tatsache auszusprechen, daß der Senat eine Anhörung unserer Gesellschaft zu der Frage des Dritten Programmes offenbar nicht für notwendig, ja nicht einmal zur Wahrung der Form angebracht hielt, beschwerten sich die beiden Verleger schriftlich bei Willy Brandt.“*<sup>146</sup>

Als im Januar 1965 immer noch keine Entscheidung gefallen war, schlug der FBT-Verwaltungsrat einen sehr viel härteren Ton an: "Die Gesellschaft besteht auf einer Entscheidung über ihren Antrag, auf die sie seit Jahren einen Anspruch besitzt. Sie wird prüfen lassen, ob das jahrelange Hinauszögern einer Entscheidung ihres Antrags zulässig gewesen ist. Die Gesellschaft ist der Meinung, daß jedenfalls das heutige Verhältnis zwischen SFB und der Berliner Tagespresse dazu zwingt, ihrem Antrag stattzugeben.“<sup>147</sup>

Maier und Scholz setzten dem Senat, der seit 1963 aus einer Koalition von SPD und FDP bestand,<sup>148</sup> eine Frist bis zum 15. Februar 1965. Wenn bis dahin keine Entscheidung gefallen sei, sehe sich die Gesellschaft wegen der katastrophalen Situation der Berliner Tagespresse<sup>149</sup> genötigt, „mit allen Rechtsbehelfen die Erteilung eines Bescheids zu erzwingen“.<sup>150</sup>

---

<sup>146</sup> Schreiben von Scholz und Maier an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, vom 22.1.1963, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>147</sup> Schreiben des FBT-Verwaltungsrates an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, vom 23.1.1965, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 63.

<sup>148</sup> Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus hatte die SPD am 17. Februar 1963 mit 61,9 Prozent die absolute Mehrheit erreicht. Auf die FDP entfielen 7,9 Prozent der Stimmen.

<sup>149</sup> Eine beliebte Argumentation der Verleger beim Kampf um Lizenz lautete wie folgt: Die Berliner Verleger müssen einen eigenen Sender gründen, da der SFB den Zeitungen immer mehr Werbeaufträge entzieht. Folglich müsse man sich durch einen eigenen Sender am TV-Werbemarkt beteiligen. Die dadurch erzielten Einnahmen könnten dann die finanziellen Verluste der Zeitungen ausgleichen. Näheres dazu in Kapitel 3.2.3.

<sup>150</sup> Schreiben des FBT-Verwaltungsrates an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, vom 23.1.1965, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 63.

Am 4. Februar kam es noch einmal zu einem Gespräch zwischen FBT-Vertretern und Postsenator Schütz, in dem Arning dem Senat ganz klar vorwarf, die Entscheidung über den Antrag vor sich hergeschoben zu haben. Die FBT habe immer wieder ihr Anliegen vorgetragen und alles unternommen, um ihre Interessen der wechselnden Situation anzupassen. Arnings Meinung nach habe der Senat nicht – wie von Senator Schütz behauptet – davon ausgehen können, dass die FBT damit einverstanden gewesen sei, dass ihr Antrag für unbestimmte Zukunft „im Wartezimmer“ gehalten werde oder dass dieser Antrag durch das Fernsehurteil oder die späteren Bemühungen der FBT um eine Beteiligung am ZDF<sup>151</sup> gegenstandslos geworden sei. Spätestens seit dem Beschluss über das Dritte Programm habe der Senat eine Entscheidung über den Lizenzantrag ins Auge fassen müssen.<sup>152</sup>

Es sei zwar abzusehen gewesen, dass der Antrag nach dem Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts abgelehnt werde, aber auch auf diese ablehnende Entscheidung habe die FBT ein Recht gehabt. Denn damit wäre die Grundlage für ein weiteres Vorgehen, zum Beispiel vor Gericht, geschaffen worden. Zum Beispiel hätte schon damals die Frage geprüft werden können, ob das Berliner Rundfunkgesetz gegenüber dem Urteil des BVG überhaupt noch gültig war oder ob der Gesetzgeber seine Verpflichtung aus dem Fernsehurteil, nämlich durch ein besonderes Gesetz die Voraussetzungen für die Zulassung privater Fernsehgesellschaften zu schaffen, erfüllt hatte. Zum Ende des Gespräches betonten die FBT-Vertreter noch einmal, dass sie fest entschlossen seien, in Bezug auf die Lizenz keine Ruhe zu geben.<sup>153</sup>

Auf den harschen Beschwerdebrief der FBT vom 23. Januar hin, befasste sich eine Senatskommission mit den Vorwürfen der Fernsehgesellschaft. In einer Referentenbesprechung wies Senatsrat Dr. Uhlitz, der als Ver-

---

<sup>151</sup> Auf die Bemühungen der FBT, Berliner Landesstudio des ZDF zu werden, wird in Kapitel 3.1.5 noch näher eingegangen.

<sup>152</sup> Aktennotiz über Gespräch zwischen Postsenator Schütz und FBT-Vertretern am 4.2. 1965, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2664:85.

<sup>153</sup> Aktennotiz über Gespräch zwischen Postsenator Schütz und FBT-Vertretern am 4.2. 1965, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2664:85.



treter der Senatskanzlei die Sitzung leitete, die Anschuldigungen der FBT als unrichtig zurück. Die FBT-Gesellschafter Springer und Sonnenfeld hätten seiner Kenntnis nach am 29. Juni 1960 beim Regierenden Bürgermeister erläutert, dass der Antrag die Priorität nur für den Fall sichern solle, dass bei der Regelung des zweiten Fernsehprogrammes private Gesellschaften lizenziert würden. Er berief sich dabei auf einen Aktenvermerk des damaligen Leiters des Presse- und Informationsamtes in Berlin, Egon Bahr, vom 1. Juli 1960.<sup>154</sup>

Zudem stand den Ausführungen von Dr. Uhlitz zufolge nach dem Fernsehurteil fest, dass die FBT die vom Bundesverfassungsgericht verlangte Voraussetzung, dass in einer privaten Fernsehgesellschaft alle gesellschaftlich-relevanten Kräfte Einfluss haben müssen, nicht erfüllte. Im Hinblick hierauf konnte der Senat laut Uhlitz davon ausgehen, dass die FBT ihren Antrag nicht mehr weiter verfolgte und ihn als gegenstandslos bezeichnete, zumal sie sich in der folgenden Zeit ganz auf die Bemühungen konzentriert habe, an der Lieferung von Programmteilen für das ZDF beteiligt zu werden. Allerdings musste Uhlitz einräumen, dass der Senat das Schreiben des FBT-Verwaltungsrates an Willy Brandt vom 22. Januar 1963<sup>155</sup>, hätte beantworten müssen.<sup>156</sup>

In der nachfolgenden Diskussion schlossen sich alle Besprechungsteilnehmer der Auffassung von Dr. Uhlitz an, dass aufgrund der vorliegenden Unterlagen der Vorwurf einer verschleppenden und unsachgemäßen Behandlung der verschiedenen Anträge und Anliegen der FBT zurückgewiesen werden könne. In Bezug auf den Lizenzantrag beschloss die Versammlung, dass der Postsenator das Begehren der FBT ablehnt, da noch

---

<sup>154</sup> Protokoll über Referentenbesprechung vom 29.1.1965 zur Vorbereitung der Sitzung der Senatskommission, die sich mit den aus den Schreiben der FBT und der Berliner Verleger vom 23.1.1965 ergebenden Problemen befassen soll, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2664:43.

<sup>155</sup> Siehe: Schreiben der FBT-Verwaltungsratsmitglieder Scholz und Maier an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, vom 22.1.1963, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>156</sup> Protokoll über Referentenbesprechung vom 29.1.1965 zur Vorbereitung der Sitzung der Senatskommission, die sich mit den aus den Schreiben der FBT und der Berliner Verleger vom 23.1.1965 ergebenden Problemen befassen soll, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2664:43.

kein Landesgesetz bestehe, dass privaten Gesellschaften den Fernsehbetrieb erlaubt. Entgegen der Auffassung der Berliner Verleger sei der Senat durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht verpflichtet gewesen, ein entsprechendes Landesgesetz zu erlassen. Das Gericht habe lediglich festgestellt, dass die Landesregierungen dies tun könnten. Zudem erfülle die FBT die vom Bundesverfassungsgericht verlangten Voraussetzungen für eine private Fernsehanstalt nicht.<sup>157</sup>

Am 2. März 1965 teilte Schütz der FBT diese Entscheidung unter Wiederholung der oben genannten Argumente schriftlich mit.<sup>158</sup> Zudem betonte Schütz in dem Bescheid, dass er sich für die FBT sehr bei den Ministerpräsidenten der Länder für eine Beteiligung am ZDF eingesetzt habe, wobei er auf ein Zitat der FBT verwies, in dem die Fernsehgesellschaft das Engagement des Senats würdigt und zudem den Eindruck vermittelt, keine weiteren Fernsehambitionen zu haben: *„Wir in Berlin haben unter Ihrer wohlwollenden Förderung nun wohl das uns zunächst gesteckte Ziel - mit der FBT für das politische Gewicht Berlins im Rahmen der aktuellen Berichterstattung, der Dokumentation aus unserer Stadt und der Zone im Zweiten Programm wirken zu können - erreicht.“*<sup>159</sup>

Im Dezember 1965 beschäftigte sich der Ausschuss für Bundesangelegenheiten des Abgeordnetenhauses von Berlin auf Antrag der SPD und der FDP noch einmal mit der Ablehnung der Fernsehlizenz. Das Gremium billigte nach Abschluss der Untersuchung die Haltung des Senats. Dieser habe davon ausgehen können, dass die FBT ihren Antrag als erledigt betrachtet habe, so dass sich eine formelle Bescheidung erübrigt habe. Allerdings wäre es nach Meinung des Ausschusses richtig gewesen, wenn der Senat seine Auffassung der FBT gegenüber klar gestellt hätte,

---

<sup>157</sup> Protokoll über Referentenbesprechung vom 29.1.1965 zur Vorbereitung der Sitzung der Senatskommission, die sich mit den aus den Schreiben der FBT und der Berliner Verleger vom 23.1.1965 ergebenden Problemen befassen soll, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2664:43.

<sup>158</sup> Schreiben von Klaus Schütz an FBT vom 2.3.1965, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 63. Siehe dazu auch Originalbrief im Anhang unter Punkt 6.4.3.

<sup>159</sup> Ebenda.

insbesondere nach dem Eingang des Schreibens vom 22. Januar 1963.<sup>160</sup> Zudem teilte der Ausschuss die Ansicht des Senats, dass nach der gegenwärtigen Rechtslage private Anbieter keine TV-Sendungen ausstrahlen können. Der Senat sei ermächtigt, den Verlegern gegenüber klarzustellen, dass die freien Frequenzen in den Rundfunkbereichen I bis V für den Ausbau der bestehenden Sendernetze benötigt werden und dass der Rundfunkbereich VI für Zwecke des Fernsehens noch nicht erschlossen ist. Die Voraussetzungen, unter denen das Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts ergangen war, seien somit nicht entfallen.<sup>161</sup>

In Bezug auf den Lizenzstreit sei noch erwähnt, dass die Berliner Verleger auch im Falle eines Plazet des Senats noch nicht am Ziel ihrer Träume angelangt wären, da die westlichen Alliierten als letzte Instanz einer solchen Genehmigung noch hätten zustimmen müssen.<sup>162</sup>

---

<sup>160</sup> Schreiben von Scholz und Maier an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, vom 22.01.1963, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>161</sup> Beschluss des Ausschusses für Bundesangelegenheiten des Abgeordnetenhauses Berlin vom 13.12.1965, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 002 (Senatskanzlei, Teilbestand: Senator für Bundesangelegenheiten, Dienststelle Berlin): Nr. 13759, 2252-03-01 B.

<sup>162</sup> Schreiben von Schütz an FBT, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2664:137.

### 3.1.5. Die ambivalente Haltung des Berliner Senats

Während der Berliner Senat der FBT - wie oben beschrieben - in puncto Sendelizenz Steine in den Weg legte, setzte er sich auf der anderen Seite bei den Länderchefs für die Mitwirkung der FBT am ZDF ein. Diese sollte bestenfalls darin bestehen, dass die FBT als Landesstudio des ZDF oder wenigstens als wichtige Produktions- und Zulieferergesellschaft der Mainzer Anstalt dient. In diesem Sinne verfassten Senatsmitglieder, insbesondere Postsenator Klaus Schütz, Schreiben an das ZDF und führten Gespräche mit dem ZDF-Intendanten Prof. Dr. Karl Holzamer.<sup>163</sup> Selbst der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, erklärte sich bereit, sich der Angelegenheit persönlich anzunehmen. In einem Schreiben an den Vorsitzenden des FBT-Verwaltungsrates teilte Brandt am 4. Januar 1962 mit: *„Auf diesem Wege möchte ich Ihnen sagen, daß Berlin sich bei den zuständigen Gremien, die die letzte Entscheidung haben, dafür einsetzen wird, dass die FBT in einer festen zu vereinbarenden Form an der Gestaltung des zweiten Programms beteiligt wird.“*<sup>164</sup> Diese Nachricht löste bei der FBT Zuversicht aus: „Dies ist für unsere Gesellschaft ein entscheidender Schritt“, schrieb Schnare am 10. Januar 1962 an Axel Springer.<sup>165</sup> Auch Aufsichtsratschef Maier zeigte sich zufrieden: In einem Brief bedankte er sich bei Brandt für dessen Engagement.<sup>166</sup>

Als besonders hilfreich für die FBT stellte sich der Senator für Bundesangelegenheiten, Dr. Günter Klein, heraus. Dieser wurde bei den Verhandlungen der Länder über den ZDF-Staatsvertrag nicht müde, seine westdeutschen Fernsehpartner auf die besondere Situation Berlins hinzuwei-

---

<sup>163</sup> Schreiben des Senators für Post- und Fernmeldewesen an die FBT vom 2.3.1965, in: Rep. 14: Nr. 2664:43. „Ich habe mich nach Kräften bemüht, Sie in diesen Bestrebungen zu unterstützen. Zu diesem Zweck habe ich im Schreiben an die Mainzer Anstalt sowie in persönlichen Gesprächen mit dem Intendanten, Herrn Prof. Dr. Holzamer, wiederholt auf das große Interesse hingewiesen, daß der Senat Ihrer Gesellschaft und Ihren Bemühungen entgegenbringt.“ Vgl. von Gottberg, S. 258.

<sup>164</sup> Schreiben von Brandt an Maier und Scholz vom 4.1.1962, zitiert in: Bericht der Geschäftsführung zur außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 26. Februar 1962 (ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 3). Vgl. von Gottberg, S. 259-261.

<sup>165</sup> Schreiben von Schnare an Springer vom 10.1.1962, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 19.

<sup>166</sup> Schreiben von Maier an Brandt vom 9.1.1962, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 002 (Senatskanzlei, Teilbestand: Presse- und Informationsamt): Nr. 7055, ZDF + FBT.

sen. Er begründete die von ihm geforderte Mitwirkung der FBT am ZDF mit dem Argument, dass das Zweite Programm laut Staatsvertrag-Entwurf den Fragen der Wiedervereinigung erhöhte Aufmerksamkeit widmen sollte. Daher könnte das ZDF auf die Dienste der Westberliner Zeitungen nicht verzichten, denn allein die Westberliner verfügten laut Klein über „ausreichend Erfahrung mit dem Osten“.<sup>167</sup>

Ursprünglich hatten die Länderregierungen der Mitarbeit freier TV-Produzenten engere Grenzen setzen wollen und daher in einem ersten Entwurf zum Staatsvertrag die Beteiligung privater Produktionsgesellschaften an politischen Sendungen ausdrücklich verboten.<sup>168</sup> Dank der intensiven Lobby-Arbeit von Dr. Klein kam es dann aber doch noch zu einem Umschwung: „Soweit die Anstalt das Programm nicht selbst herstellt, kann sie es von Dritten herstellen lassen“, hieß es schließlich in Paragraph 22 des Staatsvertrages, den die Ministerpräsidenten der Länder am 6. Juni 1961 unterzeichneten.<sup>169</sup> „Im Staatsvertrag hat man uns Tür und Tor für politische Fernsehsendungen geöffnet“, schrieb Schnare danach begeistert.<sup>170</sup> Denn der FBT-Geschäftsführer sah in dieser Formulierung eine erste Konzession an die Fernsehambitionen seiner Gesellschaft.<sup>171</sup>

Ermutigt durch diesen Erfolg bewarb sich die FBT am 28. Dezember 1961 offiziell bei der Fernsehkommission der Ministerpräsidenten der Bundesländer als Studio Berlin des ZDF mit folgenden Aufgabengebieten:

- Aktuelle Berichterstattung aus Berlin
- Feature-Produktionen
- Kulturelle und Unterhaltungssendungen aus Berlin für das Abendprogramm
- Politische Sendungen mit gesamtdeutschem Charakter sowie Beobachtung und Beantwortung des ostzonalen Fernsehens

---

<sup>167</sup> Lohmeyer, S. 275.

<sup>168</sup> „Spiegel“ 28/1961, S. 32.

<sup>169</sup> Von Gottberg, 261. Vgl. „Spiegel“ 28/1961.

<sup>170</sup> „Spiegel“ 28/1961. Vgl. Gottberg, S. 261.

<sup>171</sup> „Spiegel“ 28/1961, S. 33.

- Gestaltung eines Regionalprogrammes<sup>172</sup>

Dieser Wunsch blieb der FBT allerdings verwehrt. Das einzige, was die Fernsehgesellschaft dank der Unterstützung des Senats letztendlich erreichen konnte, war, dass das ZDF der FBT Produktionsaufträge erteilte und technische Dienstleistungen der FBT in Anspruch nahm.<sup>173</sup> Die FBT konnte somit ihr ursprüngliches Ziel einer eigenen Gestaltung und Ausstrahlung eines zweiten Fernsehprogrammes in Berlin nicht erreichen. Dennoch erklärte sie sich mit den Bemühungen und Resultaten der Lobby-Arbeit des Berliner Senats durchaus zufrieden.<sup>174</sup>

Eine mögliche Erklärung für den Schlingerkurs des Senats ist, dass dieser einerseits die Rechtseinheit zwischen Berlin und dem Bundesgebiet wahren wollte, andererseits vor den anstehenden Berlin-Wahlen die Front der Berliner Zeitungsverleger fürchtete.<sup>175</sup>

Mit der Zeit wurden die Bemühungen des Senats um eine Fernsehbeteiligung immer halbherziger und die Beschwerden der FBT über den Senat immer häufiger. Insbesondere nach 1965 finden sich in den Akten mehrere Anzeichen dafür, dass der Senat die FBT nicht mehr so wohlwollend förderte, wie es Schnare in einem Brief an Brandt am 10. Mai 1962 noch gelobt hatte.<sup>176</sup> In einem Schreiben an Senatsdirektor Harald Ingensand beschwerte sich der FBT-Geschäftsführer darüber, dass der SPD-Politiker sich nicht ausreichend beim ZDF für die FBT einsetze. Schnares Meinung nach war Ingensand in seiner Eigenschaft als Berliner Fernsehratsmitglied des ZDF nicht nur berechtigt, sondern nahezu verpflichtet,

---

<sup>172</sup> Schreiben der FBT an die Fernsehkommission der Ministerpräsidenten der Bundesländer vom 28.12.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>173</sup> Chronik der FBT, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 1.

<sup>174</sup> „Wir in Berlin haben unter Ihrer wohlwollenden Förderung nun wohl das uns das zunächst gesteckte Ziel - mit der FBT für das politische Gewicht Berlins im Rahmen der aktuellen Berichterstattung, der Dokumentation aus unserer Stadt und der Zone im zweiten Programm wirken zu können – erreicht“, teilte Schnare Brandt am 10. Mai 1962 in einem Brief mit (Schreiben von Schnare an Brandt vom 10.5.1962, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 19).

<sup>175</sup> Von Gottberg, S. 260. Vgl. Pfeil, Moritz: Einen Kanal für Axel Springer, in: „Spiegel“ vom 10.3.1965.

<sup>176</sup> Schreiben von Schnare an Brandt am 10.5.1962, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 19.

den Berliner Produktionsfirmen beim Mainzer Fernsehen Geltung zu verschaffen, vor allem aber dafür zu sorgen, dass die schon erkannten Missstände abgestellt werden.<sup>177</sup>

Ingensand wies diese Vorwürfe schroff zurück: Er vertrete nur die Berliner Interessen, nicht die von bestimmten Berliner Studios. In Gesprächen im Verwaltungsrat seien daher nicht Anteile einzelner Firmen, sondern nur das Gesamtvolumen der Berliner Aufträge diskutiert worden. Welche Einzelabsprachen sich daraus ergeben, liege allein am ZDF und an den Firmen. Er habe von Anfang an nur eine Vermittlerrolle gespielt. „Abgesehen davon“ erklärte Ingensand, „ist der Fernsehrat keine Lobby für verschiedene Interessengruppen“. Außerdem machte er Schnare deutlich, dass er sich durch dessen Schreiben „nicht gerade dazu ermutigt fühle“, seine ohnehin „nicht einfachen Bemühungen in Mainz für die Gesamtheit der Berliner Produzenten- und Atelierunternehmen fortzusetzen“<sup>178</sup>, d.h. Schnare bewirkte durch seinen Brief genau das Gegenteil von dem, was er ursprünglich erreichen wollte.

Der Konflikt verschärfte sich offensichtlich im Jahre 1966, denn in einem Überblick über das Geschäftsjahr 1966 berichtete Schnare, dass der Berliner Senat und dessen Vertreter im ZDF-Fernsehrat die FBT nicht genügend unterstützten. Nicht nur das. Er habe zudem den Eindruck, dass *„eine sehr gezielte und bewusste Kampagne von Seiten des Senats und anderen politischen Kreisen geführt wird, die zum Teil sogar in Brüskierungen der Geschäftsführung ausartet“*.<sup>179</sup>

---

<sup>177</sup> Schreiben Schnares an Senatsdirektor Harald Ingensand vom 16.9.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 20 und 21. Mit den Missständen ist die angebliche „Boykottpolitik“ des ZDF bei der Vergabe von Produktionsaufträgen an die FBT gemeint. Auf diesen Sachverhalt wird in Kapitel 3.2.4. näher eingegangen.

<sup>178</sup> Schreiben von Ingensand an Schnare vom 10.10.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21.

<sup>179</sup> Überblick über das Geschäftsjahr 1966, verfasst von Schnare am 26.4.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

### 3.1.6. Finanzielle und technische Entwicklungen

Nur drei Monate nach ihrer Gründung musste die FBT am 9. September wegen des Konkurses des Echo-Verlages umgegründet werden. Den Anteil des ausscheidenden Gesellschafters (5.000 Mark) übernahm die FBT. Am 3. Juli 1961 wurde eine weitere Änderung der Handelsregistereintragung nötig: Die Gesellschafter beschlossen eine Erhöhung des Stammkapitals von 35.000 auf 515.000 Mark. Jeder Gesellschafter musste dazu 80.000 Mark aufbringen. Somit waren die sechs Gesellschafter mit jeweils 85.000 Mark an der FBT beteiligt. Die FBT selbst hielt weiterhin einen Anteil von 5.000 Mark.<sup>180</sup> Für die 480.000 Mark, die die Gesellschafter in die FBT eingebracht hatten, wurden so genannte Fernsehgerätschaften gekauft.<sup>181</sup> Am 17. Dezember 1962 erhielt die FBT von ihren Teilhabern eine weitere Finanzspritze, diesmal aber als Darlehen in Höhe von 24.000 Mark.<sup>182</sup>

Die laufenden Kosten der FBT betrugen 1961 8.000 Mark pro Monat, nur vier Mitarbeiter besaßen einen festen Anstellungsvertrag, die restlichen arbeiteten auf freier Basis.<sup>183</sup> In der Anfangsphase legte die Ullstein GmbH einen erheblichen Anteil der Kosten aus. Bis zum 31.12.1960 belief sich die Summe auf knapp 62.000 Mark.<sup>184</sup> Am 16. November 1961 löste sich die FBT aus der finanziellen Abhängigkeit und erstattete der Ullstein GmbH alle Leistungen, welche sich inzwischen auf 94.000 Mark erhöht hatten.<sup>185</sup>

Neben den finanziellen Zuwendungen unterstützte Ullstein die FBT damit, dass sie der noch im Aufbau befindlichen Gesellschaft das Rech-

---

<sup>180</sup> Liste der Gesellschafter, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6. Schreiben von Notar Küster an FBT vom 11.9.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6.

<sup>181</sup> Schreiben von Schnare an Arning vom 21.06.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 4.

<sup>182</sup> Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 17.12.1962, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 19.

<sup>183</sup> Laufender Aufwand Fernsehgesellschaft, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>184</sup> Von der Ullstein GmbH vom 1. Juli bis 31. Dezember 1960 verauslagte Kosten für die Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungen mbH vom 5.7.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.



nungswesen abnahm, was der Verlag sich aber auch gut bezahlen ließ: Für jede Rechnung, die für die FBT erstellt wurde, erhob Ullstein einen Verwaltungszuschlag von fünf Prozent.<sup>186</sup> Am 1. Januar 1962 gelang es der FBT dann, die enge Bindung an ihr Mutterhaus deutlich zu lockern: Das Rechnungswesen der FBT wurde aus der Finanzbuchhaltung der Ullstein GmbH herausgetrennt und fortan völlig selbstständig geführt. Ein weiterer Schritt in die finanzielle Unabhängigkeit war die Ablösung der Bürgschaft, welche die Springer-Tochter Hammerich & Lesser für einen Kredit bis zu 700.000 Mark übernommen hatte. Die FBT bekam nun von der Berliner Disconto Bank einen selbstschuldnerischen Kredit von bis zu 400.000 Mark eingeräumt.<sup>187</sup>

Im Hause Springer rief diese Entwicklung zwiespältige Gefühle hervor: Zum einen freuten sich die Fernsehplaner des Hauses, dass die FBT allen Unkenrufen zum Trotz diesen entscheidenden Schritt tun konnte, zum anderen sahen sie den Einfluss des Verlages auf die FBT nun schwinden. Neben der Sechstel Stimme, die der Verlag noch hatte, blieben jetzt nur noch die persönlichen Beziehungen und Bindungen des FBT-Geschäftsführers und einstigen Ullstein-Mannes Schnare an das Springer-Haus, der persönliche Einfluss Axel Springers, die Hilfestellungen der Herren Anton Bezold (Ullstein-Vertreter in der FBT-Gesellschafterversammlung), Hermann Arning und Carlfranz Velte (Geschäftsführer der Berliner „Welt“-Ausgabe) sowie die räumliche Nachbarschaft der FBT zum Hause Ullstein.<sup>188</sup> Bezold beklagte in diesem Zusammenhang, dass der Axel Springer Verlag es versäumt habe, seinen Einfluss auf die FBT auf dem „Umweg über Kreditierungen und Hilfeleistungen stärker zu verankern“.<sup>189</sup>

---

<sup>185</sup> Schreiben von Schnare an Schäffner (Ullstein) vom 16.11.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>186</sup> Aktennotiz über Besprechung zwischen Ullstein und FBT vom 21.11.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>187</sup> Schreiben von Bezold an Arning vom 28.12.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>188</sup> Schreiben von Bezold an Springer vom 21.12.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

Zudem beunruhigte Bezold die Tatsache, dass die vertraglichen Bindungen zwischen den FBT-Gesellschaftern Maier (Tagesspiegel) und Sonnenfeld (Abend) sehr viel enger geworden waren. Dies könnte seiner Meinung nach bedeuten, dass Maier damit auch über die Anteile des Abend-Verlages in der FBT direkt oder indirekt mitverfügt. *„Bekommt die Gruppe Maier/Sonnenfeld nicht einen zu starken Einfluß in der FBT? Muss nicht unser Verlag als stärkstes Berliner Zeitungsunternehmen mit den Ullsteinblättern, der 'Welt' und der 'Bild' nun seinerseits auf stärkere Einflußmöglichkeiten drängen?“*, fragte Bezold Arning besorgt.<sup>190</sup>

Auch in technischer Hinsicht hatte die FBT bis Ende des Jahres 1961 große Fortschritte gemacht: Neben einer fahrbaren Bildaufzeichnungsanlage, einer so genannten Ampex-Station, verfügte die Fernsehgesellschaft inzwischen über vier motorisierte Kamerateams mit zusätzlicher Kamera- und Tonausrüstung für besondere Studio-Aufgaben. Außerdem besaß die FBT vier Schneidetische mit kompletten Cutter-Teams, einen Tonumspiel- und einen Mischraum, ein Synchronstudio, eine eigene Messdienststation für den Ampexwagen und alle betriebseigenen Geräte sowie ein Fernseh-Studio mit zwei Live-Kameras. Wie bereits erwähnt, hätten diese technischen Kapazitäten nach Meinung der Fachzeitschrift „fffpress“ dazu ausgereicht, ein regionales Eigenprogramm von einer Stunde Dauer auszustrahlen. Außerdem wäre es noch möglich, ein Unterhaltungsprogramm zu produzieren, wobei die Gesellschaft auf die Autoren ihrer Teilhaberverlage zurück greifen könnte.<sup>191</sup>

---

<sup>189</sup> Ebenda. Vgl. Schreiben von Bezold an Arning vom 28.12.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>190</sup> Schreiben von Bezold an Springer vom 21.12.1961, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>191</sup> fffpress vom 2.11.1961. Siehe Kapitel 3.1.3.

### 3.1.7. Quo vadis FBT? Die Fernsehgesellschaft am Scheideweg

Trotz aller technischen und finanziellen Erfolge drohten der FBT Mitte 1962 zunehmend die Felle wegzuschwimmen: Der SFB kündigte die Dienstleistungsverträge mit der FBT, die Chancen auf eine Fernsehlizenz waren nach dem Fernsehurteil enorm gesunken, das ZDF schien kein großes Interesse daran zu haben, die FBT als Berliner Landesstudio zu etablieren, und nicht einmal das Minimalziel, als Produktionsgesellschaft tätig zu werden, schien gesichert - jedenfalls nicht in dem Maße, dass sich die Gesellschaft tragen könnte: *„Prof. Holzamer hat sich für die Mainzer Anstalt mit den in der ARD zusammengeschlossenen Anstalten und ihrem derzeitigen Vorsitzenden Dr. Bausch ,arrangiert‘. Dabei werden ganz sicher in einem gewissen, nicht sehr großen Umfang freie Produzenten von Fall zu Fall gerade auf dem uns interessierenden Gebiet der Fernsehspiels Einzelaufträge erhalten, nicht aber einen kontinuierliche Kapazitätsausnutzung und wettbewerbsfähige Kostengestaltung ermöglichenden Dauer- oder Zeitauftrag. Hierin liegt meines Erachtens die Schwierigkeit für alle wirklich ,freien Produzenten‘, die andererseits unter der öffentlichen auf eine Berücksichtigung der freien Produktionskräfte dringenden Meinung und Forderung immer wieder aufgefordert werden, sich am Zweiten Programm zu beteiligen“*, berichtete der Medienanwalt Dr. Sieger dem FBT-Geschäftsführer.<sup>192</sup>

Einen ähnlichen Eindruck hatte auch Schnare selbst von der damaligen rundfunkpolitischen Situation: *„So traurig es vielleicht in Ihren (Arnings) Ohren zunächst klingen mag: Die deutschen Fernsehanstalten sind in sich so kräftig und durch ihre Struktur in der Lage und gewillt, nicht nur die Verantwortung, sondern auch die Durchführung weitgehend allein vorzunehmen. Es wird die berühmten Ausnahmen wie die FBT (...) geben – aber sie werden nur Lieferanten sein können“*, teilte er Arning enttäuscht mit.<sup>193</sup>

---

<sup>192</sup> Schreiben von Schnare an Arning vom 26.4.1962, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>193</sup> Ebenda.

Die FBT-Führung machte sich daher so langsam mit dem Gedanken vertraut, dass die FBT in nächster Zeit wohl oder übel nicht mehr als eine Produktionsgesellschaft sein konnte<sup>194</sup> und dass es erst einmal wichtiger war, die FBT „lebensfähig zu erhalten, damit überhaupt noch Verleger am Fernsehen beteiligt sind und somit eine Möglichkeit haben, ihre politisch-journalistischen Pläne auch in der Praxis ausführen zu können“. Nur so habe die FBT in noch nicht abgeschlossenen Kampf um das Dritte Programm noch etwas in der Hand.<sup>195</sup> Die Gesellschaft wollte sich aber nicht zu sehr in die Abhängigkeit des ZDF begeben und stellte daher auch Überlegungen an, ob es nicht sinnvoll sei, im begrenzten Maße für die ARD zu produzieren.<sup>196</sup> Dieses war auch nötig, um die Durststrecke bis zu einem Vertrag mit Mainz zu überbrücken.<sup>197</sup>

Mitte August wurde dann endgültig klar, dass die FBT nicht das Berliner Landesstudio des ZDF werden konnte: *„Mainz hat unter Hinweis auf Erfordernis der politischen Letztverantwortlichkeit den Wunsch, für das aktuelle Geschehen sein Berlinstudio selbst auf- und auszubauen. Das lässt seine Tätigkeit der FBT auf dem Gebiet der aktuellen Berichterstattung für das ZDF höchstens gelegentlich zu“*, heißt es in einem Exposee Maiers über die Verhandlungen zwischen dem ZDF und der FBT.<sup>198</sup> Nichtsdestotrotz war das ZDF aber zu einer Zusammenarbeit mit der FBT bereit, insbesondere bei mittel- und langfristigen Dokumentationen und bei Arbeiten für die Hauptabteilung Kultur konnte sich das ZDF die FBT als Zulieferer vorstellen. In Bezug auf die Form der Zusammenarbeit wurden zwei Möglichkeiten diskutiert: Entweder die FBT gliedert einen wichtigen Teil ihrer Apparatur plus zugehörigem Personal aus und bringt sie in eine neue Tochtergesellschaft mit dem ZDF ein, wobei die

---

<sup>194</sup> Bericht zur außerordentlichen Gesellschafter-Versammlung vom 29.5.1962, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>195</sup> Aktennotiz von Schnare vom 6.8.1962, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 19.

<sup>196</sup> Ebenda.

<sup>197</sup> Bericht der Geschäftsführung zur außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 29. Mai 1962, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>198</sup> Schreiben von F.K. Maier an ZDF-Intendant Holzamer vom 31.8.62: Exposé, das auf Grundlage der Erörterungen vom 15.8.1962 den augenblicklichen Stand der Überlegungen über die Gestaltungsmöglichkeiten für die Zusammenarbeit umreißt, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 19.

Leitung beim ZDF liegen würde, oder das ZDF sichert der FBT ein gewisses Auftragsvolumen zu und mietet die Technik.<sup>199</sup>

Um einen Vertragsabschluss mit dem ZDF nicht zu gefährden, musste Schnare zuvor noch die Zeitungen der FBT-Teilhaber im Zaum halten: In einem Schreiben an die Gesellschafter des Fernsehunternehmens bat er eindringlich, das ZDF nicht mehr allzu sehr zu kritisieren: *„Neben einer den wirklichen Verhältnissen entsprechenden Berichterstattung über alle Vorgänge um die Mainzer Anstalt sollten sich die Zeitungen der Gesellschafter der FBT für die nächste Zeit besonders heftiger Artikel gegen die Anstalt selbst oder die Führungs- oder Aufsichtsgremien von Mainz enthalten.“*<sup>200</sup>

Im Oktober 1962 einigten sich die FBT und das ZDF dann auf folgendes Kooperationsmodell:

1. Die FBT schlägt ein Thema vor und macht eine kurze Inhaltsangabe.
2. Nach Besprechung der Vorlage werden ein Exposee erstellt und Vorschläge für den Regisseur, das Buch und die Kamera gemacht. Bis dahin liegt Risiko ausschließlich bei der FBT. Das ZDF beginnt danach mit Änderungswünschen, u.a. bei Stoff und Personen.
3. Die FBT bekommt den Auftrag für Drehbuch und Kalkulation. Bis zur Vorlage von Drehbuch und Kalkulation bleibt das ZDF außer Risiko. In Einzelfällen kann das ZDF aber Kosten für Vorarbeiten und Ausfall für Honorare übernehmen.
4. Drehbuch und Kalkulation sind Voraussetzungen für einen endgültigen Vertrag, der erst dann erteilt wird, wenn der Intendant zustimmt.
5. ZDF behält sich Einsicht und Einflussnahme während der Dreharbeiten vor und bekennt sich damit auch offiziell zu ihrer Mitverantwortung. Der Produzent muss sich gegebenenfalls den Vorstellungen

---

<sup>199</sup> Ebenda.

<sup>200</sup> Schreiben von Schnare an FBT-Gesellschafter vom 17.5.1962, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

und Wünschen der Abteilungsleiter oder der Hauptabteilung des ZDF anpassen.<sup>201</sup>

Zudem schloss die FBT mit dem ZDF am 11. Dezember 1963 einen Vertrag über technische Dienstleistungen.<sup>202</sup>

Mit diesem Modell musste die FBT erst einmal Abschied nehmen von ihrem ursprünglichen Plan, eine eigenständige politische Berichterstattung über Berlin und die DDR zu leisten. Auch bekam sie nicht, wie erhofft, eine bestimmte Anzahl von Aufträgen garantiert. Die FBT fand sich also im Gros der Produktionsgesellschaften wieder, die sich immer wieder aufs Neue um Aufträge bewerben mussten.

---

<sup>201</sup> Rundschreiben Schnares an Gesellschafter vom 4.10.1962: Vereinbarung über Zusammenarbeit mit dem ZDF bei Produktionsaufträgen, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>202</sup> Chronik der FBT, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 1.

### **3.2. Fernsehsender auf Abruf – Die FBT beschränkt sich auf Auftragsproduktionen 1962-1966**

#### **3.2.1. Produktionen und allgemeine Entwicklungen**

Der Start in den neuen Abschnitt in der Firmengeschichte verlief zur vollsten Zufriedenheit der Geschäftsführung: „*Das erste Jahr der FBT als Produktionsgesellschaft war auf Anhieb erfolgreich*“, verkündete Schnare stolz in einer Bilanz der Unternehmensentwicklung bis 1963.<sup>203</sup> Man habe eine ungewöhnlich breite Produktionsbasis vom Fernsehspiel bis zur politischen Dokumentation entwickelt, ohne dass dabei auch nur ein einziger Misserfolg aufgetreten sei. Ganz im Gegenteil: Eine der ersten Dokumentationen, die Sendung „Zwischen Finale und Ouvertüre“ über die Berliner Philharmoniker, erreichte den hervorragenden Publikumsindex +6 auf einer Skala von 1 bis 6 und wurde vom Bundespresseamt angefordert. Zudem wurde die FBT-Produktion „Hat die Jugend Ideale?“ für den Filmwettbewerb der Deutschen Hochschulen nominiert. Den ersten FBT-Spielfilm, den Streifen „Die Fahrt ins Blaue“, nahm das ZDF mit dem Prädikat „gut“ ab, was den Weg für weitere Fernsehspielaufträge ebnete. Dieser Streifen hatte dann bei seiner ersten Ausstrahlung trotz des gleichzeitig übertragenen Fußball-Endspiels im Europapokal der Pokalsieger eine Einschaltquote von 23 Prozent und erhielt zudem den beachtlichen Publikumsindex +5.<sup>204</sup>

Insgesamt realisierte die FBT in ihrer Anfangszeit als Produktionsfirma, sprich in den Jahren 1963 und 1964, mehr als zwei Dutzend Projekte, hauptsächlich für das Unterhaltungs- sowie das Kinder- und Jugendprogramm des ZDF. Aber auch das Auswärtige Amt und Springer gehörten zu den Kunden der FBT.<sup>205</sup> Gedreht wurden überwiegend Serien und

---

<sup>203</sup> Bilanz der FBT-Entwicklung, verfasst von Schnare, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 20 und 21. Das Datum des Schreibens ist unbekannt.

<sup>204</sup> Schreiben Schnares an Gesellschafter vom 22.6.1964, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>205</sup> Für das Auswärtige Amt drehte die FBT u.a. einen Film über das Berliner Philharmonische Orchester und einen über die Schöneberger Sängerknaben. Vgl. dazu Schrei-

Fernsehspiele, aber auch mehrere Dokumentationen, darunter Beiträge, die sich mit der Ost-Politik beschäftigten<sup>206</sup> – ein Themenfeld, auf das die FBT bekanntlich besonders viel Wert legte.<sup>207</sup> Neben Produktionsaufträgen führte die FBT auch weiterhin technische Dienstleistungen aus, unter anderem für die Zeichentrickfirma cinetrick: Dafür dass cinetrick die Technik der FBT für ARD-Aufträge einsetzte, bot die FBT im Gegenzug Kinder- und Jugendstoffe der cinetrick beim ZDF an.<sup>208</sup> Der Produktionsumsatz lag 1963 bei rund einer Million Mark. Der Umsatz aus dem Dienstleistungsvertrag mit dem ZDF betrug zusätzliche 550.000 Mark.<sup>209</sup>

1964 gingen die Produktionsaufträge des ZDF stark zurück. Der FBT gelang es aber, diesen Einnahmeverlust durch technische Aufträge des ZDF sowie Filmaufträge anderer Auftraggeber zu kompensieren, so dass Schnare am Ende trotzdem von einem „wirtschaftlich erfolgreichen Jahr“ sprechen konnte. Für das Auswärtige Amt produzierte die FBT drei Kulturdokumentationen, für den Berliner Senat zwei weitere Dokumentationen und für das Springer-Haus einen Betriebsfestfilm. Für das ZDF stellte das Unternehmen im Jahr 1964 sieben Filme.<sup>210</sup>

---

ben Schnares an Bezold vom 21.10.1964, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

Eine Übersicht aller FBT/FFB-Produktionen findet sich im Anhang unter Punkt 6.3.

<sup>206</sup> Fernsehreportage über die Volksrepublik Ungarn von 1963 für das ZDF, Fernsehreportage über die polnischen Städte Posen und Lodz (ZDF), Dokumentation „Die roten Preußen der Volksarmee“ (ZDF), die bezeichnenderweise unter der Rubrik „Innenpolitik“ lief. Die weiteren Produktionen im Einzelnen:

- „Höchste Eisenbahn - Friedrich Holländer-Revue“ (ZDF)
- „Lebensabend in Würde“ (ZDF)
- „Hat die Jugend Ideale?“
- „Polizeifilm“ (ZDF)
- „Die Fahrt ins Blaue“, frz. Lustspiel (ZDF)
- „Zentrale Berlin“, politische Dokumentation von Grindel und Cierpka
- „Sie kamen nach Berlin“ (ZDF)
- „Heinrich George“, Künstlerportrait (ZDF)
- „Unter freiem Himmel“, Dokumentation über Symposium in Berlin (ZDF).

Aus: Produktionsstand 1963 (31.5.1963), in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2. Eine Übersicht aller FBT/FFB-Produktionen findet sich im Anhang unter Punkt 6.3.

<sup>207</sup> Siehe Kapitel 3.1.1.

<sup>208</sup> Produktionsstand 1963 (31.5.1963), in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>209</sup> Schreiben von Schnare an Hans Wallenberg (Ullstein) vom 27.8.1963, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 20 und 21.

<sup>210</sup> Geschäftsjahr 1964, von Horst Schnare, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.



Die positive Geschäftsentwicklung setzte sich 1965 fort: Die FBT stellte in diesem Jahr 24 Filme<sup>211</sup> fertig, erwirtschaftete einen Gewinn von 60.000 Mark, zahlte alle Bankkredite zurück<sup>212</sup> und verfügte danach trotzdem immer noch über ein „beträchtliches Guthaben“<sup>213</sup>. Finanziell besonders ergiebig waren das Fernsehspiel „Familientreffen“ mit einem Netto-Gewinn von 40.000 Mark und die Koproduktion eines Musicals nach dem Don-Juan-Motiv mit dem Titel „Leise flehen meine Platten“, die 15.000 Mark einbrachte. Außerdem beauftragte das ZDF die FBT mit zwei Dokumentationen und einem großen Dokumentarspiel. An das ZDF-Kinderfernsehen verkaufte die FBT acht Bücher für Zehn-Minuten-Filme, und der Axel Springer Verlag gab einen 20-Minuten-Farbfilm über das Entstehen einer Zeitung im Verlagshaus Springer in Auftrag. Zwar fielen alle technischen Aufträge des ZDF bis auf einen Messtechnik-Vertrag weg, doch dafür erhielt die FBT von der Mainzer Anstalt eine „stattliche und vor allem lohnende“ Produktionsreihe fürs Werbefernsehen.<sup>214</sup>

Für das Auswärtige Amt, bei dem die Gesellschaft laut Schnare ein „besonders Wohlwollen“ genoss und deren Aufträge der FBT „viel Ansehen und viel Geld“ brachten,<sup>215</sup> produzierte die FBT eine Reportage über Island, eine Kulturdokumentation über die „Schöneberger Sängerknaben“ und einen Kurzfilm über die „Expotur in Berlin“.<sup>216</sup> Außerdem wurde in diesem Jahr für das Bonner Ministerium die Neufassung des bereits für das ZDF produzierten Filmes über die Berliner Philharmoniker fertig gestellt. Dieser Film wurde in 46 Kopien in mehreren Sprachen in der gan-

---

<sup>211</sup> U.a.: „Alarm für Objekt 17“, Hauptstadt Berlin“, „Lebensabend in Würde“, „Die wilde Kraft“, „Die Berliner Philharmoniker“, „Hat die Jugend Ideale?“, Künstlerporträts von Gustav Knuth und Ruth Leuwerik (ZDF), politische Dokumentation über die Slowakei für die ARD, Kulturdokumentation des Bundesfilmpreisträgers Herbert Victor „Der Mensch lebt nicht von Brot allein“, Bericht über das Berliner Kulturleben für den Berliner Senat. Aus: Geschäftsjahr 1965, in: ASV-UA 2/10. Eine Übersicht über alle FBT/FFB-Produktionen findet sich im Anhang unter Punkt 6.3.

<sup>212</sup> Schreiben der Berliner Disconto Bank an Ullstein vom 29.4.1965, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 20 und 21.

<sup>213</sup> Geschäftsjahr 1965, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>214</sup> Ebenda.

<sup>215</sup> Bericht über das Geschäftsjahr 1965 vom 7.6.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>216</sup> Ebenda.

zen Welt gezeigt. „Das Jahr 1965 kann als das bisher erfolgreichste der FBT bezeichnet werden“, resümierte Schnare nicht ohne Stolz.<sup>217</sup> Zudem stellte Schnare fest, dass die Umstellung auf eine Produktionsgesellschaft vollauf gelungen sei.<sup>218</sup>

Getrübt wurden diese Erfolgsmeldungen durch die Auseinandersetzung zwischen den Verlegern und den öffentlich-rechtlichen Anstalten auf Bundesebene,<sup>219</sup> die dazu führte, dass das ZDF auf die Verleger, insbesondere auf Springer, und somit auch auf die FBT nicht mehr gut zu sprechen war und die Aufträge noch stärker reduzierte, was die FBT als „Boykottpolitik“ auffasste.<sup>220</sup> Der Geschäftsführung gelang es zwar, auf „mehr oder weniger privater Ebene“ noch zu Aufträgen zu kommen, trotzdem musste sie laut Schnare immer wieder „Querschüsse und Niederlagen“ hinnehmen.<sup>221</sup>

Ein weiterer Nachteil bestand darin, dass das ZDF der FBT teilweise das Personal vorschrieb, so dass bei der größten Produktion des Jahres, dem Film „Der Fall der Generale“, fremdes Personal verwendet werden musste, das laut Schnare nicht nur teurer, sondern auch viel schlechter war als das eigene.<sup>222</sup> Der Kreis der eigenen fest angestellten Mitarbeiter wurde klein gehalten, um die laufenden Kosten gering zu halten. 1965 waren bei der FBT 14 Personen fest unter Vertrag, die laut Schnare „eine absolute Elite“ darstellten, unter anderem deshalb, weil sie in verschiedenen Funktionen einsatzfähig waren.<sup>223</sup> Für die jeweiligen Produktionen stellte die

---

<sup>217</sup> Rückblick auf Geschäftsjahr 1965, von Horst Schnare, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 2 und 3.

<sup>218</sup> Bericht über das Geschäftsjahr 1965 vom 7.6.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>219</sup> Siehe Kapitel 2.3. und 2.4.

<sup>220</sup> Bericht über das Geschäftsjahr 1965 vom 7.6.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2. Auf die angebliche Boykottpolitik des ZDF wird in Kapitel 3.2.2. noch näher eingegangen.

<sup>221</sup> Bericht über das Geschäftsjahr 1965 vom 7.6.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>222</sup> Ebenda.

<sup>223</sup> Geschäftsjahr 1965, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

FBT dann Spezialisten ein, wodurch die Gesellschaft beweglicher wurde.<sup>224</sup>

Im Jahr 1966 erzielte die FBT, obwohl die lebenserhaltenden Dienstleistungsverträge mit dem ZDF ausgelaufen waren,<sup>225</sup> einen Gewinn von 100.000 Mark.<sup>226</sup> Dieses Ergebnis wurde möglich durch elf Produktionen<sup>227</sup>, technische und personelle Dienstleistungen für VDS-Film, Ullstein-Springer, Krippendorf-Film und Animat-Film<sup>228</sup> sowie durch die lukrative Vermietungen von Schneidetischen und anderem Gerät.<sup>229</sup> Die Stamm-Mannschaft der FBT bestand zu dieser Zeit aus acht Personen und wurde von Produktion zu Produktion mit freien Mitarbeitern aufgestockt.<sup>230</sup>

All diese Erfolge wurden aber zum Verdruss der FBT vom Gesellschafter Springer nicht nach außen getragen. So beschwerte sich bereits 1963 Schnare beim Ullstein-Vertreter in der FBT-Gesellschafterversammlung, Oskar Bezold, darüber, dass in den hauseigenen Zeitungen kaum über die FBT berichtet wurde, obwohl sich die FBT doch mit ihren Produktionen „gemausert“ habe und so von „einer gewissen Stärke“ zeuge. Stattdessen habe er in „Bild“ und „BZ“ Berichte über Konkurrenzunternehmen wie Arca, Brauner oder CCC gelesen.<sup>231</sup> Drei Jahre später, nachdem sich die

---

<sup>224</sup> Bericht über das Geschäftsjahr 1965 vom 7.6.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>225</sup> Überblick über das Geschäftsjahr 1966 vom 26.4.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>226</sup> Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 22.11.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>227</sup> Künstlerporträt „Boleslaw Barlog“, Dokumentarspiel „Der Fall der Generale“, Fernsehfilm „Das Großstadt-Pony“, Kulturdokumentation „Singakademie“ (Langfassung fürs Auswärtige Amt und Kurzfassung fürs ZDF), „Jugend hört Mendelssohn“ fürs Auswärtige Amt, Berliner Presse-Film zur Einweihung des Springer-Hochhauses und ein Betriebsfest-Film für Ullstein-Springer. Aus: Überblick über das Geschäftsjahr 1966 vom 26.4.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2 Eine Übersicht über alle FBT/FFB-Produktionen findet sich im Anhang unter Punkt 6.3.

<sup>228</sup> Produzent von französischen Filmen, welche alle drei Wochen über den SFB ausgestrahlt wurden.

<sup>229</sup> Überblick über das Geschäftsjahr 1966 vom 26.4.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>230</sup> Bericht über das Geschäftsjahr 1965 vom 7.6.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2. Vgl. Überblick über das Geschäftsjahr 1966 vom 26.4.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.

<sup>231</sup> Schreiben von Schnare an Bezold vom 8.7.1963, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

FBT trotz vieler Probleme bewährt hatte, beklagte Arning beim Chefredakteur von „HÖR ZU“, dass die FBT in dieser Fernsehzeitschrift „nicht allzu viel Beachtung“ finde.<sup>232</sup>

### 3.2.2. Die „Boykottpolitik“ des ZDF

Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt, reduzierte das ZDF vor dem Hintergrund der Verlegerkampagne gegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten ab 1964 die Aufträge an die FBT auf ein Minimum. Um weiteren Schaden zu verhindern, versprach Axel Springer im Juli 1964 dem ZDF-Programmdirektor Ulrich Grahlmann, die Angriffe der Springer-Zeitungen, insbesondere die der „Bild“, gegen die Mainzer Anstalt einzustellen.<sup>233</sup> Diese Bemühungen waren aber insofern vergeblich, als Grahlmann kurze Zeit später seinen Abschied nahm. Danach erteilten die Leiter der Hauptabteilungen Produktion und Unterhaltung, Hermann Höhn und Otto Meißner, das Machtvakuum bis zur Ernennung eines neuen Programmdirektors nutzend, gar keine Aufträge mehr. Und das obwohl die Zusammenarbeit mit dem ZDF Schnares Ausführungen zufolge bislang sehr harmonisch verlaufen war.<sup>234</sup> Meißners Stellvertreter Dr. Wolfgang Brobeil, der laut Schnare schon vor Ulrich Grahlmanns Abgang als einziger ZDF-Angestellter die FBT boykottiert hatte, begründete dies mit folgenden Worten: *„Solange Herr Springer im Hause der FBT aus und ein geht und uns das Werbefernsehen weggenommen werden soll, wie kommen wir dazu, der Fernsehgesellschaft Aufträge zu erteilen?“*<sup>235</sup>

---

<sup>232</sup> Schreiben von Arninig an Hans Bluhm vom 13.6.1966, in: ASV-UA, Bestand FFB/FBT, Akten 20 und 21.

<sup>233</sup> Schreiben von Schnare an Arning vom 6.7.1964, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 20.

<sup>234</sup> Schreiben von Schnare an Scholz vom 13.12.1965, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 21 und 5. Schreiben von Schnare an Maier vom 11.12.1965, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21.

<sup>235</sup> Diese Äußerung soll Brobeil gegenüber einem engen Mitarbeitern gemacht haben, der dies dann dem FBT-Mitarbeiter Reinhold erzählte (Schreiben von Schnare an Scholz vom 13.12.1965, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 21 und 5). Vergleiche dazu auch: Schreiben von Schnare an Scholz und Maier vom 12.1.1966, in: ASV-UA 21.

Diese Auffassung wurde aber nicht von allen leitenden ZDF-Mitarbeitern geteilt. Viele verantwortliche Redakteure und Abteilungsleiter waren weiterhin an FBT-Produktionen interessiert und fanden Gefallen an den Drehbüchern der Berliner Fernsehgesellschaft, konnten aber nichts gegen die Entscheidung der ZDF-Führungsebene ausrichten.<sup>236</sup> Aus diesen Kreisen erfuhr die FBT dann auch, dass es eine interne Produzentenliste gebe, die festlege, an wen Aufträge ausschließlich zu erteilen seien.<sup>237</sup> Mit dieser Liste versuchte Schnares Meinung eine Gruppe von ZDF-Angestellten, die Autorität des neuen ZDF-Programmmchefs zu unterwandern: *„Nach dem Ausscheiden Grahlmanns ist eine bestimmte Clique ehemaliger Aufnahmeleiter sich darin einig gewesen, dem neuen Programmdirektor weitaus geringere Befugnisse und Wirkungsmöglichkeiten zukommen zu lassen als dem bisherigen. Man hat sich also beeilt, ein fait accompli zu schaffen mit einer Liste solcher – oft erst neu gegründeten Firmen, die diesen ZDF-Funktionären aus den oder jenen Gründen am Herzen liegen.“*<sup>238</sup>

Mit der Formulierung „aus den oder jenen Gründen“ spielte Schnare auf seinen bereits im Juni geäußerten Verdacht an, dass in der Mainzer Anstalt nicht nur ein Komplott gegen die FBT geschmiedet werde, sondern auch ein Fall von Bestechlichkeit vorliege: *„Das liegt aber natürlich auch daran, weil wir uns z.B. beim ZDF einer Gruppe einflussreicher Leute gegenübergestellt sehen, denen das Wort ‚Korruption‘ nicht fremd ist“*, schrieb er in einem Überblick über das Geschäftsjahr 1965.<sup>239</sup>

Um die „Blockade“ des ZDF zu durchbrechen, kontaktierte Schnare mehrmals den neuen ZDF-Programmdirektor Joseph Viehöver - aller-

---

<sup>236</sup> Schreiben von Schnare an Scholz und Maier vom 12.1.1966, in: ASV-UA 21.

<sup>237</sup> Schreiben an Scholz vom 13.12.1965, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 21 und 5.

<sup>238</sup> Schreiben von Schnare an Scholz vom 13.12.1965, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21.

<sup>239</sup> Zweiter Teil über Geschäftsjahr 1965, 7.6.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2. Vergleiche zum Korruptionsvorwurf: Schreiben Schnares an Scholz vom 15.7.1966, in dem Schnare darüber berichtet, dass ein ZDF-Mitarbeiter dem FBT-Angestellten Reinhold gegenüber folgende Aussage gemacht habe: *„Bei Otto Meißner könnte ihr natürlich keinen Auftrag geben. Ihr könnt ihm ja nichts dafür geben.“* Aus: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21.

dings ohne Erfolg.<sup>240</sup> Auch die Bemühungen des stellvertretenden Vorsitzenden des FBT-Verwaltungsrates, Arno Scholz, schlugen fehl.<sup>241</sup> In einem Schreiben an Maier, Scholz und Arning berichtete Schnare, dass Viehöver ihn mit der Begründung hinhalte, dass er keine Zeit habe. Schnare zog daraus den Schluss, dass es nun nötig sei, „auf oberster Ebene“, etwas zu unternehmen, damit die FBT wieder größere Aufträge erhält.<sup>242</sup> Die FBT erhöhte daraufhin insbesondere den Druck auf den Berliner Wissenschaftssenator Harald Ingensand, der im Fernsehrat des ZDF saß.<sup>243</sup> Doch vergeblich. Ingensand lehnte es entschieden ab, sich für eine einzelne Berliner Firma einzusetzen.<sup>244</sup>

Bei der Ablieferung der Produktion „Fall der Generale“ versicherte Viehöver Monate später, dass die FBT „selbstverständlich“ weiter zu den Produzenten des ZDF gehören würde, was innerhalb des Hauses aber nicht umgesetzt wurde: *„Nach Berlin geben wir zwar Aufträge – aber nicht an Zeitungsverleger“*, zitierte Schnare leitende Angestellte des ZDF in einem Beschwerdebrief an Viehöver.<sup>245</sup> Erst vier Wochen später reagierte Viehöver auf Schnares Brief und betonte, dass er seine Hauptabteilungsleiter nochmals darauf hingewiesen habe, dass der Programmdirektor des ZDF die Zusammenarbeit mit der FBT befürworte. *„Es kann also keinen Zweifel mehr darüber geben, dass Sie als Produzent die gleichen Chancen haben wie auch die anderen mit uns zusammenarbeitenden Produzenten“*, bekräftigte Viehöver im November 1966.<sup>246</sup>

---

<sup>240</sup> Von diesen Kontaktaufnahmen ist u.a. ein Schreiben Schnares an Viehöver vom 17.12.1965 überliefert, in dem Schnare bemängelt, dass im Interregnum zwischen dem alten und dem neuen Programmdirektor keine verbindlichen Absprachen mit den Spitzenkräften gemacht werden konnte, was für die FBT schwerwiegende finanzielle Folgen habe (ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21).

<sup>241</sup> Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 22.11.1966, in: ASV-UA 2.

<sup>242</sup> Schreiben von Schnare an Maier, Scholz und Arning vom 26.1.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 5.

<sup>243</sup> Schreiben von Schnare an Ingensand vom 19.6.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21.

<sup>244</sup> Schreiben von Ingensand an Schnare vom 10.10.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21. Vgl. die Ausführungen zu Ingensands Absage in Kapitel 3.1.5.

<sup>245</sup> Schreiben von Schnare an Viehöver vom 28.9.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21.

<sup>246</sup> Schreiben von Viehöver an Schnare vom 3.11.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21.

Gleichzeitig vertröstete er Schnare in Bezug auf neue Aufträge auf das übernächste Jahr. Als Begründung führte er die langfristige Planung des ZDF an, die ein Wiederaufleben der Zusammenarbeit nicht ad hoc bewirken lasse.<sup>247</sup> Zudem verwies er Schnare darauf, dass das ZDF den Anteil der Eigenproduktionen auf 60 Prozent erhöht habe, so dass es nicht mehr so viele Ansatzpunkte gebe wie in den ersten Aufbaujahren des ZDF.<sup>248</sup> Für Schnare war Viehövers Antwort „nur die Bestätigung unserer Vermutung – die FBT soll eben gegen eine Gummwand laufen“.<sup>249</sup> Abgesprungene oder enttäuschte oder entlassene ehemalige ZDF-Mitarbeiter hätten Schnare wiederholt versichert, dass derartige Anweisungen zur Blockierung der FBT in Mainz zumindest bei einigen Abteilungen bestünden.<sup>250</sup> Zudem berichtete Schnare dem FBT-Verwaltungsratschef Maier, dass es entgegen Viehövers Beteuerungen beim ZDF durchaus möglich war, kurzfristig Aufträge an Produzenten zu erteilen. Als Beispiel dafür nannte er die Produktionsgesellschaft CCC.<sup>251</sup>

Im Juni 1967 wurde Schnare dann endgültig klar, dass Viehövers Ankündigungen nur leere Versprechungen gewesen waren, da das ZDF die FBT zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht in die Planung für das Produktionsjahr 1968 einbezogen hatte, während dagegen die anderen Produzenten bereits Mitteilungen über die vorläufigen Volumina für 1968 erhalten hatten. Bei seinen Bemühungen, doch noch Aufträge zu bekommen, wurde Schnare sowohl von den Hauptabteilungen als auch von der Programmdirektion mit der Begründung abgewiesen, dafür nicht verantwortlich zu sein: *„Die Hauptabteilungen schieben die Dinge auf die Programmdirektion, der Programmdirektor alles auf die Hauptabteilungsleiter“*, beklagte Schnare in einem Brief an den Verwaltungsrat der FBT.<sup>252</sup>

---

<sup>247</sup> Ebenda.

<sup>248</sup> Ebenda.

<sup>249</sup> Schreiben von Schnare an Maier vom 7.11.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB Akte 5.

<sup>250</sup> Ebenda.

<sup>251</sup> Ebenda.

<sup>252</sup> Schreiben von Schnare an Maier und Scholz vom 7.6.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21.

Schnare rief daraufhin die FBT-Verwaltungsratsspitze, die aus Maier und Scholz bestand, auf, etwas zu unternehmen.<sup>253</sup>

Eine neue Dimension bekam die Auseinandersetzung mit dem ZDF durch den Leiter der Hauptabteilung Dokumentarspiel, Dr. Wolfgang Bruhn. Dieser lehnte es nicht nur weiterhin ab, der FBT Aufträge zu erteilen, sondern brüskierte die FBT zusätzlich im höchsten Maße, als er 1967 zwei Mal von der FBT vorgeschlagene Stoffe ablehnte, um sie dann dem Autor direkt abzukaufen und selbst zu produzieren.<sup>254</sup> Diese Art von Betrug ereignete sich laut Schnare in den darauf folgenden Jahren noch mehrere Male.<sup>255</sup>

Durch das ständige „Abschmettern“<sup>256</sup> der FBT-Drehbuchvorschläge lief die Fernsehgesellschaft nicht nur zunehmend Gefahr, weniger Geld einzunehmen, sondern auch, dass die kreativen Kräfte der FBT den Rücken kehrten: *„Dieses (...) trifft uns besonders hart, weil das Renommee der FBT bei Autoren und Darstellern völlig in den Eimer geht, wenn wir jedes Mal wieder absagen müssen oder nicht zum Zuge kommen. Man vergleicht dann uns und damit unsere Fähigkeit oder Unfähigkeit mit den großen Auftragsvolumen, die bestimmte Firmen seit Jahren erhalten, auch wenn sie oft nicht einmal Programmvorschläge dafür eingereicht hatten, geschweige diese befürwortet waren“*, schrieb Schnare dem FBT-Aufsichtsratschef Maier verärgert.<sup>257</sup>

---

<sup>253</sup> Ebenda.

<sup>254</sup> Schreiben von Schnare an Arning, Maier und Scholz am 16.5.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21. Vgl. Schreiben von Schnare an Arning vom 19.1.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21.

<sup>255</sup> Schreiben von Schnare an Scholz vom 20.10.1970, in: ASV-UA, 5.

<sup>256</sup> Ebenda. Ein Beispiel für das „Abschmettern“ der FBT-Vorschläge war der Stoff „Der Torwart war die Nr. 1“, der beim ZDF alle Instanzen durchlief und für gut befunden wurde, um dann am Ende mit der Begründung abgelehnt zu werden, dass kein Volumen für die FBT vorhanden sei (Schreiben von Arno Scholz an Josef Viehöver, ZDF, vom 29.7.1968, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 5).



### 3.2.3. Die Kampagne gegen den Sender Freies Berlin

Die FBT verlor für die deutschen Zeitungsverleger an Wichtigkeit, als es den fernsehinteressierten Verlegern um Axel Springer gelang, den BDZV für ihre Ziele einzuspannen. Die FBT beteiligte sich zwar weiterhin an der Auseinandersetzung um die Errichtung eines Verlegerfernsehens, jedoch war sie nicht mehr die Speerspitze des Verlegerfeldzuges. Diese hatte sich von der FBT in Berlin auf den BDZV in Bonn verlagert. Als sich jedoch Anfang 1965 abzeichnete, dass die BDZV-Kampagne möglicherweise nicht zum Erfolg führen würde, wechselte Springer wieder von der Bundes- auf die Berliner Ebene und startete eine Kampagne gegen den öffentlich-rechtlichen Sender SFB.<sup>258</sup> Dabei bedienten sich die Springerschen Fernsehplaner derselben Argumentation wie bei den bundesweiten Angriffen gegen ARD und das ZDF: Sie warfen dem Sender vor, einen Vernichtungswettbewerb gegen die Berliner Verleger zu führen. Zudem bestand nach Meinung der Verleger eine Wettbewerbsverzerrung in Berlin, da der SFB durch Gebühreneinnahmen finanziert werde und somit eigentlich gar nicht auf Werbeeinnahmen angewiesen sei, die der SFB den Verlagen wegnehme und diese somit in den Ruin treibe.<sup>259</sup>

Obwohl das Münchener Oberlandesgericht am 19. September 1957 den öffentlich-rechtlichen Anstalten das Recht zugesprochen hatte, Werbesendungen auszustrahlen, sprachen die Verleger dem SFB dieses Recht pauschal ab. Das Münchener Urteil hatte die Forderung aufgestellt, dass die Werbung durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten dann an ihre Grenzen stieße, wenn die Presse durch die Werbung der öffentlich-rechtlichen Anstalten in ihrer Existenz gefährdet sei.<sup>260</sup> Dies war nach Meinung der FBT-Verleger in Berlin der Fall, insbesondere deshalb, weil dort das Ausstrahlungsgebiet des SFB mit dem Verbreitungsgebiet der Zeitungen identisch war. Während die bundesweit empfangbaren Sender

---

<sup>257</sup> Schreiben von Schnare an Arno Scholz vom 29.6.1970, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 5.

<sup>258</sup> Von Gottberg, S. 261-262.

<sup>259</sup> Von Gottberg, S. 262. Vgl. Montag, 157. Zur BDZV-Kampagne vergleiche Kapitel 2.3.

<sup>260</sup> Von Gottberg, S. 262.

ARD und ZDF den Lokalzeitungen die regionalen Werbeaufträge kaum streitig machten, kämpften in Berlin der SFB und die Zeitungen um die gleichen Werbeaufträge, so die Argumentation der Verleger. Als angeblichen Beweis dieser „Wettbewerbsverzerrung“ führten die Verleger ins Feld, dass in den letzten Jahren die Einnahmen der Zeitungen gesunken, die des SFB aber gleichzeitig gestiegen waren.<sup>261</sup> Als Konsequenz forderten die Verleger die Einstellung der Werbung beim SFB.<sup>262</sup>

Die Verleger fühlten sich aber nicht nur durch die Werbung des SFB bedroht. Sie sahen in der Tatsache, dass der SFB Regionalprogramme ausstrahlte, auch auf dem publizistischen Sektor eine Existenzgefährdung der Zeitungen. Die Zeitungsmacher empfanden dies als einen Eingriff in die ihrer Meinung nach grundgesetzlich verbrieften Bestandsgarantien der Presse.<sup>263</sup>

Als ersten Schritt ihrer Kampagne gegen den SFB schrieben die Berliner Tageszeitungsverleger im Januar 1965 dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, sie seien wegen der Fernsehwerbung in eine „katastrophale Situation“ geraten. Der SFB brauche die Werbung gar nicht, sondern schwimme vielmehr in Geld. Zudem überschreite der SFB ständig die zulässige Grenze von 20 Minuten täglich. Aus diesen Gründen müsse dem SFB die Fernsehwerbung unverzüglich unterbunden und der FBT eine Sendelizenz erteilt werden.<sup>264</sup>

Diese Forderung unterstrichen die Verleger in mehr als 25 Eingaben an den Berliner Senat, in vielen Schreiben an den SFB sowie in unzähligen öffentlichen Erklärungen und Stellungnahmen, die immer wieder in den Printprodukten der Verleger zu lesen waren.<sup>265</sup> In den täglichen Vorwürfen gegen den SFB in den Zeitungsspalten wurden die Worte Springers, dass die Zeitungsverleger im Zeitalter der Postkutsche lebe, während die

---

<sup>261</sup> „Telegraf“ vom 25.8.1962.

<sup>262</sup> Von Gottberg, 262.

<sup>263</sup> Mittas, S. 45. Gottberg, S. 262.

<sup>264</sup> Schreiben der FBT an Brandt vom 23.1.1965, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 63 sowie in Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2665.

<sup>265</sup> Mittas, S. 44.

öffentlich-rechtlichen Anstalten echte Kinder des Düsen-Zeitalters seien, in vielfältigen Variationen aufgenommen. Die Kampagne uferete schließlich aus, als Formulierungen auftauchten, die dem SFB als „staatlich lizenzierten Wegelagerer“ und „Langfinger“ darstellten.<sup>266</sup>

Der SFB setzte sich gegen die Vorwürfe der Verleger mit zahlreichen Zeitungsanzeigen und Fernsehkommentaren zur Wehr. Zudem stoppten sie die Aufträge an die FBT. Nicht das Fernsehen, sondern die von Springer verursachte Konzentrationsbewegung sei Schuld an der Misere der Zeitungen, argumentierte der SFB. Den Verlusten einiger kleiner Zeitungen stehe ein vielfacher Gewinn der Springer-Zeitungen gegenüber.<sup>267</sup>

Um dies zu belegen, beauftragte der SFB Professor Dr. Behrens vom Institut für Markt- und Verbraucherforschung an der Universität Berlin mit einer Untersuchung über die Situation auf dem Berliner Werbemarkt. Die Studie stützte sich auf Zahlen der Jahre 1960 bis 1964, die das Hamburger Institut Kapferer & Schmidt erhoben hatte und die auch Grundlage der Berechnungen der FBT gewesen waren. Die Schlussfolgerungen des Wissenschaftlers waren niederschmetternd für die Verleger: Die Verschiebungen auf dem Berliner Werbemarkt seien zwar wirklich existent, aber nicht durch das Werbefernsehen des SFB verursacht, sondern eher auf die Konzentrationstendenzen innerhalb der Berliner Presse zurückzuführen. Zugespitzt formuliert bedeutete dieses, dass nicht das Fernsehen

---

<sup>266</sup> Mittas, S. 45.

<sup>267</sup> Außerdem könne man den SFB nicht zum Lokalsender herabwürdigen. Seine Aufgabe sei es, die Stimme Berlins soweit wie möglich nach Ost und West zu tragen, welche die Berliner Tageszeitungen leider nicht mehr erfüllen könnten. Der SFB erreiche auch die Ostzone und die Sowjetunion. Große Markenartikelfirmen seien daran interessiert, ihren Namen in der Zone bekannt zu machen. Außerdem sei das Fernsehen noch nicht so verbreitet, so dass eine Konkurrenz nur bedingt gegeben sei. Nur jeder zweite Berliner könne durch das Werbefernsehen erreicht werden. Zu den weiteren Reaktionen des SFB auf die Vorwürfe der Verleger siehe: Dokumentation des SFB „Rundfunkanstalten und Tageszeitungen“; Sender Freies Berlin: Stellungnahme zu den Angriffen der Berliner Zeitungsverleger gegen das Werbefernsehen. Berlin 1967; Rundfunkratssitzung des SFB am 8.2.1965, in der die Vorwürfe klar zurückgewiesen werden, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2664:101. Zur Position der Verleger siehe: Verein der Berliner Zeitungsverleger e.V. (Hrsg.): Sender Freies Berlin bedroht Berliner Zeitungen. Berlin Juni 1967; „Welt“ vom 25.8.1967, „Nachtdepeche“ vom 25.8.1967.

sondern der Springer-Konzern für die Einnahmeverluste der Berliner Nicht-Springer-Zeitungen verantwortlich war.<sup>268</sup>

Behrens belegte diese Behauptung mit folgenden Zahlen: Während Springer das Insertionsgeschäft für Markenartikel um elf Prozent erhöht hatte, war dies in der gleichen Zeit bei Nicht-Springer-Blättern um elf Prozent zurückgegangen. Das gleiche Bild bot sich beim Insertionsgeschäft für sonstige Anzeigen. Der wahre Konkurrent der Tageszeitungen sei nicht das Werbefernsehen sondern die Illustrierten. Denn die Anzeigeneinnahmen der sechs auflagenstärksten Publikumszeitschriften seien wesentlich höher gewesen als die Aufwendungen der Markenartikel-Industrie für das Werbefernsehen. Die sechs Blätter hätten mehr als 20 Prozent aller Werbeausgaben auf sich vereinigt.<sup>269</sup> *„Geprellt müssen sich nun die Verleger vorkommen, die hinter Springer, dem Herausgeber vieler Illustrierten, einhergetrottet sind, ohne zu wissen, daß er selbst zu ihren stärksten Konkurrenten gehört“*, resümierte die *„Frankfurter Rundschau“* nach Bekanntgabe des Gutachtens süffisant.<sup>270</sup>

Die Verleger zweifelten die Ergebnisse der Untersuchung an: *„Das Gutachten von Behrens enthält eine Vielzahl von Irrtümern und Fehlern, so daß es keine brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzung ist. Die Verleger können sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die gutachtlichen Äußerungen einem bestimmten vorweggenommenen Ergebnis gefolgt ist und keine wertfreie und objektive Untersuchung der in Berlin vorliegenden Gegebenheiten darstellt“*, schrieben die FBT-Verleger anpört an Senator Schütz.<sup>271</sup> Zudem ließ ein Experte, der im Auftrag der FBT die Studie von Behrens unter die Lupe nahm, an dieser kein gutes Haar: *„Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß im gesamten Gutachten zu den Entwicklungstendenzen der Werbung in den Berliner Ta-*

---

<sup>268</sup> Untersuchung von Prof. Dr. Karl Christian Behrens: „Werbung in den Berliner Tageszeitungen und im Fernsehen des Sender Freies Berlin – Entwicklungstendenzen seit 1960“, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2666:68. Gottberg, S. 263.

<sup>269</sup> Ebenda.

<sup>270</sup> „Frankfurter Rundschau“ vom 28.1.1965. In diesem Artikel werden neben der Bewertung auch die Untersuchungsergebnisse vorgestellt.

*geszeitungen und im Fernsehen des SFB versucht wird, durch Manipulationen Entwicklungen der Berliner Zeitungen zu konstruieren. Die für die Tageszeitungen bedrohliche Ausdehnung des Werbefernsehens wird dagegen bagatellisiert, und der Gutachter behauptet doch in seinem Vorwort, ‚grundlegenden Daten für eine objektive Beurteilung der Konkurrenzsituation zu vermitteln‘ und ‚vorwiegend die Zahlen‘ sprechen lassen zu wollen.“<sup>272</sup>*

Im Oktober 1965 legten die Berliner Verleger beim Senator für Bundesangelegenheiten einen Sieben-Punkte-Plan vor, der beschrieb, wie die angebliche Wettbewerbsverzerrung zwischen SFB und den Zeitungen ihrer Meinung nach aufgehoben werden könnte:

1. Der SFB gibt die Veranstaltung von Werbesendungen einschließlich umrahmende Beipack-Sendungen und Regionalschau an die Verleger ab, die werktags von 18.30 bis 20.00 Uhr auf Kanal 7 ein Programm ausstrahlen, das diese erwähnte Sendeteile enthält.
2. Der SFB strahlt das restliche Programm weiter aus.
3. Die Berliner Verleger erwerben zu gleichen Teilen Geschäftsanteile der Berliner Werbefunk GmbH.
4. Der SFB und die Verleger schließen ein Abkommen, durch das der SFB die Sicherheit erhält, dass die Werbefunk GmbH täglich - außer an Sonn- und Feiertagen - die ihr überlassenen Zeiten mit Programnteilen füllt. Eventuelle Erlöse aus der Werbung gehen auch an den SFB, vorrangig aber an die Verleger.
5. Die Werbegewinne werden zu gleichen Teilen an die Verlage verteilt um den Wettbewerbsnachteil und die Anzeigenverluste auszugleichen. Außerdem werden aus den Gewinnen Mittel zur Verfügung gestellt, um den publizistischen Einsatz und die technische Modernisie-

---

<sup>271</sup> Schreiben der FBT-Verleger an Senator Schütz vom 11.10.1965, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2666:112.

<sup>272</sup> Stellungnahme zum Gutachten von Prof. Behrens, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2666:117. Der Autor dieser Stellungnahme ist auf dem Dokument leider nicht zu entziffern.

rung zu fördern. Dies ist besonders gedacht für Zeitungen, die durch die Konkurrenz des TV auch publizistisch benachteiligt sind.

6. Die Werbefunk GmbH lässt ihre Programme von der FBT herstellen. Darüber hinaus beteiligt sich die Werbefunk GmbH wie bisher an Gemeinschaftsproduktionen mit anderen Werbefernseh-Gesellschaften.
7. Die Werbefunk GmbH schafft ein Gremium mit folgenden Aufgaben: Aufstellung von Leitlinien für die Durchführung von Werbesendungen, Überwachung der Durchführung von Werbesendungen und Einhaltung dieser Leitsätze sowie Entwicklung von Leitsätzen und Richtlinien für die Programmgestaltung, wobei Kernpunkte der Programmrichtlinien des SFB zum verbindlichen Inhalt auch dieser Leitsätze gemacht werden müssen. Das Gremium überwacht dann den Programmablauf der Gesellschaft auf Einhaltung dieser Leitsätze hin. Die Instituierung des Gremiums außerhalb gesellschaftsrechtlicher Eingriffe soll gesichert werden.<sup>273</sup>

Kurzum: Die Verleger wollten sich das lukrative TV-Werbegeschäft bis auf ein paar kleine Zugeständnisse an den SFB ganz einverleiben. Die Verleger selbst formulierten die Ziele dagegen sehr viel honoriger: „*Mit dieser Lösung*“, so die Verleger, „*würde Berlin ein bahnbrechendes Beispiel für ein gutes Nebeneinander und Miteinander der großen Kommunikationsträger Presse und Fernsehen liefern*“.<sup>274</sup>

Der Senat lehnte den Sieben-Punkte-Plan entschieden ab. Eine Realisierung des Papiers sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich, da eine Programmhoheit der Verleger gegen das Fernsehurteil verstieße. Ein Verlegerfernsehen sei nur dann möglich, wenn auch die übrigen gesellschaftlich relevanten Kräfte in der Lage wären, ein eigenes TV-Programm auszustrahlen.<sup>275</sup>

---

<sup>273</sup> Schreiben der FBT-Verleger an Senator für Bundesangelegenheiten vom 11.10.1965, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 14: Nr. 2667:134.

<sup>274</sup> Ebenda.

<sup>275</sup> Senator für Wissenschaft und Kunst: Referentenbesprechung am 4.11.1965; Schreiben des Senators für Wissenschaft und Kunst an den Verein der Berliner Zeitungsverleger vom 19.5.1966, in: Berliner Landesarchiv, Rep. 14: Nr. 2666:135.

Im Dezember wurde den Verlegern dann endgültig klar, dass sie im Kampf gegen den SFB mit der Unterstützung der Berliner Politik nicht rechnen konnten: Der Ausschuss für Bundesangelegenheiten, der im Februar vom Berliner Abgeordnetenhaus damit beauftragt worden war, das Verhalten des SFB zu untersuchen, legte am 13. Dezember einen Senatsbericht vor, der eine Wettbewerbsverzerrung zwischen dem SFB und den Berliner Zeitungen ganz klar verneinte. Ein ruinöser Wettbewerb des SFB könne nicht „prima facie“ aus der Tatsache hergeleitet werden, dass in Berlin das Ausstrahlungsgebiet mit dem Verbreitungsgebiet der Zeitungen identisch sei.<sup>276</sup>

In Bezug auf den Vorwurf der Überschreitung der zulässigen Werbezeiten, stellte der Ausschuss fest, dass der SFB an 14 Tagen die festgesetzte Höchstgrenze von täglich fünf Minuten für das Nachholen nicht ausgenutzter Werbezeiten geringfügig überschritten habe. Dadurch sei zwar im Jahresdurchschnitt 1964 die festgelegte Werbezeit von 20 Minuten täglich nicht überschritten worden, dennoch seien diese Überschreitungen rechtswidrig gewesen und müssten in Zukunft unterbunden werden, d.h. der Ausschuss konnte nur geringfügige Verstöße feststellen, die ein Verbot des Werbefernsehens nicht gerechtfertigt hätten. Die Ergebnisse des Senatsberichts wurde an die Michel-Kommission des Deutschen Bundestages weiter geleitet, der in seiner Untersuchung der Wettbewerbssituation zwischen Presse und Rundfunk die Berliner Situation gesondert unter die Lupe nahm und schließlich im April 1968 die Ergebnisse des Senatsberichts bestätigte.<sup>277</sup>

Nachdem Senat und Abgeordnetenhaus die Vorwürfe der Verleger an den SFB zurückgewiesen hatten und Postsenator Schütz den Lizenzantrag abgelehnt hatte, gingen die Zeitungsmacher auf totale Konfrontation mit der Berliner Regierung: Sie bereiteten eine Klage gegen das Land

---

<sup>276</sup> Beschluss des Ausschusses für Bundesangelegenheiten des Abgeordnetenhauses Berlin vom 13.12.1965, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 22. ASV-UA, Bestand Arning, Akte 63. Vgl. dazu Montag, S. 158 und Bausch, S. 564.

<sup>277</sup> Mittas, S. 45.

Berlin mit dem Ziel vor, über den Gerichtsweg in den Besitz einer Fernsehlizenz zu gelangen.<sup>278</sup>

### 3.2.4. Die Klage gegen das Land Berlin

Einen Tag bevor die Verleger beim Verwaltungsgericht Berlin eine Klage gegen das Land Berlin und die Bundespost einreichten, unternahm Arning noch einen letzten Vermittlungsversuch: In einem Schreiben an Klaus Schütz unterrichtete er den Senator, dass die FBT nach jahrelangen Bemühungen um eine friedliche Lösung nun gezwungen gewesen sei, eine Sendelizenz einzuklagen. Diese Klage, die die FBT am Vortag eingereicht habe, sei nicht mehr aufzuschieben gewesen, da am 5. März die Frist ablaufe, innerhalb derer die FBT vor dem Verwaltungsgericht Berlin Einspruch gegen die Ablehnung des Lizenzantrages einreichen könne. Arning erklärte aber ausdrücklich, dass dieser Schritt nicht das Ende der Verhandlungen der Verleger mit dem Senat bedeuten müsse: *„Die Berliner Verleger haben nach wie vor die Hoffnung, dass sie unter Überreichung neuer Materialien doch noch den Senat von Berlin davon überzeugen können, dass eine Lösung schnellstens gefunden werden muss, sie haben die Hoffnung, dass die von ihnen vorgeschlagene Lösung vielleicht doch noch zur Grundlage eines eingehenden Gespräches mit dem Senat von Berlin gemacht werden kann.“*<sup>279</sup> Daher habe er die Klage auch zunächst nur sehr kurz begründet und weitere Vorträge vorbehalten. Erst dann, wenn der Berliner Senat keine Möglichkeit für irgendeine Art von Lösung in dem angestrebten Sinn sehen sollte, müsse die FBT das Verfahren wirklich beginnen lassen.<sup>280</sup>

Doch der Senat sah keinen Handlungsbedarf mehr, und so wurde die Klage gegen das Land Berlin vor dem Berliner Verwaltungsgericht verhandelt. Die FBT, vertreten durch Chefjustitiar Arning, stützte sich im

---

<sup>278</sup> Gottberg, S. 263.

<sup>279</sup> Schreiben von Arning an Senator Schütz vom 2.3.1966, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 44.

<sup>280</sup> Ebenda.



Laufe des Prozesses, dessen Streitwert das Gericht auf 200.000 Mark festgelegt hatte, vor allem auf Artikel 5 des Grundgesetzes, der die Freiheit der Berichterstattung garantiert, und vertrat die Ansicht, dass außer der von der Bundespost erforderlichen sendetechnischen Lizenz keine besondere Ermächtigung des Landes Berlin zur Ausstrahlung von Fernsehsendungen erforderlich sei. Sollte eine solche Ermächtigung aber nötig sein, so hätte die FBT einen Anspruch auf Erteilung dieser Lizenz, wobei Arning die Artikel 5 und 12 des Grundgesetzes und die dort beschriebene Garantie der Freiheit von Presse und Rundfunk hervorhob. Die FBT als Zusammenschluss aller Berliner Zeitungsverleger garantiere im Übrigen weitgehend die Vielfalt der Meinungen und somit die Meinungsfreiheit.<sup>281</sup>

Das Gericht stellte sich dagegen auf den Standpunkt, dass das Recht der freien Meinungsäußerung nicht ausschließe, dass der Zugang zum Massenmedium Fernsehen von einer Erlaubnis des Landes Berlin abhängig gemacht werde. Dieses moderne Instrument der Information müsse seine gesetzliche Neutralität nach allen Seiten wahren und dürfe nicht einer bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Gruppe ausgeliefert werden. Ein Anspruch auf Erteilung einer solchen Erlaubnis bestehe nicht. Es handele sich um eine Ermessensentscheidung der Behörde, und dieses Ermessen sei nicht fehlerhaft gehandhabt worden. Man könne das Land nicht zwingen, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden. Mit dieser Begründung lehnte das Gericht die Klage der FBT am 27. April 1967 ab. Die FBT kündigte sofort an, gegen diese Entscheidung Berufung beim Oberverwaltungsgericht Berlin einzulegen.<sup>282</sup> Die gleichzeitig erhobene Klage gegen die Bundespost wurde in Übereinstimmung beider Parteien ausgesetzt, da Post und FBT durch außergerichtliche Verhandlungen eine Einigung erzielen wollten.<sup>283</sup>

---

<sup>281</sup> Vergleiche dazu: Aktenzeichen III VG A 18/66, „Telegraf“ vom 28.4.1967, dpa-Meldung vom 27.4.1967, „Tagesspiegel“ vom 28.4.1967, „Welt“ vom 28.4.1967, „Berliner Morgenpost“ vom 28.4.1967, „Tagesspiegel“ vom 28.4.1967; Montag, S. 159.

<sup>282</sup> Ebenda..

<sup>283</sup> dpa-Meldung vom 27.4.1967. Schreiben von Arning an den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Dr. Werner Dolinger, vom 27.9.1968. Vgl. FUNK-Korrespondenz Nr. 15/16 vom 10.4.1969.

### 3.2.5. Die Verstrickung des FBT-Geschäftsführers Horst Schnare in die ZDF-„Spionage“-Affäre

Nachdem die für die Verleger äußerst unerfreulichen Ergebnisse des Michel-Berichtes<sup>284</sup> bereits vor dessen Veröffentlichung durchgesickert waren, mussten sich die TV-Strategen im Hause Springer 1966 ernüchtert eingestehen, dass ihre Fernsehpläne nicht von der Stelle kamen. In dieser Situation fand eine Aktion statt, die bei Arning und Schnare ihren Ausgang fand, nach Bekanntwerden auf breite öffentliche Kritik stieß, die Verlegerallianz der FBT letztendlich zerbrechen ließ, Springer ins Zwielicht rückte und seine Fernsehambitionen für lange Zeit diskreditierte: das von Arning initiierte „Spionage-Unternehmen“<sup>285</sup> beim ZDF, das nach Meinung des „Spiegels“ so grotesk anmutete „wie die Winkelzüge eines kapitalistischen Bösewichts bei Brecht“<sup>286</sup>.

Die Affäre nahm im Herbst 1966 ihren Anfang, als der FBT-Geschäftsführer Schnare Springers Fernsehbeauftragten Arning den Hinweis gab, dass der Leiter der Berliner „Hör Zu“-Redaktion, Josef Hyzdal von Miserony, der vor seiner Tätigkeit für den Axel Springer Verlag als Redakteur für das ZDF gearbeitet hatte, immer noch beste Kontakte zur Mainzer Anstalt habe. Insofern böte es sich an, dass man diese Person damit beauftrage, brisantes Material über das ZDF und seine Angestellten zu besorgen. Am 6. Oktober kam es dann zu einem ersten Treffen zwischen Arning und Miserony, bei dem die Beteiligten Folgendes beschlossen: *„Herr von Miserony sammelt das im folgenden bezeichnete Material über das ZDF in Zusammenarbeit mit dem Chef der FBT, Herrn Schnare, und stellt es zur Weiterleitung an das Chef-Justitiariat zusammen. Herr Schnare ist bei dieser Aktion federführend. Die Besprechungen mit den Zeugen und das schriftliche Material werden in Berlin gesammelt, wo auch eine Vorauswahl stattfindet.“*<sup>287</sup>

---

<sup>284</sup> Siehe Kapitel 2.4.

<sup>285</sup> „Spiegel“ 33/1967, S. 36.

<sup>286</sup> Ebenda, S. 37.

<sup>287</sup> Protokoll Miseronys, zitiert in: „Spiegel“ 33/1967, S. 37.

Zusammengetragen werden sollte Material über Bestechungen an führende ZDF-Angestellte, Fotokopien und Auszüge über Produktionskosten und Betriebsprüfungsberichte, Einzelheiten über Produzenten, Schmiergelder an ZDF-Bedienstete und Fehldispositionen von öffentlich-rechtlichen Geldmitteln beim ZDF-Studio in Berlin. Außerdem sollten gezielt Informationen über Angestellte des ZDF beschafft werden. Ein Beispiel hierfür hielt Miserony in einem Protokoll fest: *„Über die Person des (es folgen Namen und Dienststellung eines leitenden ZDF-Angestellten) werden Untersuchungen betreffend sein Vorleben vorgenommen. Es soll seine Unfähigkeit für die jetzt ausgeübte Tätigkeit bezeugt werden. Über die Person (...) wird ein Auszug aus dem Strafregister besorgt. Herr (...) soll wegen Betrugs und Schmuggels mehrfach vorbestraft sein“*.<sup>288</sup>

Sämtliche Kosten für diese Recherchen übernahm Arning, der mit dem Material einen Meinungsumschwung bei den Ländern in der Fernsehfrage herbeiführen wollte. Vermutlich plante Arning aber auch, brisante Informationen in Springer-Zeitungen oder in der Springer-nahen aber unverdächtig erscheinenden Zeitschrift „Aktueller Fernsehdienst“ zu veröffentlichen, um Druck auf die für das ZDF zuständigen Länderregierungen auszuüben.<sup>289</sup>

Nach Art eines Geheimdienst-Unternehmens wurde die Übermittlung der brisanten Informationen geplant: „Nichts Schriftliches direkt an Hamburg“, lautete die ausdrückliche Anweisung Arnings. Die Rechercheure sollten ihre Berichte im Tonstudio der FBT auf Band sprechen. Arning sollte diese dann bei regelmäßigen Reisen nach Berlin abhören und über die weitere Verwendung entscheiden. Schriftliche Mitteilungen sollten ausschließlich an den offiziellen Arning-Mittelsmann Schnare adressiert sein.<sup>290</sup>

Am 26. Oktober vermittelte Miserony Arning einen weiteren Rechercheur: Den ehemaligen Redakteur beim ZDF-Studio in Berlin, Ekkehard

---

<sup>288</sup> Gedächtnis -Protokoll von Miserony zitiert in: „Spiegel“ 33/1967, S. 38.

<sup>289</sup> „Spiegel“ 33/1967, S. 37-38.

Franke-Grieksch, der zu diesem Zeitpunkt für die Springer-Zeitschrift „Kristall“ arbeitete. Arning war von diesem Journalisten sehr angetan, insbesondere wegen dessen guter Kontakte zur CDU-Spitze, wie zum Beispiel zum CDU-Bundestagsabgeordneten Josef Hermann Dufhues. Franke-Grieksch sollte folglich vornehmlich Politiker-Kontakte knüpfen und wurde in den Dienst eines nicht erkennbaren Springer-nahen Unternehmens übernommen, da ein Springer-Job zu auffällig gewesen wäre.<sup>291</sup>

Da Arning sich der Gefahr bewusst war, die durch ein Bekanntwerden dieser heiklen Recherchen hätte entstehen können, wies er Miserony und Franke-Grieksch an, die Untersuchungen mit „besonderer Sorgfalt“ durchzuführen, „so daß sie auch juristisch vertretbar sind“. Doch auch Miserony und Franke-Grieksch sicherten sich ab: Sie ließen sich von Arning einen Arbeitsplatz im Springer-Haus garantieren, da sie wussten, dass sie nur schwer eine neue journalistische Beschäftigung finden würden, wenn die geheimen Recherchen ans Tageslicht kämen.<sup>292</sup>

Arnings „Agenten“ lieferten kurze Zeit später erste Ergebnisse: Dossiers über leitende ZDF-Angestellte, Fotokopien von Seiten aus dem ZDF-Hauptbuch, Ablichtungen über Fehlkalkulationen und Einsparungsmöglichkeiten beim ZDF sowie persönliche Informationen über einen ZDF-Abteilungsleiter: „*Obwohl er verheiratet ist, ist er mit der Fernsehansagerin X befreundet und hat mit ihr ein Kind*“. Um an diese Informationen heranzukommen, köderten die Arning-Abgesandten häufig mit der Aussicht auf eine angemessene Beschäftigung bei dem künftigen Fernsehsender.<sup>293</sup>

Miseronys direkter Vorgesetzter, der „Hör Zu“-Chef Hans Bluhm, dem Arning ganz offiziell Miseronys Sonderaufgabe mitgeteilt hatte,<sup>294</sup> missbilligte die Recherchen seines Angestellten ausdrücklich und drohte ihm

---

<sup>290</sup> Ebenda, S. 40.

<sup>291</sup> Ebenda, S. 41.

<sup>292</sup> Ebenda, S. 41.

<sup>293</sup> Ebenda, S. 43.

<sup>294</sup> Ebenda, S. 37.

mit Kündigung. Miserony verhinderte dies, indem er auf seine Führungsposition im Berliner „Hör Zu“-Büro verzichtete und auf den zweiten Platz zurücktrat. Schließlich forderte Miserony ultimativ auf, seine Nebentätigkeit zu beenden. Miserony versprach darauf, nur noch eine Mission für Arning zu erfüllen, nämlich mit dem Disney-Konzern Verhandlungen über die Nutzung von ungenutzten RIAS und AFN-Frequenzen zu führen, was zu Miseronys weniger anrühigen Jobs für Arning gehörte.<sup>295</sup>

Doch noch bevor diese Verhandlungen abgeschlossen waren, ließ Arning ihn und Francke-Grieksch fallen, da das ZDF den Ausspähungen auf die Spur gekommen war. *„Ihre Informationen sind wertlos, unrichtig oder mangelhaft gewesen. Ich sehe keine greifbaren Gründe, Sie weiter zu beschäftigen“*, teilte er den beiden bei einem letzten Treffen mit. Besonders hart traf die Kündigung Miserony: *„Mir ist Ihre Unterbringung bisher nicht gelungen. Ich glaube, daß Sie mit mir einig sind, dass wir Ihre Mitarbeit für meine Abteilung mit dem 28.2. beenden“*.<sup>296</sup>

Auf dem Weg nach Hause erhielt Miserony am Steuer seines Wagens eine Herzattacke, einige Stunden später einen Kreislaufkollaps. Obendrein verlor er am 13. April auch noch seine Stelle bei der „Hör Zu“: Bluhm teilte ihm in einem persönlichen Gespräch mit, dass er sich nicht nur von ihm, sondern auch von anderen Informanten trennen werde, um solchen Aktivitäten „rigoros ein Ende“ zu bereiten. Miserony und Francke-Grieksch, die sich von Arning in Stich gelassen fühlten, trugen kurze Zeit später die ganze Geschichte zum Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, der

---

<sup>295</sup> Außerdem sollten Miserony und Franke-Grieksch Verbindungen mit leitenden Bundespostbeamten wegen der technischen Möglichkeiten eines privaten Verlegerfernsehens außerhalb der bestehenden Programme aufnehmen („Spiegel“, 33/1967, S. 44-45). In Bezug auf die Verhandlungen mit Disney war geplant, dass sich der amerikanische Konzern beim US-Außenministerium für folgendes Modell einsetzt: Der Sender RIAS, der von der Informationsabteilung des US-Außenministeriums betrieben und an die bundesdeutsche Gesetzgebung nicht gebunden war, wird in ein privates Unternehmen umgewandelt. Das US-Außenministerium bleibt als juristisches Aushängeschild erhalten. Der Vorteil für die US-Regierung bestehe darin, dass sie aller Kosten enthoben werden, aber trotzdem weiterhin Nachrichten- und Propagandasendungen eigener Produktion ostwärts ausstrahlen kann. Als Gegenleistung für die Vermittlungsarbeiten Disneys, sollte der neue Springer-Fernsehsender dem US-Medienkonzern TV-Konserven abkaufen („Spiegel“, 33/1967, S. 44-45).

<sup>296</sup> „Spiegel“, 33/1967, S. 45.

die geheimen Ausspähungen des Hauses Springer im August 1967 publik machte und Springers Fernsehpläne damit öffentlich diskreditierte.<sup>297</sup>

Die Frage, ob Springer persönlich in die Angelegenheit involviert war und seine Macht missbrauchte,<sup>298</sup> griff die „Die Zeit“ auf: Der Chefredakteur der Wochenzeitung, Josef Müller-Marein, mahnte öffentlich eine Stellungnahme des Verlegers an. Zwei Wochen später stand die Antwort Springers in der „Zeit“: *„Zwei Journalisten und Mitglieder meiner Redaktion waren in den Besitz von Informationen gekommen, denen nachzugehen ihre journalistische Pflicht war. Ich brauche hier den Herren Augstein und Müller-Marein nicht die Banalität zu verkaufen, daß die Recherche ein legitimes Mittel des Journalismus ist (...) Das Material war nicht beweiskräftig. Da auch die weiteren Recherchen zu keinem Ergebnis führten, wurde das Material verschlossen.“*<sup>299</sup>

Diese Argumentation war insofern zweifelhaft, als sich der Springer-Konzern bis dahin nur sehr selten durch investigativen Journalismus ausgezeichnet hatte: *„Kaum je hat Springer die Hundertschaften seiner Journalisten ausgeschiedt, um im Interesse der Öffentlichkeit etwa die Hintergründe einer Affäre aufzudecken. Gleichgültig ob Starfighter- oder Schützenpanzer-Skandal, Bestechungs- oder Abhöraffaires anstanden – es waren nicht Springer-Redakteure, die sich bei diesen Gelegenheiten der journalistischen Recherche bedient hätten. Nun erst, da es gilt, Springers politisches Denkgut auch auf Fernsehröhren zu verbreiten, wurde der Spürsinn der Springer-Mitarbeiter mobilisiert“*, schrieb der „Spiegel“.<sup>300</sup>

---

<sup>297</sup> Zur ZDF-Spionage-Affäre vergleiche auch Naeher, S. 184-89.

<sup>298</sup> Nach Meinung Naeher stützt die Tatsache, dass Arning die „Täter“ einfach fallen ließ, als ihm der Boden zu heiß wurde, die Annahme eines eigenmächtigen Handelns Arnings. Wäre Springer eingeweiht gewesen, hätte es für Arnings panikartige Reaktion keinen Grund gegeben. Andererseits verwunderte es Naeher, dass Springer nicht danach gefragt habe, woher das brisante Material stammte, das in seinem Haus vorlag und dass er von alledem nichts erfahren habe, obwohl ihn das Fernsehthema intensiv beschäftigte. Eine Erklärung dafür könnte Naeher Meinung nach sein, dass Arning um jeden Preis Springers Ziel zum Erfolg bringen wollte (Naeher, S. 187).

<sup>299</sup> „Zeit“-Artikel zitiert in: Naeher, S. 187.

<sup>300</sup> „Spiegel“ 33/1967, S. 45.

Auch Gudrun Kruij, die sich intensiv mit der Weltanschauung des Axel Springer Verlages beschäftigt hatte, musste feststellen, dass dem Zeitungshaus „jedes Verständnis für die Notwendigkeit einer investigativen Presse“ fehlte: *„Da die Welt generell in Ordnung war, konnte der Zwang zur Enthüllung nur an einem unrealistischen Weltbild liegen, das seine Ursachen im politischen Extremismus hatte“*, schrieb Kruij in ihrem Buch *„Das ‚Welt‘-‚Bild‘ des Axel-Springer-Verlags: Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen“*.<sup>301</sup> Sie belegte diese Aussage mit einem Zitat aus der „Welt“. Diese hatte 1977 auf die Enthüllungen Wallraffs über die „Bild“ wie folgt reagiert: *„Faschisten und Kommunisten wie Wallraff haben nun freilich kein realistisches Weltbild (...) Deshalb stehen faschistische und kommunistische Journalisten auch dauernd unter Enthüllungszwang. Ununterbrochen müssen sie irgendwelche ‚Machenschaften aufdecken‘“*.<sup>302</sup>

Eine ähnliche Auffassung wie Müller-Marein vertrat auch ZDF-Intendant Holzamer, als er am Tag der Veröffentlichung des „Spiegel“-Berichtes Springer zu einer Stellungnahme aufforderte und die sofortige Abberufung Arnings verlangte. *„Die Tatsache, daß Herr Arning nicht nur Chefjustitiar Ihres Hauses ist, sondern auch Berater und Beauftragter in allen Fernsehfragen, legt die Vermutung nahe, daß es sich hier nicht um übliche journalistische Recherchen einer Redaktion handelt, sondern um ein Tätigwerden unter rundfunkpolitischen Aspekten“*, warf er dem Verleger in einem Schreiben vor.<sup>303</sup> Dieser gab am 18. August in einem Brief an Holzamer nur eine ausweichende Antwort, in der er lediglich noch einmal auf den „Zeit“-Artikel verwies.<sup>304</sup> Holzamer gab sich damit nicht zufrieden und bat den Bundesinnenminister, ihn von seinem Mandat in der großen „Pressekommission“, in der auch Axel Springer Sitz und Stimme hatte, zu entbinden.<sup>305</sup> Diese Kommission war im März 1967

---

<sup>301</sup> Kruij, Gudrun: Das „Welt“-„Bild“ des Axel-Springer-Verlags: Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen. München 1999, S. 244.

<sup>302</sup> „Die Welt“ zitiert in: ebenda, S. 244.

<sup>303</sup> Naehrer, S. 186. Vgl. Spiegel, 36/1967, S. 114.

<sup>304</sup> Naehrer, S. 188.

<sup>305</sup> Ebenda.

eingrichtet worden, um die „Ursachen der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Zeitung“ zu untersuchen.

Daraufhin erklärte sich Springer zu einer persönlichen Aussprache mit Holzamer bereit. In einem Treffen mit dem Intendanten räumte Springer am 7. September ein Fehlverhalten in seinem Verlag ein. *„Lassen Sie uns bitte unseren Briefwechsel beenden mit der Feststellung, daß wenn bei den vor längerer Zeit gegenüber Ihrer Anstalt geführten Recherchen auf unserer Seite Fehler unterlaufen sind, ich das bedauere und nicht billige“*, hielt Springer kurze Zeit später sein Eingeständnis in einem Brief an Holzamer fest.<sup>306</sup> Der Weg war damit frei für eine Rückkehr Holzamers in die Pressekommission.<sup>307</sup> Im Oktober nahm Springer dann sich und Arning aus der Schusslinie, indem er seinen Chefjustitiar als Bevollmächtigten für elektronische Publikationsmittel abberief und dieses Amt Ernst Cramer übertrug.<sup>308</sup>

Auch für die FBT hatte die Affäre personelle Konsequenzen: Der damalige Verwaltungsratschef Arno Scholz ließ Schnare auf dessen eigenen Wunsch hin bis zur Klärung der Vorwürfe beurlauben.<sup>309</sup>

---

<sup>306</sup> Ebenda.

<sup>307</sup> Ebenda. Vgl. zu Holzamers Androhungen auch: „Spiegel“, 36/1967, S. 114.

<sup>308</sup> Naehrer, S. 189.

<sup>309</sup> Brief Schnares an Sonnenfeld vom 11.8.67, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 5. Vgl. „Die Zeit“ vom 31.8.67.



### 3.2.6. Der Bruch – Vier Gesellschafter verlassen die FBT

Schnare gab kurze Zeit später eine Erklärung ab, in der auf sieben Seiten beteuerte, dass er bzw. die FBT mit den Recherchen nichts zu tun habe.<sup>310</sup> Scholz bemängelte zwar, dass sich Springer nicht nachdrücklicher von den obskuren Praktiken distanzierte, gab sich aber schließlich zufrieden. Nicht aber der FBT-Gesellschafter Maier vom Tagesspiegel Verlag. Dieser kündigte am 21. August aus Protest gegen die Praktiken des FBT-Partners Springer seinen Austritt aus der Fernsehgesellschaft an. Die FBT-Verlage Der Abend, Erich Lezinsky Verlag und Deutschland folgten dem Tagesspiegel-Verlag. Nur Scholz blieb: „Ich wollte mich von Maier nicht unter Druck setzen lassen“, rechtfertigte der „Telegraf“-Verleger seine Entscheidung.<sup>311</sup>

Die verbliebenen Gesellschafter, Telegraf und Ullstein, beschlossen dann am 21. August auf einer nur zwanzigminütigen Gesellschafterversammlung, die Beurlaubung Schnares auf Zeit aufzuheben. *„Zwischen den Gesellschaftern und dem Geschäftsführer soll noch zur endgültigen Aufklärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe eine abschließende Aussprache stattfinden“*, heißt es weiter im Protokoll der Versammlung.<sup>312</sup> Nachdem die geplante Aussprache stattgefunden hatte und der Sacherhalt nach Meinung der Gesellschafter geklärt worden war, setzten Arning (Ullstein) und Scholz (Telegraf) Schnare wieder als Geschäftsführer der FBT ein.<sup>313</sup>

Die ZDF-Affäre war aber nicht der einzige Grund, warum die vier Verleger der FTB nach sieben Jahren den Rücken kehrten: Wie bereits in Kapitel 3.1.1. erwähnt, bestanden bereits vor der FBT-Gründung nicht uner-

---

<sup>310</sup> Schreiben von Arno Scholz an FBT und ihre Gesellschafter vom 21.8.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 3. Die hier erwähnte Erklärung von Schnare war im ASV-UA nicht aufzufinden.

<sup>311</sup> „Die Zeit“ vom 31.8.67.

<sup>312</sup> Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 21.8.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 2 und 3.

<sup>313</sup> Schreiben Schnares an Gesellschafter und Verwaltungsräte der FBT, Arno Scholz, Peter Tamm (damaliger Ullstein-Chef) und Arning vom 4.9.67, in dem Schnare die

hebliche Spannungen zwischen Springer und den anderen Berliner Zeitungsverlegern wegen Springers expansiver Praktiken auf dem Berliner Zeitungsmarkt. 1959 hatte Springer Maier noch ein Gentlemen Agreement versprochen und dem „Tagespiegel“-Verleger Maier versichert, dass er sich der freien Entwicklung der Presse nicht entgegen setzen werde. Vor der FBT-Gründung betonte Maier dann ausdrücklich, dass die Verlegerallianz auseinanderbrechen werde, wenn Springer seine Vormachtstellung auch für den Bereich Fernsehen geltend mache.<sup>314</sup>

Doch trotz aller Beteuerungen, im Interesse aller Verleger zu handeln, versuchte Springer ständig, seinen Anteil am Berliner Pressemarkt zum Nachteil seiner FBT-Partner zu vergrößern. Infolgedessen mussten zwei renommierte Berliner Zeitungen, der „Tag“ und der „Kurier“ eingestellt werden. Der Anteil der Nicht-Springer-Blätter schrumpfte auf 25 Prozent. Als Beispiel für die Verdrängungsmethoden Springers gelten die Insertionspreise der Berliner Teilausgabe der „Welt“, die in keinem Verhältnis zur Auflagenhöhe standen und offensichtlich das Anzeigengeschäft der anderen Zeitungen kaputt machen sollten.<sup>315</sup>

Im Dezember 1966 platzte Maier dann endgültig der Kragen, als Springer die Abo-Preise der „Welt“ überall anhob, nicht aber in Berlin. Nach Meinung Maiers war dieser Dumping-Preis allein dafür geschaffen, seine Zeitung, den „Tagesspiegel“, zu treffen.<sup>316</sup> Maier kündigte daraufhin seine Anteile an der FBT unter Wahrung der dafür im Gesellschaftervertrag gesetzten Frist<sup>317</sup> zum 31.12.1967. Die Verlage Der Abend, Erich Lezins-

---

Ergebnisse der Gespräche zwischen Ullstein/Springer, Telegraf und ihm zusammenfasst (ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 21).

<sup>314</sup> Siehe Kapitel 3.1.1.

<sup>315</sup> Von Gottberg, S. 263. „Die Zeit“ vom 31.8.1967.

<sup>316</sup> „Die Zeit“ vom 31.8.1967. Die Gefahr, dass den anderen Berliner Tageszeitungen durch die verbilligten Abo- und Anzeigenpreise der „Welt“ ein hoher wirtschaftlicher Schaden entstehen könnte, ist allerdings insofern als recht gering anzusehen, als die Berliner „Welt“-Ausgabe damals nur etwa 20.000 Abonnenten in Berlin hatte, während Blätter wie der „Tagesspiegel“ weit über 100.000 Exemplare absetzen (Auskunft des Unternehmensarchivs des Axel Springer Verlages).

<sup>317</sup> Gesellschaftervertrag, Paragraph 13, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 1.

ky Verlag und Deutschland Verlag folgten dem Beispiel Maiers.<sup>318</sup> Anscheinend war diese Entscheidung zum damaligen Zeitpunkt aber noch nicht endgültig, da die vier abtrünnigen Zeitungshäuser – wie oben erwähnt – erst am 21. August 1967 offiziell ihr Ausscheiden aus der FBT verkündeten, den sie mit „strukturellen Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten innerhalb der Gesellschaft“ und „mit der Änderung von sonstigen Voraussetzungen“ begründeten, unter denen die FBT 1960 entstanden war.<sup>319</sup>

Ein weiterer – offiziell nicht genannter – Grund für das Ausscheiden aus der FBT war höchstwahrscheinlich auch die Tatsache, dass für die FBT nach der gerichtlichen Niederlage im Lizenzstreit das ursprünglich anvisierte Ziel, einen eigenen Sender zu gründen, in weite Ferne gerückt war. Vermutlich hätte ein Erfolg vor Gericht die Verlage noch dazu gebracht, ihre Kündigungen aus dem Jahre 1966 trotz der rüden Methoden Springers auf dem Berliner Zeitungsmarkt und trotz der ZDF-Affäre wieder zurückzunehmen.<sup>320</sup> Insofern war die ZDF-Affäre entweder nur der Anlass für einen möglichst spektakulären Abgang oder der berühmte letzte Tropfen, der das Fass letztendlich zum Überlaufen brachte.

---

<sup>318</sup> Schreiben des „Kurier“ vom 29.12.66 (Deutschland-Verlag) an die FBT, in dem der Gesellschaftsanteil zum 31.12.67 gekündigt wird, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6.

<sup>319</sup> „Die Zeit“ vom 31.8.1967. Vgl. „Die Welt“ vom 28.8.67, „Tagesspiegel“ vom 26.8.1967, „BZ“ vom 28.8.67, „Telegraf“ vom 27.8.67.

<sup>320</sup> Vgl. Gottberg, S. 266: *„Es bleibt zu fragen, ob die Verleger dieser Zeitungen sich auch aus dann aus der Fernsehgesellschaft zurückgezogen hätten, wenn bei gleichem Verhalten des Springer-Verlages die Aussichten auf Erfolg ihrer Bemühungen günstiger gewesen wären.“*

### **3.3. Die FBT unter der alleinigen Regie der Ullstein GmbH und des Telegraf Verlages bzw. der Graphischen Gesellschaft 1967-79**

#### **3.3.1. Die Umgründung der FBT**

Noch am selben Tag, an dem die vier FBT-Verlage offiziell ihren endgültigen Austritt verkündeten, regelten sie mit der Ullstein GmbH und dem Telegraf Verlag die Modalitäten ihres Ausscheidens aus der FBT. Nachdem der Telegraf-Chef Scholz erklärt hatte, dass er bereit sei, bis auf weiteres die Gesellschaft mit der Ullstein GmbH fortzusetzen, kam folgende Vereinbarung zustande:

- Die Verlage Der Abend, Deutschland, Tagesspiegel und Erich Lessing scheiden in „freundschaftlichem Einvernehmen“ mit Wirkung vom 22.8.1967 aus der FBT aus.
- Sie verpflichten sich, ihre Gesellschaftsanteile auf die Gesellschaft oder die verbleibenden Gesellschafter alsbald notariell zu übertragen.
- Die Bewertung der Anteile der ausscheidenden Gesellschafter erfolgt gemäß Paragraph 13 des Gesellschaftervertrages unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte:
  - Bei der Feststellung des angemessenen Wertes haben Rückstellungen für das Prozessrisiko nach dem 21.8.1967 auszuscheiden.
  - Auszuscheiden haben ebenso Rückstellungen für künftige Verpflichtungen aus Anstellungsverträgen.<sup>321</sup>

Ferner beschlossen die Gesellschafter, dass die Kosten für die Bewertung und für die Aufstellung der Abschichtungsbilanz die bisherigen sechs Gesellschafter gemeinsam tragen. Für die Kosten für die Abtragung der Anteile der Abschichtungsbilanz sollte die Gesellschaft aufkommen. Über den Sachverständigen für die Bewertung und den Prüfer für die Bilanz sollten alle Verlage gemeinsam entscheiden.<sup>322</sup> Auf der Grundlage des Berichtes des Wirtschaftsprüfers Böttcher einigten sich die Verlage

---

<sup>321</sup> Vereinbarung zwischen den FBT-Gesellschafter über den Austritt von vier Verlagen vom 21.8.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 3 und 6.

dann im März des nächsten Jahres darauf, dass die vier ausscheidenden Gesellschafter ihren Anteil, der zu der Zeit 85.000 Mark pro Gesellschafter betrug, im Verhältnis 120:100 erhielten, d.h. die Verlage bekamen weniger Geld wieder als sie zuvor in die Firma gesteckt hatten. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass die technischen Geräte der FBT inzwischen stark an Wert verloren hatten.<sup>323</sup> Um zu verhindern, dass die ausgeschiedenen Verlage zu „unrechter Zeit“<sup>324</sup> wieder versuchen sollten, in die FBT einzutreten, strebte die FBT-Führung sogleich eine Umbenennung der Gesellschaft an. Arno Scholz schlug den Namen „Berliner Fernsehgesellschaft“ vor, der seiner Aussage nach beim ZDF-Intendanten Holzamer gut angekommen war.<sup>325</sup>

Aber anscheinend konnten sich die FBT-Gesellschafter lange Zeit nicht auf einen neuen Namen einigen, da die Umtaufung erst im Februar des folgenden Jahres erfolgte: Hinter dem Kürzel FBT verbarg sich fortan der Name „Fernsehgesellschaft Berliner Tageszeitungen“<sup>326</sup>; „Fernsehgesellschaft *der* Berliner Zeitungsverleger“ konnte sich das Unternehmen ja nicht mehr nennen, da nicht mehr alle Berliner Zeitungen in der Fernsehgesellschaft, sondern nur noch die Ullstein GmbH und die Graphische Gesellschaft Grunewald (ehemals Telegraf Verlag<sup>327</sup>) vertreten waren. Auch die Höhe des Stammkapitals musste nach der Verkleinerung der FBT verändert werden: Am 25. Oktober 1968 beschlossen die FBT-Ge-

---

<sup>322</sup> Ebenda.

<sup>323</sup> Schreiben von Schnare an Dr. Wolfgang Hartroth (Zentrale Steuerabteilung des Springer-Verlages) vom 26.3.1968, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6.

<sup>324</sup> Schreiben von Schnare an Springer vom 26.3.1968, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6. Gemeint war damit wahrscheinlich ein Zeitpunkt, an dem die FBT doch noch eine Sendelizenz erhält und somit den anvisierten lukrativen Werbeeinnahmen einen großen Schritt näher kommt – Einnahmen, die Ullstein und Telegraf dann aller Voraussicht nach nicht mehr mit den ehemaligen Partner hätten teilen wollen.

<sup>325</sup> Schreiben von Schnare an Springer vom 26.3.1968, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6.

<sup>326</sup> Kurze Chronik der FBT, erstellt von ASV-UA.

<sup>327</sup> Der Telegraf Verlag wurde am 1.1.1968 von der Graphischen Gesellschaft Grunewald übernommen. Arno Scholz blieb Vertreter in der FBT-Gesellschafterversammlung (Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 21.10.1968, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10).

sellschafter die Herabsetzung des Stammkapitals um 345.000 Mark auf 170.000 Mark.<sup>328</sup>

### 3.3.2. Die endgültige Gerichtsentscheidung

Im April 1969 scheiterte der zweite Versuch der FBT, auf gerichtlichem Wege zu einer Fernsehlizenz zu kommen: Das Berliner Obergericht wies als Berufungsinstanz den Antrag der FBT zurück, das Land Berlin zu verpflichten, mit der Berliner Fernsehgesellschaft eine Vereinbarung über die Veranstaltung von Fernsehsendungen einschließlich Werbefernsehen abzuschließen. Die FBT berief sich in dem Verfahren, dessen Streitwert inzwischen eine Million Mark betrug,<sup>329</sup> vor allem auf Paragraph 2 Absatz 2 des Gesetzes über den SFB, nach dem durch die Errichtung dieser Anstalt „das Recht des Landes Berlin zum Abschluß von Vereinbarungen über die Errichtung und den damit verbundenen Betrieb von Rundfunksendeanlagen (einschließlich Fernsehsendeanlagen) im Gebiet des Landes Berlin unberührt bleibt“.<sup>330</sup> Außerdem brachte die Berliner Fernsehgesellschaft als „neue Tatsache“ einen förmlichen Beweisantrag ein, der nachweisen sollte, dass durch die Erschließung des Gigahertz-Bereiches/Band II sowie durch das Kabellefernsehen neue Möglichkeiten für die Verbreitung von Fernsehprogrammen gegeben seien und dass der finanzielle Aufwand dafür inzwischen durchaus tragbar sei. *„Damit ist eine Situation eingetreten, von der das berühmte Fernsehurteil (des Bundesverfassungsgerichtes) sagte, daß dann die Zulassung kommerzieller Fernsehträger nicht verhindert wer-*

---

<sup>328</sup> Schreiben des Notars Filie an FBT vom 25.10.1968, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6.

<sup>329</sup> Das Obergericht begründete die Erhöhung des Betrages damit, dass hinter der Streitigkeit rein kommerzielle Interessen stünden. Die Klägerin erstrebe weitgehende Werbesendungen. Das Gericht habe sich darüber informiert, dass zum Beispiel die Werbesendungen des SFB in einem Jahr eine Einnahme von 24 Millionen Mark und einen Gewinn von 10 Millionen Mark erbracht hätten („Berliner Morgenpost“ vom 24.1969).

<sup>330</sup> Montag, S. 159.

*den dürfe und könne*“, argumentierte der Rechtsvertreter der FBT im Prozess, Hermann Arning.<sup>331</sup>

Doch das Gericht wies den Beweisantrag zurück, in dem es seinen Inhalt für die Verhandlung als zutreffend unterstellte. In Bezug auf das Gesetz über den SFB stellte das Oberverwaltungsgericht fest, dass sich der Paragraph 2 des Gesetzes nur auf öffentlich-rechtliche Anstalten beziehe, weil beim Erlass des Gesetzes im Jahre 1953 und bei seiner Ergänzung im Jahre 1967 noch niemand an private Gesellschaften gedacht habe. Ebenso ließ das Gericht das Argument der FBT nicht gelten, dass das Land Berlin der Fernsehgesellschaft das Betreiben eines Fernsehsenders erlauben müsse, da sonst die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit nicht gewährleistet sei. Nach Meinung des Gerichtes bestehe zwar kein prinzipieller Unterschied zwischen Pressefreiheit und Rundfunkfreiheit, aber die Wege ihrer Realisation seien verschieden. Denn über die Zulassung von Rundfunkveranstaltern könnten nur die Länder auf dem Gesetzgebungsweg befinden. In Berlin gebe es aber nur ein Gesetz über den SFB.<sup>332</sup> Doch das Gericht hielt der FBT noch ein Hintertürchen offen: Wegen der im Prozess erörterten Fragen des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit ließ das Gericht die Revision an das Bundesverwaltungsgericht zu.<sup>333</sup>

Diese letzte Chance nahm die FBT auch wahr: Nach eingehender Analyse des schriftlichen Urteils empfahlen die FBT-Anwälte Arning und

---

<sup>331</sup> Schreiben von Arning an Schnare vom 29.7.1968, in dem er mitteilt, dass der Bundespostminister bekannt gegeben habe, dass er mit Wirkung vom 1.1.1970 an sowohl in Berlin als auch in der Bundesrepublik über eine Vielzahl von Frequenzen verfüge, die er für die Veranstaltung von Fernsehsendungen zur Verfügung stellen könne, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 44. Vgl. FUNK-Korrespondenz Nr. 15/16 vom 10.4.1969. Vgl. Montag, S. 159.

<sup>332</sup> FUNK-Korrespondenz Nr. 15/16 vom 10.4.1969, „Telegraf“ vom 2.4.1969, „Welt“ vom 2.4.1969, „Tagesspiegel“ vom 2.4.1969, „Süddeutsche Zeitung“ vom 3./4.4.1969, „Handelsblatt“ vom 3./4.4.1969, „Berliner Morgenpost“ vom 2.4.1969, „Aktueller Fernsehdienst“ vom 10.4.1969, „Kirche und Fernsehen“ vom 12.4.1969, Werbung im Rundfunk GmbH, Hinweisdienst Nr. 126 vom 7.7.1969, „Welt der Arbeit“ vom 8.8.1969, dpa-Meldung vom 1.4.1969, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 63.

<sup>333</sup> Ebenda.

Dr. Kull den Gesellschaftern, in die nächste Instanz zu gehen,<sup>334</sup> woraufhin die Gesellschafterversammlung der FBT am 19. Juni 1969 einstimmig beschloss, den Prozess gegen das Land Berlin fortzusetzen. Die Prozessvollmacht erhielt Dr. Kull.<sup>335</sup> Ferner einigte man sich darauf, dass die Anwalts- und Gerichtskosten<sup>336</sup> für die beiden ersten Instanzen, die sich durch die Heraufsetzung des Streitwerts erheblich erhöht hatten, entgegen früherer Beschlüsse aus FBT-Mitteln bezahlt werden.<sup>337</sup> Um die zu erwartenden hohen Kosten des dritten Verfahrens zu finanzieren, ließen Schnare und Scholz bei ihren Verleger-Kollegen den Klingelbeutel kreisen, was 10.500 Mark in die Prozesskasse spülte.<sup>338</sup>

Doch die Spendenfreudigkeit der anderen Zeitungsmacher zahlte sich letztendlich nicht aus: Am 10. Dezember 1971 lehnte das Bundesverwaltungsgericht als letzte Instanz die Revision ab. Das Gericht kam zu dem Schluss, dass es nicht gegen Artikel 5 des Grundgesetzes verstoße, wenn privatrechtliche Gesellschaften als Rundfunkveranstalter ausgeschlossen seien. Die Rundfunkfreiheit eröffne den Zugang zum Rundfunk nicht in der gleichen Weisen wie es bei der Presse der Fall sei. Während über das Medium Presse jeder seine Meinung frei äußern könne, lasse sich dies im Bereich des Rundfunks auf Grund des Mangels an Frequenzen nicht verwirklichen. Deshalb müssten im Rundfunk im Interesse des Schutzes der freien Meinungsbildung alle gesellschaftlich relevanten Kräfte zu Wort kommen, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Fernsehurteil bereits verlangt hatte.<sup>339</sup>

---

<sup>334</sup> Schreiben von Kull an Scholz vom 15.7.69: Memorandum mit den wichtigsten Gründen für die Notwendigkeit der Revision im FBT-Prozess, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 113. Schreiben von Arning an Schnare vom 27.9.69.

<sup>335</sup> Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 19.6.1969, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>336</sup> 18.470 und 25.969 Mark. Aus: Ebenda.

<sup>337</sup> Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 19.6.1969, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>338</sup> Merkel und Girardet spendeten je 5.000 Mark, Bechtle und Weidert (General-Anzeiger) je 1.000 Mark und Blume (Druckerei Mettcker & Sohn) 500 Mark. Aus: Schreiben von Scholz an Sonnenfeld vom 15.8.1969, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 44.

<sup>339</sup> Montag, S. 159. Urteilsschrift vom 10.12.71, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 44. Vgl. Aktenzeichen OVG III B 41.67. Vgl. ferner: „Media Perspektiven“ 9/79, S. 598-600; „Frankfurter Rundschau“ vom 13.12.1971; „Spandauer Volksblatt“ vom 11.12.1971; „Tagesspiegel“ vom 11.12.1971; dpa-Meldung vom 10.12.1971.



Nach Meinung des Bundesverfassungsgerichtes können auch dann private Anbieter nicht zugelassen werden, wenn so viele Frequenzen vorhanden wären, dass theoretisch alle gesellschaftlich relevanten Kräfte auch faktisch von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können. Dies würde aber nur dann der Fall sein, wenn diese Kräfte auch finanziell zur Ausnutzung der ihnen gebotenen Chance in der Lage wären. Doch diese Voraussetzungen waren nach Meinung des Gerichts zu der Zeit nicht erfüllt. Weder die Zahl der zur Verfügung stehenden Frequenzen noch die finanzielle Lage würde ein freies Spiel der Kräfte im Fernseh- und Rundfunkbereich ermöglichen. Selbst wenn – wie von der FBT behauptet – in Berlin sechs bis zehn weitere Programme ausgestrahlt werden könnten, würde dies nicht ausreichen, „um auch nur einen erheblichen Teil der gesellschaftlich relevanten Kräfte auf dem Gebiet der Kunst, der Erziehung, der Politik, des Glaubens, der Wissenschaft usw. das Betreiben einer eigenen Fernsehgesellschaft zu ermöglichen.“ Wenn sich also auch nach dem Fernsehurteil die Lage verbessert habe, so doch keineswegs in dem Maße, dass die seinerzeit in diesem Urteil ausgesprochenen Grundsätze durch die Entwicklung überholt seien.<sup>340</sup>

Das Gericht ging noch weiter: *„Die ausschließliche Finanzierung durch Werbesendungen würde die einseitige Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die werbenden Firmen, also durch Kreise der Industrie, des Handels und des Gewerbes zur Folge haben.“* Dies aber ließe sich mit dem im Grundgesetz verankerten Begriff der Informationsfreiheit in der Demokratie nicht vereinbaren. Zwar räumte das Gericht ein, dass der Landesgesetzgeber berechtigt sei, privaten Gesellschaften – natürlich unter der Voraussetzung, dass alle gesellschaftlich relevanten Kräfte zu Wort kommen - den Zugang zum Fernsehen zu erlauben, doch sei er nicht dazu verpflichtet.<sup>341</sup>

---

<sup>340</sup> Montag, S. 160. Urteilsschrift vom 10.12.71, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 44/24. Vgl. Aktenzeichen OVG III B 41.67. Vgl. ferner: „Media Perspektiven“ 9/79, S. 598-600; „Frankfurter Rundschau“ vom 13.12.1971; „Spandauer Volksblatt“ vom 11.12.1971; „Tagesspiegel“ vom 11.12.1971; dpa-Meldung vom 10.12.1971.

<sup>341</sup> Ebenda.

Das Bundesverwaltungsgericht fällte damit ein Urteil, dass durch seine Argumentation über den konkreten Fall hinaus Bedeutung erhielt. Es bestätigte ausdrücklich die Fortgeltung des Fernsehurteils und ging mit seinen Aussagen über dieses noch hinaus, da es nicht nur die mögliche, sondern auch die tatsächliche Nutzung des Rundfunks durch alle gesellschaftlich relevanten Gruppen forderte. Zudem meldete das Gericht Bedenken gegen die alleinige Finanzierung eines privaten Rundfunks durch Werbung an und sah darin die Gefahr einer einseitigen Abhängigkeit von den Werbetreibenden, d.h. das Gericht schraubte die Voraussetzungen für die Zulassung eines privaten Fernsehens noch höher als sie ohnehin schon waren. Insofern erlitt die FBT mit ihren langwierigen Prozess nicht nur selbst Schiffbruch, sondern leistete zudem ihren fernsehinteressierten Verlegerkollegen einen Bärendienst. Der evangelische Pressedienst (epd) sprach daher auch von einer „Katastrophe für die Privatfunk-Interessenten“.<sup>342</sup>

Mit dem Urteil vom 10. Dezember 1971 war der lange Weg der FBT durch die Instanzen beendet, da eine Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht zulässig gewesen wäre. Denn wie der Verfassungsrechtler Forsthoff den Gesellschaftern mitteilte, handelte es sich bei dem Urteil um ein „Musterbeispiel für eine Berliner Sache“, für die das Bundesverfassungsgericht keine Gerichtsbarkeit habe.<sup>343</sup>

---

<sup>342</sup> epd zitiert in: Montag, S. 160.

<sup>343</sup> Dies resultiert aus dem Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz vom 12.5.1949, wo es unter Nr. 4 heißt, dass Berlin nicht durch den Bund regiert werden darf. Dieser Vorbehalt erstreckte sich nach einhelliger Ansicht auch auf die Rechtssprechung (Schreiben von M. Forsthoff an FBT vom 7.12.1971, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 113).

### 3.3.3. Der Axel Springer Verlag macht sich selbst Konkurrenz:

#### Die Ullstein-AV nimmt der FBT ZDF-Aufträge weg

Das Leben der FBT-Führung wurde ab 1974 zusätzlich durch einen Verlag erschwert, von dem man bislang eigentlich nicht erwarten konnte, dass er der Berliner Fernsehgesellschaft Steine in den Weg legen würde: dem Axel Springer Verlag. Der Stolperstein trug den Namen Ullstein-AV Produktions- und Vertriebsgesellschaft mbH (UAV). Springer hatte diese Firma im Dezember 1969 gegründet, um nach seinen Fernsehpleiten ins Kassettenfernsehen-Geschäft einzusteigen. Dieses war seiner Meinung nach nicht minder gewinnträchtig als das kommerzielle Fernsehen. Ein weiterer Vorteil dieses neuen Geschäftsfeldes lag darin, dass es im Gegensatz zum TV nicht der Zuständigkeit der Ministerpräsidenten unterlag.<sup>344</sup> Laut Gottberg hatte sich Springers Fernsehkonzeption damals grundlegend geändert. Sein primäres Ziel war jetzt nicht mehr der Einstieg ins Fernsehen, sondern die Produktion von Programmen und deren Verkauf, wobei der Verleger sicherlich auch gerne an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verkauft hätte; sein Hauptinteresse lag jedoch im Bereich des Kassettenfernsehens.<sup>345</sup> Dem Springer-Konzern war die Sicherung von Produktionsmöglichkeiten für das Kassettenfernsehen so wichtig, dass er bereit war, schriftlich auf weitere Fernsehambitionen zu verzichten. In einem Brief an den Intendanten des NDR schrieb der Generalbevollmächtigte des Axel Springer Verlages 1970: *„Sehr geehrter Herr Schröder, ich darf Ihnen noch einmal meine mündliche Aussage hiermit schriftlich bestätigen, dass die Axel-Springer AG keine Initiative ergreifen wird zur Einführung eines privaten Fernsehens in Deutschland. Ich gebe diese Erklärung ab in Übereinstimmung mit dem Alleinaktionär der Axel Springer AG, Herrn Axel Springer, und in dessen Generalvollmacht. Mit besten Empfehlungen Ihr Christian Kracht.“*<sup>346</sup>

Doch ab 1974 änderte sich der Zweck der Ullstein-AV: Auf einmal drängte das Unternehmen auch auf den Markt der Fernsehproduzenten

---

<sup>344</sup> Von Gottberg, S. 358.

<sup>345</sup> Von Gottberg, S. 281.

und bescherte der FBT damit Konkurrenz aus eigenem Hause. Im Dezember 1974 sah dies noch ganz unbedenklich aus: Kurz nachdem der Ullstein-Vertreter in der FBT-Gesellschafterversammlung, Hans Jürgen Mesterharm, beim FBT-Mitgesellschafter Graphische Gesellschaft Grunewald (ehemals Telegraf) höflich angefragt hatte, ob Bedenken dagegen bestünden, wenn Ullstein-AV gelegentlich für das Fernsehen produziert<sup>347</sup>, gab Oscar Scholz, der 1971 nach dem Tod von Arno Scholz die Leitung der Graphischen Gesellschaft Grunewald übernommen hatten, sein Plazet: *„Es gilt als zugesichert, dass Interessenkollisionen gegenüber der FBT weitestgehend ausgeschlossen sind.“*<sup>348</sup>

In Wirklichkeit kollidierten die Interessen der FBT und der Ullstein-AV schneller als es Scholz lieb sein konnte: Nur drei Wochen nachdem Scholz der Fernsehtätigkeit der Ullstein-AV zugestimmt hatte, beschwerte sich Schnare beim Geschäftsführer der Ullstein GmbH, Hans Jürgen Mesterharm, vehement über die Aktivitäten der Ullstein-Tochter. Diese gefährdeten nämlich seinen Ausführungen zufolge auf einmal die ohnehin nur spärlich gesäten Aufträge der FBT beim ZDF: *„Nachdem es schwer genug war, in der vergangenen Zeit dem ZDF den Sachverhalt betreffend der Aktivitäten der UAV außerhalb des TV-Marktes darzulegen, versucht die UAV nun nach dem Zurückstellen ihrer eigentlichen Pläne sich ausgerechnet beim ZDF als das zu betätigen, was angeblich nie vorgesehen war“*, schrieb Schnare Mesterharm am 9. Januar 1975.<sup>349</sup> Schnares Schilderungen zufolge hatte Springer zuvor noch ausdrücklich betont, dass die UAV-Aktivitäten nicht in Schnares Ressort fielen, sondern „etwas ganz anderes“ seien. Schnares Meinung nach war dies glatt gelogen, da sich die Ullstein-AV in letzter Zeit – wie die FBT – um ZDF-

---

<sup>346</sup> Zitiert in: ebenda. Abschrift des Briefes in Spiegel-Archiv, Ordner FED 505 1970.

<sup>347</sup> Schreiben Mesterharms an Oscar Scholz vom 10.12.1974, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10. Mesterharm hielt sich dabei korrekt an Paragraph 13 des Gesellschaftervertrages, der festlegte, dass, wenn sich ein Gesellschafter an einem anderen Berliner Fernsehunternehmen beteiligt, die übrigen Gesellschafter diesem zustimmen müssen. Aus: Ebenda und Gesellschaftervertrag der FBT, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 1.

<sup>348</sup> Schreiben von Oscar Scholz an Mesterharm vom 13.12.1974, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>349</sup> Schreiben von Schnare an Mesterharm vom 9.1.1975, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

Aufträge bemüht habe. Schnare forderte den Axel Springer Verlag daher eindringlich auf, sich auf nur eine Fernsehgesellschaft zu beschränken, da die FBT im „Mehrfrontenkrieg“ in den eigenen Reihen „gerne ohne Störfeuer“ sei.<sup>350</sup>

Zudem kritisierte Schnare, dass sich die Ullstein-AV in Hausmitteilungen als Monopolhersteller für Springer-eigene Spots verkaufte, womit die Gesellschaft wiederholt in dem Revier der FBT wilderte. Daher forderte er, dass der Axel Springer Verlag alle Gliederungen des Hauses anweist, an keine fremden Produktionsfirmen mehr Aufträge zu erteilen, ohne vorher die FBT kontaktiert zu haben. Darüber hinaus forderte der FBT-Geschäftsführer, dass sich der Axel Springer Verlag mehr für die Berliner Fernsehgesellschaft, die er einst selbst mit gegründet hatte, einsetzt: *„Darüber hinaus wäre es sicher mehr als eine Überlegung wert, was unser Haus mit seinen Verbindungen für die FBT tun könnte“*.<sup>351</sup>

Mesterharm spielte das Problem herunter: *„Selbstverständlich bedeutet das Auftreten der UAV auf dem Fernsehmarkt rein theoretisch das Auftauchen eines weiteren Wettbewerbers. Andererseits wissen wir beide, dass – sowie die Dinge nun einmal liegen – dies sicher kein Problem für die FBT werden wird“*, teilte der Ullstein-Chef dem FBT-Geschäftsführer Schnare am 16. Juli 1975 lapidar mit.<sup>352</sup>

Der hausinterne Konkurrenzkampf setzte sich im Jahre 1976 weiter fort. Im Februar unterrichtete Schnare Mesterharm darüber, dass die Ullstein-AV den mühsam wiederaufgebauten Ruf der FBT beim ZDF wieder ruiniert habe. Die Folge seien neue Ressentiments gegen die FBT.<sup>353</sup>

Im März 1977 führte die Fernsehtätigkeit der Ullstein-AV dann dazu, dass das ZDF der FBT ihr Auftragsvolumen kürzte. Infolgedessen stopp-

---

<sup>350</sup> Ebenda.

<sup>351</sup> Ebenda.

<sup>352</sup> Schreiben von Mesterharm an Schnare vom 16.7.1975, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>353</sup> Schreiben von Schnare an Mesterharm vom 19.2.1976, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

te das ZDF die bereits angekurbelte Produktion eines Fernsehspiels. Die Begründung dafür lautete, dass der Axel Springer Verlag durch die Ullstein-AV schon Aufträge bekommen habe. Schnare versuchte daraufhin den ZDF-Verantwortlichen Schardt von der Hauptabteilung Programmplanung darüber aufzuklären, dass die FBT und die Ullstein-AV völlig verschiedene Firmen seien. Schardt war dies jedoch egal, er versprach aber, sich für die FBT einzusetzen.<sup>354</sup>

Im einem Gespräch mit Schnare zeigte sich der Generalbevollmächtigte Axel Springers, Dr. Heinrich Prinz Reus am 15. Juni 1977 verwundert über die von der Ullstein-AV verursachten Schwierigkeiten vom ZDF und versicherte Schnare, dass das ZDF der Ullstein-AV gar keine Aufträge erteilt habe. Die Ullstein-Tochter drehe zurzeit lediglich drei Kempowski-Filme, die das ZDF oder ein anderer Sender nach Fertigstellung kaufen könne.<sup>355</sup> Noch am selben Tag fand Schnare aber Gegenteiliges heraus: Der Chef der Ullstein-AV, Johannes Frank, erklärte Schnare, dass er zurzeit eine Musikproduktion für das ZDF und im nächsten Jahr dann die angekündigten Kempowski-Filme produziere – alles im Auftrag des ZDF und zu Festpreisen.<sup>356</sup>

So kam es, dass der FBT wegen des Kempowski-Auftrages der UAV 900.000 Mark von ihrem ZDF-Etat abgezogen wurde, da die Mainzer Anstalt angeordnet hatte, dass sich die Tochter- und Schwestergesellschaften des Springer-Konzerns einen Etat teilen müssen. Schnare sah dadurch die Existenz seiner Gesellschaft gefährdet: *„Für die Geschäftsführung der FBT wäre unvorstellbar, nach fast zwei Jahrzehnten finanziell und künstlerisch erfolgreicher Tätigkeit erleben zu müssen, dass die FBT weniger an den genügend schwierigen äußeren Umstände, als an der Verhaltensweise der Gesellschafter Schaden nehmen zu müssen“*.<sup>357</sup>

---

<sup>354</sup> Aktennotiz zu Telefongespräch von Schnare mit Schardt vom 10.3.1977, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>355</sup> Aktennotiz Schnares über Gespräch mit Dr. Prinz Heinrich Reus vom 15.7.1977, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>356</sup> Ebenda.

<sup>357</sup> Schreiben von Schnare an Mesterharm vom 1.8.1978, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

Ob und wie dieser Konflikt schließlich beigelegt wurde, kann nicht genau gesagt werden, da sich im Unternehmensarchiv des Axel Springer Verlags ab 1978 keine den Streit zwischen FBT und Ullstein-AV betreffende Korrespondenz befindet. Vermutlich wurde die Auseinandersetzung stillschweigend beendet, da Schnare und Scholz sonst sicherlich weitere harsche Beschwerdebriefe verfasst hätten, die dann auch aller Voraussicht nach ihren Weg in die Unternehmensakten gefunden hätten.

Auch darüber, ob die Aktivitäten der Ullstein-AV ein Indiz dafür sind, dass Springer nach dem verlorenen Fernsehprozess in Berlin die FBT einfach fallen ließ, kann nur spekuliert werden. Verwunderlich ist auf jeden Fall, dass der Axel Springer Verlag ausgerechnet den ehemaligen ZDF-Hauptabteilungsleiter Dr. Wolfgang Bruhn, der - wie in Kapitel 3.2.2. - beschrieben zu den Hauptwidersachern der FBT beim ZDF gehörte, mit der Leitung der Ullstein-AV beauftragte.<sup>358</sup> Eine Entscheidung, die die FBT eigentlich nur als offenen Affront verstehen konnte. Merkwürdigerweise findet sich aber in den Akten keine Beschwerde der FBT über diese Personalentscheidung.

---

<sup>358</sup> Von Gottberg, S. 358.

### 3.3.4. Produktionen und allgemeine Unternehmensentwicklung

Obwohl das ZDF weiterhin nur spärlich Aufträge erteilte, stand die FBT in ihrer dritten Phase der Unternehmensentwicklung von 1967 bis 1979 finanziell stets gut da. Lediglich im Jahr 1967 fiel die Bilanz mit einem Minus von 23.500 Mark negativ aus. Ansonsten verzeichnete die FBT immer Gewinne. Besonders erfolgreich waren die Geschäftsjahre 1970 bis 1973, in denen die FBT durchgehend sechsstellige Gewinne erwirtschaftete, nämlich 200.000 Mark in 1970, 150.000 Mark in 1971, 316.000 Mark in 1972 und 216.000 Mark in 1973. 1974 brach die Erfolgsbilanz abrupt ab: Nur 34.000 Mark blieben unterm Strich für Neuinvestitionen übrig. Im Folgejahr verdoppelte die FBT ihren Gewinn auf 67.000. 1976 blieb der Gewinn mit einem Plus von 86.000 Mark ungefähr konstant. 1977 verdoppelte sich dieser auf 170.000 Mark, um dann ein Jahr später wieder auf magere 46.775 Mark zu schrumpfen.<sup>359</sup> In der Zeit von 1970 bis 1978 wurden insgesamt 1,112 Millionen Mark des Gewinns an die Gesellschafter ausgeschüttet. Damit hatte sich für die

---

<sup>359</sup> Diese Angaben stammen aus folgenden Dokumenten:

- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 21.10.1968, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 14.7.1968, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Aktennotiz über Besprechung zwischen Scholz und Cawi vom 2.12.1968, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 4.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 8.9.1970, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 28.6.1971, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24.7.1972, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 14.6.1973, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 2.8.1974, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Bilanz zum 31.12.1974, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 72.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 27.8.1975, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 6.10.1976, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 17.5.1977, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10. Jahresabschluss vom 31.12.1978, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 7 und 8.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 16.10.1978, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 6.12.1979, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.



Gesellschafter die Kapitalanlage von 170.000 Mark innerhalb von sieben Jahren mehr als versechsfacht<sup>360</sup> - eine Bilanz, die sich insbesondere ob der widrigen Rahmenbedingungen durchaus sehen lassen konnte. Die Gewinne der Geschäftsjahre 1969-1971 wurden größtenteils wieder in die FBT investiert.<sup>361</sup>

Produziert wurden überwiegend Serien und Fernsehspiele für das Unterhaltungsprogramm des ZDF, welches nach und nach seine Auftragsblockade lockerte. Aber auch die öffentlich-rechtliche Anstalt Westdeutscher Rundfunk und der Axel Springer Verlag gehörten zu den Kunden der FBT.<sup>362</sup> Letzterer Auftraggeber sorgte aber im Jahre 1968 mehr für Verdruss als für Freude: Die Muttergesellschaft der FBT ließ nämlich des Öfteren Werbespots und Unternehmensfilme bei anderen Firmen produ-

---

<sup>360</sup> Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter Ullstein GmbH und Graphische Gesellschaft, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 65. Auflistung der Gewinnausschüttungen, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>361</sup> 1969 der gesamte Betrag von 2.485,66 Mark, 1970 von 201.241,44 Mark mit 92.000 Mark fast die Hälfte des Gewinns und 1971 die gesamte ausgeschüttete Summe von 120.000 plus 12.000 aus eigener Kasse. Entnommen aus:

- Internes Protokoll zur Gesellschafterversammlung vom 27.7.1971, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24.7.1972, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Internes Protokoll vom 24.7.1972, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.
- Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 8.9.1970, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>362</sup> Für die Jahre 1967 bis 1969 liegen keine Auflistungen der Produktionen vor. Danach wurden folgende Projekte realisiert: 1970: „Danke, Dr. Hirsch“, ZDF-Produktion „Dreißig Silberlinge“, „Keilerei in Gips“, „Startspringer“, „Anatomie einer Aufführung“, Kulturdokumentation „Vorhang auf – Bühnen in Berlin“, eine Kinderserie und vier kleinere Produktionen. 1971: „Spielen ist unsere Welt“, Werbespot „Lift und Rahmensport“ für die „Welt am Sonntag“, Unternehmensfilm „Axel Springer und sein Unternehmen zwischen Berlin und Israel“. 1972: „Die Promotionsfeier“, „Bad Schach“, „Denk mit“, „Meine Geschichte“, zwei Werbespots für die „Welt am Sonntag“. 1973: Werbespot für die „Welt am Sonntag“. 1974: „Die Haustiere“, Werbespot für die „Welt am Sonntag“. 1975: Fernsehspot für BFD, die ZDF-Kinderserie „Die verregneten Ferien“. 1976: die ZDF-Serie „Ein Mann kam im August (früher: „Das Böse kommt auf leisen Sohlen“). 1977: die ZDF-Serie „Heiter bis wolkig“. 1979: WDR-Produktion „Legen wir zusammen“. Produktionen über mehrere Jahre: „Mitten unter Deutschen“ (1973-74), die ZDF-Kinder- und Jugendserie „Gefährliche Streiche“ (1971-73), das ZDF-Fernsehspiel „Die lieben Haustiere“ (1973-75), das ZDF-Fernsehspiel „Zerfall einer Großfamilie“ (1973-74), das ZDF-Fernsehspiel „Der Haupttreffer“ (1974-76), das ZDF-Fernsehspiel „Kante“ (1976-77), die ZDF-Serie „Das kalte Herz“ (1977-78), das ZDF-Fernsehspiel „Die gütigen Augen des Herrn L.“ (1977-79). Alle Angaben aus: Inhaltsangabe Produktionsverträge Zweites Deutsches Fernsehen, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 11; Produktionen 1970 -1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59. Eine Übersicht aller FBT/FFB-Produktionen findet sich im Anhang dieser Arbeit unter Punkt 6.3.

zieren, was dazu führte, dass Schnare mehrere Beschwerdebriefe an den Axel Springer Verlag verfasste.<sup>363</sup>

Pro Jahr arbeitete die FBT an bis zu sechs Projekten. Die Zahl der fest Angestellten schwankte zwischen drei und fünf.<sup>364</sup> Die restlichen Mitarbeiter erhielten nur befristete Verträge oder wurden nur für einzelne Produktionen verpflichtet. Bei diesen wirkten durchschnittlich 30 Stabsmitglieder (Tonassistenten, Cutter, Aufnahmeleiter, Beleuchter, Techniker etc.) und 25 Darsteller mit. Die Kosten der einzelnen Produktionen lagen meistens zwischen 600.000 und 700.000 Mark.<sup>365</sup>

1978 verschlechterte sich die Auftragslage in Hinblick auf die ZDF-Fernsehspiele: Die Mainzer Anstalt reduzierte die Zahl der Auftragsproduktionen um 40 Prozent, so dass von 78 Projekten nur noch 29 von Fremdfirmen realisiert wurden. Und um diese 29 Aufträge bewarben sich neben der FBT 20 weitere Produktionsgesellschaften.<sup>366</sup> Neben den ZDF-Filmen produzierte die FBT vereinzelt auch Fernsehwerbespots für den Axel Springer Verlag.<sup>367</sup> Um beim ZDF noch mehr Aufträge zu ergattern, forderte Schnare die Verantwortlichen des FBT-Gesellschafters Graphische Gesellschaft Grunewald (ehemals Telegraf) mehrmals auf, ihre Beziehungen zu SPD-Spitzenpolitikern spielen zu lassen.<sup>368</sup> Die Graphische Gesellschaft Grunewald (GGG) befand sich nämlich im Besitz der Sozialdemokraten.

---

<sup>363</sup> Schreiben von Horst Schnare an Hans-Peter Scherrer vom 1.3.1968, in: ASV-UA, Bestand FFB/GBT, Akte 5. Schreiben von Horst Schnare an Peter Tamm und Hans-Peter Scherrer vom 19.3.1968, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 5.

<sup>364</sup> Auflistung der Arbeitsplätze mit vertraglicher Vereinbarung über 8-Stunden-Arbeitszeit vom 6.6.1978, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 72.

<sup>365</sup> Ebenda.

<sup>366</sup> Schreiben von Dr. Wolfgang Patzschke (ZDF) an Schnare vom 31.08.1976, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 11.

<sup>367</sup> Schreiben von Schnare an Landahl (Werbeabteilung der „Welt am Sonntag“) vom 10.4.1973. Schreiben von Dr. Kaufmann (Springer-Verlag, Abteilung unbekannt) an Schnare vom 2.8.1972, in: ASV-UA, Bestand Arning, Akte 72.

<sup>368</sup> Schreiben von Schnare an den Geschäftsführer der Graphischen Gesellschaft Grunewald, Günter Falk, vom 14.7.1977, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10. Schreiben von Schnare an Scholz vom 26.11.1974, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10. Im Mai 1977 musste Oscar Scholz sein Amt aus Gesundheitsgründen an Falk abgeben

Doch richteten die Kontaktleute des SPD-Verlags mehr Unheil bei der FBT an, als dass sie ihr nützten: In einem Schreiben an Ullstein-Chef Hans-Jürgen Mesterharm beklagt sich Schnare, dass die Sozialdemokraten die Fernsehgesellschaft mit ihren „Nicht-Aktionen sehr geschadet“ habe und den FBT-Geschäftsführer „mit Fehlsteuerungen beim ZDF beinahe unglaublich“ gemacht habe.<sup>369</sup> So kam es laut Schnare beispielsweise vor, dass von SPD-Politikern verbreitete Fehlinformationen die FBT beim ZDF diskreditierten,<sup>370</sup> dass sich Schnare zwei Mal beim stellvertretenden ZDF-Intendanten blamierte, weil die Graphische Gesellschaft nicht wie versprochen zuvor sondiert hatte<sup>371</sup> und dass ein SPD-Mitglied im ZDF-Fernsehrat nicht einmal wusste, dass seine eigene Partei an der FBT beteiligt war.<sup>372</sup> Zudem wurden Schnares Schreiben und Vorschläge an den GGG-Geschäftsführer Günter Falk, der im März 1977 die Nachfolge des aus Altersgründen ausgeschiedenen Scholz übernommen hatte,<sup>373</sup> nicht einmal beantwortet.<sup>374</sup> Infolgedessen fühlte sich Schnare schließlich im März 1978 von den FBT-Gesellschaftern im Stich gelassen: *„Unverständlich (...) bleibt mir und allen Eingeweihten, dass eine Firma mit zwei so einflussreichen Gesellschaftern diesen ihren großen Trumpf nicht ausspielt, und damit die FBT zu einem dauerhaft gesicherten, großen Produzenten des ZDF macht.“*<sup>375</sup>

Sechs Monate später starb Horst Schnare nach fast 20-jähriger Tätigkeit für die FBT. Bis zur Einstellung eines neuen Geschäftsführers übernahm Ullstein-Chef Hans Jürgen Mesterharm am 20. September kommissarisch

---

(Schreiben von Scholz an Schnare vom 11.5.1977, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10).

<sup>369</sup> Schreiben von Schnare an Mesterharm vom 1.3.1978, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>370</sup> Schreiben von Schnare an Scholz vom 13.3.1975, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>371</sup> Ebenda. Schreiben von Schnare an Scholz vom 26.11.1974, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10. Schreiben von Schnare an Scholz vom 26.11.1974, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>372</sup> Schreiben von Schnare an Mesterharm vom 1.3.1978, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>373</sup> Schreiben von Scholz an Schnare vom 11.5.1977, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>374</sup> Schreiben von Schnare an Mesterharm vom 1.3.1978, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>375</sup> Ebenda.

Schnares Amt.<sup>376</sup> Der Chef der Ullstein-AV, Johannes Frank, wurde als Kenner der deutschen Film- und Fernsehscene mit der Suche nach einem neuen Geschäftsführer beauftragt. Nachdem ihm mehrere Kandidaten nicht gefallen hatten, empfahl er den Gesellschaftern seinen Sohn Thomas J. Frank, der bis vor kurzem eine Münchner Produktionsfirma geleitet hatte und zufällig gerade zur Verfügung stand.<sup>377</sup> Daraufhin beschloss die Gesellschafterversammlung am 16. März 1979, Frank Junior mit der Leitung der FBT zu beauftragen.<sup>378</sup> Am 1. April trat dieser sein Amt an.<sup>379</sup>

### **3.4. Der Niedergang – Die FBT/FFB unter der Leitung von Thomas J. Frank 1979-1980**

#### **3.4.1. Die neue Firmenpolitik**

Der Amtsantritt Thomas Franks markierte eine deutliche Zäsur in der Unternehmensgeschichte der FBT. Denn der neue Geschäftsführer vollzog eine völlige Abkehr von der soliden und bescheidenen Geschäftspolitik Schnares, durch welche die FBT zwar nie zu Höhenflügen ansetzte, aber auch nie ernsthaft in ihrer Existenz gefährdet wurde. Franks Meinung nach lag die Zukunft der FBT in internationalen Koproduktionen, da das ZDF der FBT nach wie vor kein festes Kontingent an Aufträgen garantierte, so dass die FBT das volle Risiko bei der Entwicklung von Stoffen trage. Ganz anders sei dies bei Koproduktionen: *„Geteilte Entwicklungskosten, geteiltes Risiko, Einschränkung der Machtbefugnissen der Auftraggeber in kaufmännischer und künstlerische Sicht, Reduzierung der Kosten für den Einzelauftraggeber, internationale Reputation, Maximierung der Effektivität im kaufmännischen und künstlerischen Be-*

---

<sup>376</sup> Urkunde vom 22.09.1978 betr. Einsetzung Mesterharms als neuen Geschäftsführer, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6.

<sup>377</sup> Bericht über Liquidation, Dezember 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

<sup>378</sup> Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 16.3.1979, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 6.

<sup>379</sup> Hausmitteilung des Axel Springer Verlages vom 7.8.1979, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 8.

*reich, insbesondere in dem nunmehr Produzenten zustehenden ‚distributing- und merchandising-field‘, das hohe Renditen zusichert, und bisher von den Sendern relativ nutzlos als verbotenes Gebiet behandelt wurde“,* schrieb Frank Mesterharm am 11. November 1979 begeistert.<sup>380</sup> Zudem war Franks Meinung nach die Gewinnmarge bei den herkömmlichen Projekten nur noch sehr gering.<sup>381</sup>

Die Kosten für den geplanten Neuanfang bezifferte Frank auf rund 900.000 Mark, die die Gesellschafter dem FBT-Geschäftsführer auch bewilligten.<sup>382</sup>

Auf den ersten Blick sieht diese Änderung in der Firmenpolitik der FBT nach einer freien Entscheidung Franks aus. Tatsächlich hatte der neue FBT-Geschäftsführer aber gar keine andere Wahl, da das ZDF seine Aufträge an die FBT sofort nach dem Amtsantritt Franks einstellte, da dieser während seiner Tätigkeit für die Münchener Filmfirma TeleVision in einen Skandal beim ZDF verwickelt gewesen war.<sup>383</sup>

Neben der Geschäftspolitik änderte Frank auch den althergebrachten Namen der FBT. Aus der Fernsehgesellschaft Berliner Tageszeitungsverleger wurde am 5. Juni 1979 die „FFB - Film- und Fernsehgesellschaft mbH, Berlin“.<sup>384</sup>

---

<sup>380</sup> Schreiben von Frank an Mesterharm vom 22.11.1979, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 72 und 59.

<sup>381</sup> Ebenda.

<sup>382</sup> Schreiben von Mesterharm an Dr. Liesner vom 2.7.1979, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 64.

<sup>383</sup> Abschlussbericht über Vorgänge bei FFB, Januar 1981, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62. Revision der FFB, 13.10.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59. Näheres zu dem Skandal in Kapitel 3.4.2.

<sup>384</sup> „text intern“ vom 24.2.1969. Vgl. ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 64. Bescheinigung gemäß § 15 Absatz 1 der Gewerbeordnung vom 17.8.1979, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 9.

### 3.4.2. Produktionen

Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt, bestand die größte Herausforderung Franks darin, den Wegfall der ZDF-Aufträge, die bislang den Großteil der FBT-Produktionen ausgemacht hatten, zu kompensieren. Neben internationalen Koproduktionen bemühte sich der neue Geschäftsführer auch weiterhin um Inlandsaufträge. In der Zeit von April 1979 bis Juli 1980 bot er den öffentlich-rechtlichen Anstalten Bayerischer Rundfunk, Norddeutscher Rundfunk, Sender Freies Berlin und Saarländischer Rundfunk mehrfach die Dienste der Berliner Fernsehgesellschaft an.<sup>385</sup> Die Bilanz seiner eifrigen inländischen Bemühungen ist äußerst ernüchternd: Nur bei zwei von 15 ursprünglich geplanten Projekten<sup>386</sup> kam es letztendlich zu einem Vertragsabschluss, nämlich bei den Fernsehspielen „Legen wir zusammen“ für den WDR und „Pfuri, Gorps und Kniri“ für den Bayerischen Rundfunk<sup>387</sup> - und keines der beiden Projekte wurde von der FFB zu Ende produziert.<sup>388</sup> Denn nachdem sich im Juli 1980 ein Schuldenberg in Millionenhöhe – hauptsächlich verursacht durch die Vorkosten für die letztendlich nie zustande gekommenen In- und Auslandsprojekte<sup>389</sup> - aufgetürmt hatte, zogen die FFB-Gesellschafter die Notbremse und feuerten Frank. Zudem sahen sie keinen anderen Ausweg mehr, als die FFB zu liquidieren. Die Produktion „Pfuri, Gorps und Kniri“ wurde auf die Berliner Gesellschaft von Vietinghoff Filmproduktion mbH übertragen, wodurch die Verluste auf 200.000 Mark begrenzt wer-

---

<sup>385</sup> Die Korrespondenz mit den Sendeanstalten ist nachzulesen in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 13.

<sup>386</sup> Beurteilung der einzelnen Projekte, von Michael Holweg, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 58. Projektbezogene Kosten aus 1979. Stand 30.4.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 50. Vgl. Produktionsvorhaben, Stand Ende August 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59. Vgl. Anschluss an aktualisierte Projektplanung vom 11. September 1980, erstellt von Thomas Frank, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 56.

<sup>387</sup> Abschlußbericht über Vorgänge bei der FFB, Januar 1981, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

<sup>388</sup> Produktionsvorhaben, Stand Ende August 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59. Projektbezogene Kosten aus 1979. Stand 30.4.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 50. Anschluss an aktualisierte Projektplanung vom 11. September 1980, erstellt von Thomas Frank, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 56.

<sup>389</sup> Projektbezogene Kosten aus 1979. Stand 30.4.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 50. Vgl. Produktionsvorhaben, Stand Ende August 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59. Vgl. Anschluss an aktualisierte Projektplanung vom 11. September 1980, erstellt von Thomas Frank, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 56.

den konnten. Ein totaler Stopp der Produktion hätte weit höhere Kosten verursacht. Das Fernsehspiel „Legen wir zusammen“ wurde - ebenfalls mit Verlust - von der Ullstein-AV unter der Leitung von Thomas Franks Vater, Johannes Frank, zu Ende produziert.<sup>390</sup>

Auch auf dem ausländischen Fernsehmarkt agierte Frank mehr als glücklos. Ganz offensichtlich erlag er dem Trugschluss, dass es ein mittelständisches Unternehmen wie die FBT bzw. FFB mit amerikanischen Medienkonzernen aufnehmen könne. Insbesondere die Vorhaben, Fortsetzungen der Erfolgsserien „Flipper“ und „Lassie“ zu drehen, waren – wie sich letztendlich herausstellte - für die FFB eine Nummer zu groß. Allein die hierfür nötigen Vorkosten, die in die Millionen gingen, überstiegen ganz deutlich die finanziellen Möglichkeiten der Berliner Fernsehgesellschaft, die lediglich über ein Stammkapital von 170.000 Mark verfügte. Neben den Klassikern „Lassie“ und „Flipper“ versuchte Frank, den Fernsehfilm „Vodka Train“ zu produzieren. Doch auch dieses Projekt scheiterte. Insgesamt kosteten Franks Auslandsabenteuer auf dem Koproduktionssektor die FFB mehrere Hunderttausend Mark<sup>391</sup>, allein

---

<sup>390</sup> Revision der FFB, 13.10.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59.

<sup>391</sup> Siehe dazu:

- Korrespondenz mit KGT Film Corp. betr. „Vodka Train“, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 47.
- Korrespondenz betr. Flipper-Projekt, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 48.
- Rahmenvereinbarung über Zusammenarbeit zwischen FFB und K.S. Global Cine und Television GmbH, in: In: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 53.
- Vertrag über Gemeinschaftsproduktion der FFB und Ivan Tors Educational Media S.A. vom 17.3.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 53.
- Expose und technische Informationen zu „The Dolphin School“ (Flipper), in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 53.
- Korrespondenz mit der K.S. Global Cinie und Televisions GmbH & Co. CK betr. Zusammenarbeit mit der FFB, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 54.
- Coproduktionsvereinbarung zwischen Wrather Entertainment International (WIE) und der FFB betr. „Lassie“, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 55.
- Memorandum zur Vereinbarung zwischen WIE und FFB von 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 55.
- Entwurf zum Vertrag zwischen WEI und FFB vom Februar 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte Bestand FBT/FFB 55.
- Korrespondenz betr. Lassie- und Flipper-Produktionen, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 56. Korrespondenz und Filmbudget betr. Flipper-Projekt (1979-81), in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 58.
- Koproduktionsvereinbarung, Vertrag und Korrespondenz zwischen FFB und WIE betr. „Lassie“, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 58.
- Beurteilung der einzelnen Projekte durch Holweg (1981), in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Bestand FBT/FFB, Akte 58. Korrespondenz von 1980 betr. Finanzierung von Lassie- und Flipper-Projekte.

beim „Lassie“-Projekt verlor die Fernsehgesellschaft eine Viertelmillion Mark.<sup>392</sup> Zudem drohte der amerikanische Produktionspartner Wrather Entertainment International (WEI) mit einer Millionenklage, da die FFB nach Auffassung der WEI ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen war. Nur mit Mühe konnten die Gesellschafter einen Prozess verhindern.<sup>393</sup> In Bezug auf die Produktion „Vodka Train“ kam es zu einer Gerichtsverhandlung, bei der die Klage gegen die FFB aber abgewiesen wurde.<sup>394</sup>

Sehr viel realistischer waren dagegen die Auslandsprojekte in Venezuela, Saudi-Arabien, Brasilien, Kuwait und den Golf-Staaten, wo sich Frank durch die Unterstützung von Produktionen, den Aufbau von Kommunikationszentren sowie Schulungen von Fernsehkräften hohe Einnahmen erhoffte.<sup>395</sup> Doch auch diese Projekte scheiterten mit hohen Verlusten. Mitverantwortlich für diese Misserfolge waren die zum Teil äußerst dubiosen Berater Franks, die für viel Geld durch die Welt reisten und außer viel Papier nicht viel produzierten, so dass sich Frank letztendlich von ihnen trennte.<sup>396</sup>

---

Auf all diese Quellen bzw. auf die ausländischen Koproduktionen kann in dieser Arbeit nicht explizit eingegangen werden, da das Axel Springer Unternehmensarchiv eine Veröffentlichung der Details nicht gestattete. Gleiches gilt auch für die persönlichen Verfehlungen Franks, welche die Gesellschafter dem Geschäftsführer vorwarfen. Als Hauptgrund hierfür führte das Archiv die Persönlichkeitsrechte des noch lebenden Franks an. Um eventuellen Klagen von Thomas Frank vorzubeugen, verzichtet die vorliegende Arbeit daher ganz auf dieses Kapitel der Firmengeschichte, das insofern auch unerheblich für die Darstellung der Entwicklung der FBT/FFB ist, als die Verfehlungen Franks nicht maßgeblich zum Niedergang der FFB beitrugen - entscheidend war die katastrophale Geschäftspolitik Franks. Zudem gab das Unternehmensarchiv die Akten über die Liquidationsphase nur zu einem kleinen Teil zur Veröffentlichung frei.

<sup>392</sup> ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 55.

<sup>393</sup> Bericht über Liquidation, Dezember 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

<sup>394</sup> Zwischenbericht über Situation der in Liquidation befindlichen FFB, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 63. Der Liquidator der FFB, Michael Holweg, bezeichnete dieses Urteil als mehr als glücklich, da Frank schriftlich Zahlungsverpflichtungen eingegangen war.

<sup>395</sup> Zwischenbericht über Projektansätze in Saudi-Arabien, Golfstaaten, Venezuela und Brasilien von Helmut Hein vom 1.3.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 54. Beschreibung des derzeitigen Standes der Projektansätze in Saudi-Arabien, Kuwait, Venezuela und Brasilien vom 31.07.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 54. Die Korrespondenz zwischen Frank und den Beratern gab das Springer-Unternehmensarchiv zwar zur Einsicht frei, doch gestattete es sich nicht die Veröffentlichung von Details der Korrespondenz. In folgenden Unternehmensakten finden sich Dokumente zu den FFB-Beratern: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 18, 40, 42, 48, 50, 54 und 59.

<sup>396</sup> Ebenda.



### 3.4.3. Die Entlassung Franks

Die glück- und teilweise auch planlose<sup>397</sup> Geschäftspolitik Franks führte innerhalb kürzester Zeit dazu, dass die Fernsehgesellschaft, die unter Schnare nur sehr selten in die roten Zahlen gerutscht war und vielfach sogar beachtliche Gewinne erwirtschaftet hatte, immer höhere Verluste einfuhr. Nach Franks erstem Amtsjahr verbuchte die FBT ein Minus von 576.000 Mark. Die Verluste des Jahres 1980 wurden zunächst auf 1,132 Millionen Mark hoch gerechnet.<sup>398</sup> Letztendlich belief sich das Defizit der Firma auf 3,8 Millionen Mark<sup>399</sup>, so dass die Gesellschafter am 9. Juli 1980 keinen anderen Ausweg sahen, als den Hauptverantwortlichen für das finanzielle Desaster, Thomas Frank, zu entlassen<sup>400</sup> und die FFB zur Liquidation anzumelden. Zugleich wurde das Stammkapital um 30.000 Mark auf 200.000 Mark erhöht, vermutlich um die Kosten der Liquidation zu finanzieren. Mit der Abwicklung des Unternehmens wurde Franks Nachfolger als Geschäftsführer, Michael Holweg, beauftragt.<sup>401</sup>

Auf ein Konkursverfahren hatten die Gesellschafter zuvor verzichtet, weil sie um den guten Ruf der beteiligten Zeitungshäuser fürchteten. Bei diesem Entschluss dürfte auch mit hinein gespielt haben, dass sich zumindest ein Gesellschafter mitverantwortlich für den rapiden Niedergang der FFB fühlte: Günther Falk, Geschäftsführer der Konzentration GmbH, die zwischenzeitlich die Graphische Gesellschaft Grunewald und damit auch

---

<sup>397</sup> Bei der Untersuchung der Vorgänge in der FBT fand der Liquidator Holweg heraus, dass die meisten zeitlichen Planungen Frank absolut unrealistisch waren. So hätten beispielsweise bei einem Projekt die Filmteams zwei Monate lang an jeweils 22 Tagen rund um die Uhr drehen müssen (Revision der FFB, 13.10.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59). Zudem waren Franks Kosten- und Gewinnberechnungen laut Holweg meistens total unrealistisch (Beurteilung der einzelnen Projekte durch Holweg, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 58). Abschlußbericht und interne Ergänzungen über Vorgänge bei der FFB von Holweg 1981, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62. Bericht über die Liquidation der FFB vom Dez. 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

<sup>398</sup> Gegenüberstellung der Gewinn- und Verlustrechnungen 1970 bis 1979 vom 16.9.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59.

<sup>399</sup> Auskunft des Unternehmensarchivs des Axel Springer Verlags.

<sup>400</sup> Aufhebungsvertrag von Th. Frank vom 10.10.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59.

<sup>401</sup> Notarielle Bestätigung, dass die Gesellschaft liquidiert wird und Holweg Liquidator wird, 11.11.80, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 9. Vgl. „Tagesspiegel“ vom 15.10.1980.

die FBT-Anteile des Berliner Verlagshauses übernommen hatte, räumte ein, dass er sich aufgrund der befriedigenden Ergebnisse der letzten acht Jahre zu wenig um die Aufsicht der FFB gekümmert habe.<sup>402</sup> Angesichts der Tatsache, dass der Zeitraum, in dem Frank die Firma herunterwirtschaftete nur sehr kurz war und die meisten Negativzahlen erst gegen Ende der Amtszeit Franks ans Tageslicht kamen, müssen sich die Gesellschafter diesen Schuh aber nicht unbedingt anziehen. Vorzuwerfen ist ihnen allerdings, dass sie den Werdegang Franks vor dessen Einstellung nur sehr oberflächlich oder gar nicht überprüft hatten, womit das ganze Dilemma von vorn herein hätte verhindert werden können. Denn die FFB war nicht die erste Firma gewesen, die Frank in den Ruin gesteuert hatte: Als Geschäftsführer der TeleVideo Produktionsgesellschaft mbH hatte Frank - ähnlich wie bei der FFB - eine Fülle von Projekten mit großem Kostenaufwand begonnen, aber praktisch keines zum Erfolg gebracht. Nach dem Ausscheiden Frank musste diese Firma Konkurs anmelden. Der Schaden ging wie bei der FFB in die Millionen. Auch die Bavaria Musikstudios, die Frank zeitweise leitete, musste nach Franks Amtszeit geschlossen werden.<sup>403</sup> Außerdem war Frank in einen Prozess gegen die in Konkurs gegangene Firma des TeleVideo-Gesellschafters Meinel involviert.<sup>404</sup> In der Filmbranche hatte sich Frank durch seine unrühmliche Vergangenheit einen „ungewöhnlich schlechten Ruf“<sup>405</sup> und den Spitznamen „Pleiten-Frank“ eingehandelt.<sup>406</sup>

Während seiner TeleVideo-Zeit war Frank in einen Skandal beim ZDF verwickelt: Um den ZDF-Redakteur Dr. Willi Kowalk in „Laune und Auftragsstimmung“<sup>407</sup> zu halten, engagierte TeleVideo Kowalks Freundin, die SchauspielerIn Ingrid Fröhlich, für eine Fernsehproduktion und

---

<sup>402</sup> Revision der FFB, 13.10.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59. Mitteilung von Holweg und Dr. Wauschkuhn betr. Konkursantrag, in: AVA-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 63.

<sup>403</sup> Bericht über Liquidation, Dezember 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62. Abschlussbericht über Vorgänge bei FFB, Januar 1981, in ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

<sup>404</sup> Bericht über Liquidation, Dezember 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

<sup>405</sup> Revision der FFB, 13.10.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59.

<sup>406</sup> Abschlussbericht über Vorgänge bei FFB, Januar 1981, in ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

<sup>407</sup> „Gong“ 8/1979.

gewährte ihr finanzielle Vorteile von mehr als 120.000 Mark. Auch Kowalks Vorgesetzter, Dr. Tettenborn, kam in den Genuss von kleinen Gefälligkeiten der Münchener Produktionsfirma. Zudem geriet der ZDF-Verwaltungsrat Hans Scheele, dessen Sohn bei der TeleVideo als Rechtsberater tätig war, in den Verdacht, von TeleVideo bestochen worden zu sein.<sup>408</sup>

Die Berichte der Fernsehzeitschrift „Gong“ enthüllten neben dem ZDF-Skandal auch, dass Frank schon damals alles andere als ein tüchtiger Geschäftsmann war: Etliche Schecks der TeleVideo platzten, viele Mitarbeiter warteten auf ihr Geld, Drehbuchautoren klagten vor Gericht ihr Honorar ein, Dreharbeiten wurden nur mangelhaft vorbereitet, Sozialabgaben nicht überwiesen und Autorenverträge missachtet. Und trotz dieser finanziellen Schwierigkeiten begann Frank die Produktion des Fernsehspiels „Erben gesucht“, für welches Ingrid Fröhlich unter einem Pseudonym das Drehbuch geschrieben hatte. Die Regisseure Dieter Zeisberg und Charles Kerremans weigerten sich, den Stoff zu verfilmen, da dieser ihrer Meinung nach laienhaft und daher nicht sendefähig war. Der Film wurde erwartungsgemäß ein Fiasko und erschien nie auf dem Bildschirm.<sup>409</sup>

Obendrein hatte die FBT schon selbst schlechte Erfahrungen mit Frank gemacht, als dieser noch in München tätig war.<sup>410</sup> Aufgrund all dieser Vorgänge bezweifelte der FFB-Liquidator Holweg, dass die Berufung des FBT-Geschäftsführers mit der „notwendigen Sorgfalt“ vorgenommen wurde.<sup>411</sup> „Eine Prüfung des Werdegangs von Thomas Frank fand offenbar nicht statt“, konstatierte Holweg 1980 in einem Bericht über die Liquidation.<sup>412</sup>

---

<sup>408</sup> „Gong“ 6-8/1979. Die Artikel des „Gong“ und anderer Zeitungen über den Skandal finden sich im Anhang des Abschlussberichtes über Vorgänge bei FFB, Januar 1981, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

<sup>409</sup> Ebenda.

<sup>410</sup> Revision der FFB, 13.10.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59.

<sup>411</sup> Ebenda.

<sup>412</sup> Bericht über Liquidation, Dezember 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

### 3.5. Die Liquidation

Der Preis für den Verzicht auf ein Konkursverfahren war hoch: Die Gesellschafter mussten für einen Großteil der Verluste aufkommen und auf zahlreiche Darlehen an die FBT verzichten.<sup>413</sup> Auch die Deutsche Bank erließ der FFB einen Großteil ihrer Schulden.<sup>414</sup> Acht der fest angestellten FFB-Mitarbeiter wurden entlassen, drei Angestellte erhielten befristete Verträge für den Zeitraum der Firmenabwicklung.<sup>415</sup>

Im Mai 1982 bat der FFB-Liquidator Holweg um die Auflösung seines Arbeitsvertrages, da damals die Gefahr bestand, dass die amerikanischen Filmpartner die FFB auf Schadensersatz verklagen. Im Falle einer Niederlage vor Gericht hätte die FFB mehrere Millionen zahlen müssen, wodurch ein Konkursverfahren unausweichlich geworden wäre. Holweg wollte aber nicht mit einem Konkurs in Verbindung gebracht werden.<sup>416</sup> Außerdem war seiner Meinung nach ein Austausch des Liquidators auch aus taktischen Gründen gegenüber den amerikanischen Partner angebracht. Sein Nachfolger wurde am 5. Mai 1982 Dr. Harald Wauschkuhn.<sup>417</sup> Insgesamt dauerte es nach der Anmeldung zur Liquidation am 11. November 1980 noch fast sechs Jahre, bis die FFB vollständig abgewickelt worden war. Am 20. August 1986 war dieser Vorgang so weit

---

<sup>413</sup> Interne Ergänzungen zum Abschlußbericht über Liquidation der FFB, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62. Vereinbarung zwischen Deutscher Bank Berlin und FFB vom 6.11.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 63. Schreiben von Holweg an Tamm (Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Verlag AG) vom 6.11.1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59. Verzicht auf Geltungmachung eines Darlehens, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 10.

<sup>414</sup> Interne Ergänzungen zum Abschlußbericht über Liquidation der FFB, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62. Abschlußbericht über Vorgänge bei FFB, Januar 1982, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

<sup>415</sup> Abschlussbericht über Vorgänge bei FFB, Januar 1982, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 62.

<sup>416</sup> Zeugnis vom 25.06.1982 betr. Berufung Michael Holwegs zum Geschäftsführer der FFB und Beurteilung seiner Arbeit, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 64.

<sup>417</sup> Schreiben von Holweg an Mesterharm vom 29.4.1982, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 63. Gesellschafterbeschluss vom 5.5.1982, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 63 und Akte 10. Vgl. Zeugnis vom 25.06.1982 betr. Berufung Michael Holwegs zum Geschäftsführer der FFB und Beurteilung seiner Arbeit, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 64.

vorangeschritten, dass die Gesellschafter die Beendigung der Liquidation beschließen konnten.<sup>418</sup>

## **4. Schlussteil**

### **4.1. Zusammenfassung**

In der ersten Phase der Geschichte der FBT, die von Juni 1960 bis Oktober 1962 dauerte, war die FBT-Führung hauptsächlich damit beschäftigt, die Gesellschaft in personeller und technischer Hinsicht aufzubauen. Nur neun Monate nach ihrer Entstehung musste die FBT wegen des Konkurses des FBT-Gesellschafters Echo-Verlag umgegründet werden. Den Anteil des Echo-Verlages übernahm die FBT. Im November 1960 beschloss die Fernsehgesellschaft eine Kooperation mit der Freies Fernsehen GmbH (FFG), welche im Auftrag der Bundesregierung ein zweites Fernsehprogramm auf Bundesebene vorbereitete. Die FBT sollte als Landesstudio der FFG dienen. Doch die Zusammenarbeit wurde bereits drei Monate später durch das Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts beendet. Im Juni 1961 erhöhten die Gesellschafter das Stammkapital der FBT von 35.000 auf 515.000 Mark erhöht, um den Kauf von neuen Fernsehgerätschaften zu finanzieren.

Ihre ersten Aufträge erhielt die FBT vom Sender Freies Berlin in Form von technischen Dienstleistungen. Doch auch diese Kooperation währte nicht lange: Nach nur dreizehn Monaten stellte der SFB im Juni 1962 seine Aufträge an die FBT aus finanziellen Gründen ein. Bereits im Januar desselben Jahres hatte die FBT ihre enge Bindung an die Ullstein GmbH lösen können, in dem sie ihre Schulden zurückzahlte, die Bürgschaft der Gesellschafter ablöste und das Rechnungswesen selbst über-

---

<sup>418</sup> Gesellschafterbeschluss vom 20.08.1986 betr. Beendigung der Liquidation, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 67. Details über die Liquidation, deren Dokumente das ASV-UA nur zu einem kleinen Teil zur Veröffentlichung freigab, befinden sich in den Unternehmensakten 62-67 (ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akten 62-67).

nahm. Infolgedessen sah der Axel Springer Verlag seinen Einfluss in die Fernsehgesellschaft schwinden.

Die Zielsetzung der FBT musste in der Aufbauphase drei Mal herabgestuft werden: Nachdem klar geworden war, dass der Senat dem Antrag der FBT auf eine eigene Fernsehlizenz aller Voraussicht nach nicht zustimmen würde, bewarb sich die FBT beim ZDF als Berliner Landestudio, was das ZDF aber ablehnte. Danach bemühte sich die FBT in Mainz vergeblich darum, ein festes Kontingent an Aufträgen zu bekommen. Zum Schluss kam nur ein unverbindliches Kooperationsmodell mit dem ZDF heraus, das vorsah, dass sich die FBT für jeden Auftrag einzeln bewerben musste und die Verantwortung für die jeweiligen Produktionen allein beim ZDF lag. Die FBT musste sich also vorerst damit begnügen, nur als Produktionsgesellschaft tätig zu sein.

Der Berliner Senat verhielt sich in den Anfangsjahren gegenüber der FBT äußerst zwiespältig: Einerseits machte er keine Anstalten, den Lizenzantrag der FBT zu bewilligen, andererseits setzte er sich bei den Ministerpräsidenten der Länder für die Mitwirkung der FBT am ZDF ein, mit dem Erfolg, dass im Staatsvertrag über das Zweite Deutsche Fernsehen festgelegt wurde, dass Programme auch von freien Anbietern produziert werden dürfen.

In der zweiten Phase, die von 1962 bis 1966 dauerte, begann die FBT dann damit, Fernsehsendungen zu produzieren. Auftraggeber waren neben dem Hauptkunden ZDF das Auswärtige Amt und der Axel Springer Verlag. Produziert wurden hauptsächlich Serien und Fernsehspiele für das Unterhaltungs- und Kinderprogramm. Aber auch Dokumentationen über kulturelle und politische Ereignisse standen auf dem Drehplan der Berliner Fernsehgesellschaft.

Ab 1964 reduzierte das ZDF aufgrund der bundesweiten Verlegerkampagne gegen das öffentlich-rechtliche Fernsehen ihre Aufträge an die von Berliner Verlegern betriebene FBT, was die FBT als „Boykottpolitik“

auffasste. Die dadurch verursachten Einnahmeverluste konnte die FBT aber durch Produktionen für andere Auftraggeber sowie durch technische Dienstleistungen kompensieren, so dass die FBT auch in der zweiten Phase in keine ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten geriet. Ganz im Gegenteil: Die Gesellschaft konnte ihre Kredite zurückzahlen und zudem noch bescheidene Gewinne verzeichnen.

Einen herben Rückschlag musste die FBT in dieser Zeit aber in Hinsicht auf ihr Hauptziel, der Erlangung einer eigenen Fernsehlizenz, hinnehmen: Der Berliner Postsenator lehnte im März 1965 nach fast fünfjähriger Verzögerungstaktik den Antrag der FBT ab. Das Berliner Abgeordnetenhaus billigte die Haltung des Senats. Auch in der Auseinandersetzung mit dem SFB, dem die FBT ab Anfang 1965 in einer massiven Kampagne eine „Wettbewerbsverzerrung“ und einen „Vernichtungswettbewerb“ vorwarf, konnte die FBT nicht auf die Unterstützung der Berliner Politik zählen. Bei dieser Kampagne wurde die Strategie der bundesweiten Aktionen des Axel Springer Verlages und des BDZV gegen ARD und ZDF fast 1:1 umgesetzt.

Als Reaktion auf die mangelnde Unterstützung der Berliner Regierung setzte die FBT ab März 1966 auf volle Konfrontation mit dem Berliner Senat und reichte beim Berliner Verwaltungsgericht Klage gegen die Ablehnung des Lizenzantrages ein. Im April 1967 lehnten die Richter die Klage der FBT ab und leiteten damit das Zerbrechen der Verlegerallianz ein. Bereits Ende 1966 hatten die Verlage Der Abend, Tagesspiegel, Erich Lezinsky und Deutschland aus Protest gegen die expansiven Praktiken des Springer-Konzerns auf dem Berliner Zeitungsmarkt ihre Gesellschaftsanteile zum 31.12.1967 gekündigt. Diese Entscheidung wurde endgültig, als im August desselben Jahres herauskam, dass der Springer-Chefjustitiar Arning das ZDF hatte ausspionieren lassen und dass der FBT-Geschäftsführer Horst Schnare in diese Affäre verwickelt war. Die Gesellschafterverlage Der Abend, Tagesspiegel, Erich Lezinsky und Deutschland schieden daraufhin mit Wirkung vom 22. August 1967 aus der FBT aus. Von ursprünglich sieben Zeitungshäusern waren somit nur

noch zwei, nämlich die Ullstein GmbH und der Telegraf Verlag, in der FBT verblieben.

Der Austritt der vier Gesellschafter wirkte sich aber nicht negativ auf die Geschäfte der FBT aus. Vielmehr blühte die Gesellschaft in der mit dem Bruch der Verlegerallianz eingeleiteten dritten Phase, die von 1967 bis 1979 dauerte, zu einer erfolgreichen Produktionsfirma auf, die immer höhere Gewinne erwirtschaftete. Allein im Zeitraum von 1970 bis 1978 konnte die FBT die Kapitaleinlage ihrer beiden Gesellschafter mehr als versechsfachen. Produziert wurden hauptsächlich Serien und Fernsehspiele für das Unterhaltungsprogramm des ZDF, das nach und nach seine Auftragsblockade lockerte. Aber auch der Westdeutsche Rundfunk und der Axel Springer Verlag gehörten zu den Kunden der FBT. Um zu verhindern, dass die ausgeschiedenen Verlage zu einem ungünstigen Zeitpunkt wieder versuchen sollten, in die FBT einzutreten, benannten die Gesellschafter im Februar 1969 die FBT in „Fernsehgesellschaft Berliner Tageszeitungsverleger“ um.

Die Hoffnungen auf eine eigene Fernsehlizenz wurden in der dritten Unternehmensphase endgültig zerstört: Zunächst verlor die FBT im April 1969 den Berufungsprozess gegen das Land Berlin vor dem Berliner Obergerverwaltungsgericht, dann im Dezember 1971 die Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht. Da eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nicht zulässig gewesen wäre, musste die FBT an dieser Stelle den Weg durch die Instanzen beenden und sich endgültig damit abfinden, dass die FBT nicht mehr als eine Produktionsfirma sein konnte.

Einen weiteren Stein rollte der FBT ab 1974 erstaunlicherweise einer der beiden Gesellschafter in den Weg: Die von Axel Springer gegründete Produktionsfirma Ullstein-AV, die ursprünglich nur für das Kassettenfernsehen produzieren sollte, nahm der FBT zunehmend ZDF- und Springer-Aufträge weg. Auch der andere FBT-Gesellschafter, der Telegraf Verlag (später Graphische Gesellschaft Grunewald, dann Konzentration GmbH) war der FBT in dieser Phase keine große Hilfe: Die Bezie-



hungen des Verlages zu führenden SPD-Politikern, von denen sich die FBT mehr ZDF-Aufträge erhoffte, waren letztendlich eher hinderlich als förderlich. Ab 1978 verschlechterte sich die Auftragslage beim ZDF drastisch, da die Mainzer Anstalt den Anteil der Auftragsproduktionen stark herunter schraubte. Im selben Jahr verstarb der langjährige Geschäftsführer der FBT, Horst Schnare. Ullstein-Chef Hans-Jürgen Mesterharm übernahm bis zur Ernennung eines neuen Geschäftsführers kommissarisch Schnares Amt, welches dann am 1. April 1979 Thomas J. Frank antrat.

Mit Frank begann die vierte Phase in der Geschichte der FBT. Der neue Geschäftsführer krepelte die Geschäftspolitik der Gesellschaft völlig um: Da der Sohn des Ullstein-AV-Chefs Johannes Frank die Zukunft der FBT hauptsächlich in internationalen Koproduktionen sah, leierte er mehrere internationale Projekte an, die aber alle eine Nummer zu groß für die mittelständische FBT waren und sich nicht gerade durch eine besonders gute Planung auszeichneten, weshalb sie auch letztendlich mit großen Verlusten gestoppt werden mussten. Neben internationalen Koproduktionen plante Frank auch Auslandsprojekte, die darin bestehen sollten, dass die FBT in Fernsehentwicklungsländern wie Brasilien, Venezuela und Kuwait Unterstützung bei Fernsehproduktionen leistet, Kommunikationszentren aufbaut und Fernsehkräfte schult. Doch auch diese Vorhaben scheiterten.

Auf dem inländischen Fernsehmarkt agierte Frank ebenfalls mehr als unglücklich: Da das ZDF nach Franks Amtsantritt die Aufträge an die FBT aufgrund Franks vorheriger Verwicklung in einen Skandal beim ZDF während seiner Tätigkeit für eine Münchener Produktionsfirma völlig eingestellt hatte, musste sich der neue Geschäftsführer bei den anderen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten um Aufträge bemühen. Doch von ursprünglich 15 geplanten Projekten kamen nur zwei zustande. Letztendlich führte die glück- und teilweise auch planlose Geschäftspolitik zu Verlusten in Millionenhöhe, die die Gesellschafter dazu zwangen, Frank zu entlassen und die Gesellschaft, die Frank zwischenzeitlich in „FFB -

Film- und Fernsehgesellschaft Berlin mbH, Berlin“ umbenannt hatte, zu liquidieren. Als Liquidator wurde Michael Holweg benannt, der 1982 von Harald Wauschkuhn abgelöst wurde. Die Abwicklung der FFB dauerte noch bis 1986.

#### **4.2. Bewertung der Arbeit der FBT/FFB und Resümee**

Die Rahmenbedingungen, unter denen die FBT arbeiten musste, waren mehr als widrig: Die rechtliche und politische Lage verhinderte, dass die FBT eine Fernsehlizenz erhielt; das ZDF reduzierte zeitweise drastisch das Auftragsvolumen an die FBT, der Axel Springer Verlag legte der FBT mit der Ullstein-AV jahrelang Steine in den Weg, und der Telegraf Verlag (später Graphische Gesellschaft Grunewald, dann Konzentration GmbH), der ab 1967 neben dem Axel Springer Verlag einziger weiterer Gesellschafter war, ließ zeitweise die nötige Unterstützung vermissen.

Doch trotz all dieser Hindernisse konnte die FBT knapp zwanzig Jahre lang bestehen, ohne jemals ernsthaft in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten. Ganz im Gegenteil: Die Fernsehgesellschaft wirtschaftete sogar lange Zeit sehr erfolgreich, sowohl in finanzieller als auch produktions-technischer Hinsicht: In den 70-er Jahren warf die Gesellschaft – gemessen an ihrem Stammkapital – recht hohe Gewinne ab, und die Auftraggeber der FBT waren stets mit den Produktionen sehr zufrieden. Oft wurden diese als qualitativ hochwertig gelobt und bekamen hohe Einschaltquoten. Allein die Tatsache, dass das ZDF so lange an der FBT festhielt, ist wohl ein Zeichen dafür, dass die FBT gute Arbeit leistete. Zudem zeigte sich die Gesellschaft sehr flexibel: Mehrmals musste die FBT ihre Ausrichtung ändern, was ihr stets gut gelang.

Dass die Verlegerallianz 1967 zerbrach, ist hauptsächlich dem Axel Springer Verlag zuzuschreiben. Zwar spielte bei der Entscheidungsfindung der ausscheidenden Gesellschafter die Prozessniederlage auch eine Rolle, doch entscheidend war höchstwahrscheinlich, dass Axel Springer

versuchte, seine Mitgesellschafter vom Berliner Zeitungsmarkt zu verdrängen. Die ZDF-Spionage-Affäre war daher vermutlich nur der Anlass für einen möglichst theatralischen und moralisch begründeten Abgang. Zudem machte der Axel Springer Verlag der FBT ab 1974 unnötig das Leben schwer, als seine Tochtergesellschaft, die Ullstein-AV, der FBT Konkurrenz machte – eine Strategie, die ob der Schwierigkeiten, mit denen die Gesellschaft ohnehin zu kämpfen hatte, nur schwer nachvollziehbar ist.

In Bezug auf die angebliche Boykottpolitik des ZDF muss man der FBT ein gewisses Maß an Blauäugigkeit attestieren. Schließlich war es doch nur logisch, dass die Mainzer Anstalt ob der rüden Angriffe des BDZV nicht gut auf Zeitungsverleger im Allgemeinen und den Axel Springer Verlag im Besonderen zu sprechen war. Da das ZDF der FBT nie ein bestimmtes Kontingent an Aufträgen zugesichert hatte, hatte die FBT eigentlich keine Ansprüche anzumelden. Die Erwägung der Geschäftsführung, in diesem Zusammenhang rechtliche Schritte einzuleiten, wirken daher recht absurd.

Was den langwierigen Prozess gegen das Land Berlin betrifft, kann man der FBT einen hohen Grad an Mut, Entschlossenheit und Durchhaltevermögen bescheinigen. Die Gesellschaft leistete in diesem Zusammenhang in gewisser Weise Pionierarbeit für alle Bewerber um ein privates Fernsehen. Tragischerweise hatten ihre Bemühungen aber am Ende für alle privaten Fernsehplaner den gegenteiligen Effekt. Denn das Bundesverwaltungsgericht schraubte mit seinem Urteil die Anforderungen für ein kommerzielles Fernsehen noch höher als sie ohnehin schon waren und machten so den Zugang zum Fernsehen für lange Zeit so gut wie unmöglich.

Insgesamt lassen sich in der Geschichte der FBT folgende tief greifende Veränderungen feststellen: Die Ausrichtung der Firma änderte sich mehrmals, wobei der größte Bruch 1979 stattfand, als Frank auf einmal den Schwerpunkt der Gesellschaft auf internationale Koproduktionen und

weiteren Auslandprojekte verlegte. Zwischendurch wechselte die FBT vom Dienstleistungsanbieter zum Fernsehproduzenten. Später tendierte die FBT notgedrungen wieder mehr zu Dienstleistungen, da das ZDF seine Produktionsaufträge reduziert hatte. Gleich am Anfang musste die Gesellschaft ihre Pläne mehrmals ändern: Sowohl die Vorhaben, einen eigenen Fernsehsender zu gründen, als auch Berliner ZDF-Studio zu werden oder zumindest ein festes Kontingent an Aufträgen zu erhalten, scheiterten. Am Ende kam nur ein loses Kooperationsmodell mit dem ZDF heraus.

Ein großes Kontinuum in der Geschichte der FBT war das ZDF, denn die Mainzer Anstalt war von 1962 bis 1979 fast durchgängig Hauptauftraggeber der FBT. Mit ihr stieg und fiel die Gesellschaft. Als die Mainzer Anstalt 1979 wegen Franks Einstellung die Aufträge an die FBT stoppte, war dies der Anfang vom Ende der Gesellschaft. Eine weitere ständige Konstante war der Rechtsstreit mit dem Land Berlin, der sich über mehr als die Hälfte der Unternehmensgeschichte erstreckte. Meldungen und Gerüchte über die Gerichtsverfahren gehörten infolgedessen lange Zeit zum Alltag der FBT.

Das besonders tragische Moment in der Geschichte der FBT ist, dass die Gesellschaft ihr höchstes Ziel, nämlich einen eigenen Fernsehsender zu gründen, hätte erreichen können, wenn nicht Thomas J. Frank auf der Bildfläche erschienen wäre. Denn nur vier Jahre nachdem dieser die Gesellschaft in den Ruin getrieben hatte, wurde der Fernsehmarkt für private Anbieter geöffnet, und die FBT hätte in diesem Geschäft ob ihrer langen Erfahrung mit Sicherheit gute Chancen gehabt. In Bezug auf Franks katastrophale Geschäftspolitik kann man den Gesellschaftern weniger den Vorwurf machen, dass sie ihrer Aufsichtspflicht nicht genügend nachgekommen sind. Denn der Niedergang ging so schnell, dass kaum Zeit blieb, schnell genug zu reagieren, zumal viele Details über Franks Pläne erst ans Tageslicht kamen, als sie Firma finanziell schon am Boden lag. Doch was man den Gesellschaftern sicherlich ankreiden kann, ist, dass sie vor Franks Einstellung dessen Vorgeschichte nicht genügend

oder gar nicht geprüft und sich zu sehr auf die Empfehlungen seines Vaters verlassen haben.

Die Befürchtungen des FFB-Liquidators Holweg, dass die Abwicklung der FFB seiner Karriere schaden könnte, bewahrheiteten sich übrigens nicht. Ganz im Gegenteil: Dadurch, dass er die Liquidation der FFB erfolgreich einleitete und die Gesellschaft vor weiteren Schäden bewahrte, empfahl er sich für höhere Aufgaben beim Axel Springer Verlag, für den er noch bis Juli 2000 tätig war. Insofern kann man dem negativen Ende der FFB noch etwas Positives abgewinnen, nämlich dass es für Holweg das Sprungbrett für eine erfolgreiche Karriere beim Axel Springer Verlag war.

## **5. Literaturverzeichnis**

### **5.1. Quellen**

#### **5.1.1. Ungedruckte Quellen**

**Axel Springer Verlag**, Unternehmensarchiv (ASV-UA): Bestände FBT/FFB und Arning.

#### **Landesarchiv Berlin:**

B Rep 014 (Senator für Volksbildung): Nr. 2664-2667;

B Rep 002 (Senatskanzlei, Teilbestand: Senator für Bundesangelegenheiten, Dienststelle Berlin: Nr. 13750-13753 und 13760;

B Rep 002 (Senatskanzlei, Teilbestand: Presse- und Informationsamt): Nr. 7055;

**dpa-Meldungen** vom 27.4.1967, 1.4.1969 und 10.12.1971.

#### **5.1.2. Gedruckte Quellen**

Bericht der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk, Fernsehen und Film (Michel-Kommission). Bonn 28.9.1967. Bundesdrucksache V/2120

Günther(Presse-)Kommission: Schlußbericht der Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit der BRD. BT-Drucksache V/3122. Bonn, 3.7.1968.

## 5.2. Darstellungen

Acksteiner, Friedhelm: Der ständige Griff der CDU nach Rundfunk und Fernsehen in der BRD. In: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks. Jg. 15/1981, Nr. 2, S. 5-37.

Appelius, Stefan: Heine: Die SPD und der lange Weg zur Macht. 1. Auflage. Essen 1999.

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Rundfunkanstalten und Tageszeitungen. Eine Materialsammlung. Dokumentation Bd. 1, Tatsachen und Meinungen. Frankfurt/M 1965.

Arndt, Helmut: Die Konzentration in der Presse und die Problematik des Verlegerfernsehens. Frankfurt/Main – Berlin 1967.

Auermann, Jörg/Scharf, Wilfried/Schlie, Otto: Hörfunk für die Demokratie. Opladen 1982.

Bausch, Hans: Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945-1962. München 1980 (Rundfunk in Deutschland, Bd. 3).

Ders.: Rundfunkpolitik nach 1945. Zweiter Teil: 1963-80. München 1980 (Rundfunk in Deutschland, Bd. 4).

Ders.: Rundfunkanstalten und Zeitungsverleger. Eine medienpolitische Chronik. Media Perspektiven 1979, Nr. 9, S. 593-600.

Bleicher, Joan: Deutsches Fernsehen im Wandel. Siegen 1993.

Brandt, Willy: Erinnerungen. Berlin 1989.

Bundesverband deutscher Zeitungsverlegerverbände (Hrsg.): Presse und Fernsehen. Bonn/Bad Godesberg Juni 1963.

Ders.: Pressefreiheit und Fernsehmonopol. Beiträge zur Frage der Wettbewerbsverzerrung zwischen den publizistischen Mitteln. Bad Godesberg 1964.

Ders.: Stellungnahme des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverlegerverbände zum Bericht der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk, Fernsehen und Film. Bad Godesberg 1967.

Ders.: Stellungnahme zu der Schrift von H.J. Reinowski „Hörfunk, Fernsehen, Tagespresse“. Bad Godesberg 1965.

Ders.: Verlegerverbände gegen Wirtschaftswerbung des Rundfunks und Fernsehens, in: Fernsehen. Illustrierte Monatshefte für Fernsehfreunde, Nr. 8, August 1956.

Ders.: Zeitungsverleger fordern Zugang zum Fernsehen, in: ZVZV (Der Zeitungs- und Zeitschriften-Verlag), Nr. 50, 11.12.1964, S. 2197-3000.

Ders.: Vorschlag des BDZV zur Übernahme der Programmherstellung der Deutschen Zeitungsverleger, in: Hinweisdienst der Werbung im Rundfunk GmbH Nr. 17, vom 4.12.1964.

Bundeszentrale für politische Bildung: Privat-kommerzieller Rundfunk in Deutschland: Entwicklungen, Forderungen, Folgen. Bonn 1992.

Bussmann, Kurt: Die Beziehungen der Rundfunkanstalten zu den Zeitungsverlagen unter der Sicht des Wettbewerbsrechts. Frankfurt/M. - Berlin 1965 (Beiträge zum Rundfunkrecht, H. 3).

Fröhler, Ludwig: Werbefernsehen und Pressefreiheit. Frankfurt/M - Berlin 1965 (Beiträge zum Rundfunkrecht, Heft 4).



Gerz, Bernhard: Schach auch dem Springer. Die betrübliche Entwicklung im Deutschen Zeitungsverlegerverband als warnendes Beispiel, in: junge wirtschaft 1965, Nr. 2, abgedruckt in: Rundfunkanstalten und Tageszeitungen. Eine Materialsammlung. Dokumentation 1. Tatsachen und Meinungen. Frankfurt/Main 1965, S. 222-226.

Gottberg, Harald von: Initiativen zur Errichtung kommerziellen Rundfunks. Berlin 1979 (Hochschul-Skripten Medien).

Groß, Ralf: Zur Zulässigkeit eines bundesgesetzlichen Verbots der Werbesendungen in Funk und Fernsehen, in: Die öffentliche Verwaltung, 1965, S. 433-446.

Hickethier, Knut: Geschichte des deutschen Fernsehens. Stuttgart 1998.

Hickethier, Knut/ Kreuzer, Helmut: Institution, Technik und Programm: Rahmenaspekte der Programmgeschichte des Fernsehens. München 1993 (Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Helmut Kreuzer und Christian W. Thomsen, Bd. 1).

Jurk, Michael: Die Berliner Verlegerfernsehgesellschaft (1960-1980). Ein Aktenbestand, in: Rundfunk und Geschichte 22 (1996), S. 266-267.

Keller-May, Matthias: Was dem BDZV in 25 Jahren zum Rundfunk eingefallen ist, in: Medium 3/87, S. 63-66.

Kruip, Gudrun: Das „Welt“-„Bild“ des Axel-Springer-Verlags: Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen. München 1999.

Lohmeyer, Henno: Springer. Ein deutsches Imperium. Berlin 1992.

Merkel, Joseph: Anmerkungen zum Rundfunkwesen. Eine Auswahl aus

zwölf Jahren, 1952-1964. Nürnberg 1965.

Mittas, Wolfgang: Rundfunk und Presse im Wettbewerb, in: Mitteilungen Rundfunk und Geschichte, Jg. 11 (1985), H. 1, S. 42-49.

Montag, Helga: Privat- oder öffentlich-rechtlicher Rundfunk? Initiativen für einen privaten Rundfunk in der BRD. Berlin 1978 (Rundfunkforschung, Bd. 6).

Müller, Hans-Dieter: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. München 1968.

Naeher, Gerhard: Axel Springer: Mensch, Macht, Mythos. Erlangen 1991.

Radtke, Michael: Außer Kontrolle. Die Medienmacht des Leo Kirch. München/Bern 1994.

Reinowski, Hans J.: Hörfunk, Fernsehen, Tagespresse. Eine Darstellung aus hessischer Sicht. Darmstadt 1965.

Ders.: Ein Sprung ins Ungewisse. Darmstädter Echo vom 12.3.1965, in: Rundfunkanstalten und Tageszeitungen, Bd. 1, S. 297-298.

Roegel, Otto B.: Presse-Reform und Fernseh-Streit. Gütersloh 1965.

Rundfunkpolitische Kontroversen. Zum 80. Geburtstag von Fritz Eberhard. Frankfurt/Main - Köln 1976.

Schwinkowsky, Anton: Denkschrift zur Frage der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Kiel 1964.

Schuetz, Walter J. (Hg.): Medienpolitik: Dokumentation der Kommunikationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990. Konstanz 1999 (Schriften der Deutschen Gesellschaft für COMNET, 8).

Sender Freies Berlin: Stellungnahme zu den Angriffen der Berliner Zeitungsverleger gegen das Werbefernsehen. Berlin 1967.

Springer, Axel: Fernsehen und Tageszeitung, in: Festschrift für Anton Betz (hrsg. von K. Bringmann). Düsseldorf 1963, S. 141-151.

Ders.: Presse und Fernsehen. Rede auf der Jahreshauptversammlung des BDZV 1961, in: Festschrift für Anton Betz (hrsg. von K. Bringmann). Düsseldorf 1963, S. 99-108.

Ders.: Ehe es zu spät ist...! In: Eckert, Gerhard/Niehus, Fritz: 10 Jahre Fernsehen in Deutschland. Frankfurt/M 1963, S. 97ff.

Ders.: Aus Sorge um Deutschland: Zeugnisse eines engagierten Berliners. Stuttgart 1980.

Steinmetz, Rüdiger: Freies Fernsehen. Das erste privat-kommerzielle Fernsehprogramm in Deutschland. Konstanz 1996 (Freies Fernsehen, Bd. 18).

Verein der Berliner Zeitungsverleger e.V. (Hrsg.): Sender Freies Berlin bedroht Berliner Zeitungen. Berlin Juni 1967.

Wilke, Jürgen: Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1999 (Schriftenreihe Bundeszentrale für Politische Bildung).

Zehner, Günther: Der Fernsehstreit vor dem Bundesverfassungsgericht. Karlsruhe 1965, 2 Bände.

### **5.3. Zeitungen und Zeitschriften**

#### **Zeitschriften:**

„Aktueller Fernsehdienst“ vom 10.4.1969 und 24.4.1970.

„ff-press“ vom 2.11.1961, Nr. 13 vom 17.2.64, Nr. 9 vom 12.3.1964.

FUNK-Korrespondenz: Nr. 34-35 vom 24.8.1967; Nr. 15/16 vom 10.4.1969.

Hinweisdienst der Werbung im Rundfunk GmbH Nr. 17, vom 4.12.1964.

Der Journalist, Jg. 14, Okt. 1965.

„Kirche und Fernsehen“ vom 12.4.1969.

„Media Perspektiven“ 9/79.

Medium. Jg. 17/1987, Nr. 3.

Rundfunk und Fernsehen: 1961: 1/59; 1962: 1/46; 1963: 2/129; 1965: 4/343; 1966: 2/121; 1967: 2/171; 1968: 4/398; 1969: 3/279; 1984: 32/289.

„Der Spiegel“: 28/1961, 42/1964, 6/1965, 44/1967, 45/1967, 46/1967, 42/1964; 24.3.1965; 40/1967, 43/1967, 32/1968, 38/1967, 7.8.67, 33/1967, 28/1961, 36/1967.

„text intern“ vom 24.2.1969.

Vorgänge: Jg. 19/1980, Nr. 3 (45).

Werbung im Rundfunk GmbH, Hinweisdienst Nr. 126 vom 7.7.1969.

ZVZV, Hefte 19/1963, 4/1965, 45/1964, 12/1965.

### **Zeitungen:**

„Berliner Morgenpost“ vom 28.4.1967, 2.4.1969.

„Bild“-Zeitung: 5.3.62, 16.5.63, 18.7.63.

„BZ“ vom 28.8.67.

„Frankfurter Rundschau“ vom 28.1.1965, 13.12.1971.

„Handelsblatt“ vom 3./4.4.1969.

„Nachtdepesche“ vom 25.8.1967.

„Spandauer Volksblatt“ vom 11.12.1971.

„Süddeutsche Zeitung“ vom 3./4.4.1969.

„Tagesspiegel“ vom 28.4.1967, 26.8.1967, 2.4.1969, 11.12.1971,  
15.10.1980.

„Telegraf“: 25.8.1962, 28.4.1967, 2.4.1969, 27.8.67.

„Welt“ vom 25.8.1967, 28.8.67, 28.4.1967, 2.4.1969.

„Welt der Arbeit“ vom 8.8.1969.

„Die Zeit“: 18.8.1967, 31.8.1967.

### **Bibliographien:**

WDR Köln: Rundfunkgeschichte. Ein Literaturverzeichnis. Supplement.  
Köln 1989.

## 6. Anhang

### 6.1. Zeittafel

19.09.57	Oberlandesgericht München spricht öffentlich-rechtlichen Anstalten das Recht zu, Werbesendungen auszustrahlen
05.12.58	Gründung der Freies Fernsehen GmbH (FFG) durch den Papierindustriellen Reinhold Krause und den Nürnberger Verleger Heinrich G. Merkel
30.12.59	Das Bundespresse- und Informationsamt erteilt der FFG den Auftrag zur Erstellung eines zweiten Fernsehprogramms
27.06.60	Gründung der Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungsverleger (FBT) durch die Verlage Der Abend („Der Abend“), Tagesspiegel („Tagesspiegel“), Telegraf („Telegraf“ und „Nacht-Depesche“), Ullstein („BZ“ und „Berliner Morgenpost“), Deutschland Verlag („Der Kurier“ und „Der Tag“) Echo (Berliner FDP-Zeitung „Berliner Montags-Echo“) und Erich Lezinsky („Spandauer Volksblatt“)
28.06.60	FBT stellt Antrag auf Fernsehlizenz
18.11.60	Vertrag zwischen Freies Fernsehen GmbH (FFG) und FBT, der Zusammenarbeit der Gesellschaften regelt
28.02.61	Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts
06.06.61	Ministerpräsidenten der Länder unterzeichnen Staatsvertrag über das ZDF
15.06.61	Beginn der Tätigkeit für den SFB in Form von technischen Dienstleistungen
28.06.61- 27.09.67	BDZV-Kampagne für ein Verlegerfernsehen
03.07.61	Der Echo-Verlag scheidet wegen Konkurs aus der FBT aus
	Umgründung der Gesellschaft wegen Konkurs des Echo-Verlages
06.09.61	Erhöhung des FBT-Stammkapitals auf 515.000 Mark
28.12.61	FBT bewirbt sich bei Fernsehkommission der Ministerpräsidenten der Bundesländer als Studio Berlin für das ZDF
01.03.63	Das ZDF geht auf Sendung
Mai 1963	Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) nimmt Axel Springer ins Präsidium auf
Anfang 1964	Beginn der „Boykottpolitik“ des ZDF
September 1964	Gründung der Abteilung für Elektronische Publikationsmittel
29.04.64	Bundestag setzt Michel-Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbssituation zwischen Presse und Rundfunk ein
27.11.64	BDZV unterbreitet Ministerpräsidenten der Länder Vorschlag zur Übernahme der Programmherstellung des ZDF durch eine Gesellschaft der Deutschen Zeitungsverleger
15.01.65	Ministerpräsidenten der Länder lehnen BDZV-Vorschlag zur Übernahme des ZDF ab
Januar 1965	Beginn der FBT-Kampagne gegen den SFB
Februar 1965	Der vom Abgeordnetenhaus beschlossene Senatsbericht verneint eine Wettbewerbsverzerrung zwischen dem SFB und den Berliner Zeitungen
März 1965	Beginn der Anzeigenaktion der Berliner Tageszeitungen gegen den SFB, darauf Abbruch der Geschäftsbeziehungen zwischen FBT und SFB
02.03.65	Berliner Postsenator lehnt Lizenzantrag ab
08.03.65	Gruppe um Blumenfeld und Martin bringen im Bundestag Gesetz ein, dass öffentlich-rechtlichen Anstalten Werbesendungen verbieten soll
1965-68	Misslungener Versuch, TV-Sender in Liechtenstein zu gründen
03.03.66	Klage vor Berliner Verwaltungsgericht gegen Land Berlin und Bundespost
27.04.67	Verwaltungsgericht Berlin lehnt FBT-Klage gegen das Land Berlin ab
15.06.67	Gründung der Presse-Rundfunk AG im Saarland, die TV-Sender im Saarland gründen will.
	1970 tritt Springer seinen Anteil an Merkel ab, als sich Konzessionierung des Senders hinauszögert
August 1967	ZDF-Spionage-Affäre, in diesem Zusammenhang Beurlaubung des FBT-Geschäftsführers Schnare wegen ZDF-„Spionage“-Affäre
21.08.67	Aufhebung der Beurlaubung Schnares
22.08.67	Abend Verlag, Tagesspiegel Verlag, Deutschland Verlag und Erich Lezinsky Verlag verlassen die FBT
01.09.67	Schnare wird wieder mit allen Rechten und Pflichten als Geschäftsführer eingesetzt
27.09.67	Veröffentlichung des Hauptberichts der Michel-Kommission. Ergebnis: Keine Wettbewerbsverzerrung zwischen Rundfunk und Presse

## Zeitungsverleger-Fernsehen in West-Berlin von 1960 bis 1986

Oktober 67	Springer beruft Arning als Bevollmächtigter der Abteilung für Elektronische Publikationsmittel ab, Nachfolger wird Ernst Cramer
Oktober 67	„Der Spiegel“ entlarvt NDR-Verwaltungsrats-Mitglied und Verlegerfernsehen-Befürworter im Bundestag Dr. Arthur Schwinkowski als Springer-Berater
01.01.68	Der Telegraf Verlag wird von der Graphische Gesellschaft Grunewald übernommen (GGG)
30.04.68	Michel-Kommission veröffentlicht Sonderbericht über die Wettbewerbsbeschränkungen zwischen Presse und Rundfunk in Berlin
21.10.68	Beschluss der Gesellschafter über Herabsetzung des Stammkapitals um 345.000 auf 170.000 DM.
24.02.69	Umbenennung der Fernsehgesellschaft der Berliner Tageszeitungsverleger in Fernsehgesellschaft Berliner Tageszeitungsverleger
01.04.69	Oberverwaltungsgericht lehnt Berufung des Urteils des Verwaltungsgerichts ab
20.06.69	Beginn der Revision des FBT-Prozesses beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin
Dez. 69	Gründung der Ullstein-AV Produktions- und Vertriebsgesellschaft mbH
30.07.71	Tod des Geschäftsführers der Graphischen Gesellschaft, Arno Scholz. Oscar Scholz wird sein Nachfolger
10.12.71	FBT verliert Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht
März 1977	Oscar Scholz scheidet aus gesundheitlichen Gründen aus der GGG aus. Günter Falk wird neuer Geschäftsführer der GGG und Gesellschaftsvertreter in der FBT-Gesellschafterversammlung
01.09.78	Tod des FBT-Geschäftsführers Horst Schnare
20.09.78	Hans Jürgen Mesterharm übernimmt das Amt des FBT-Geschäftsführers kommissarisch
01.04.79	Thomas J. Frank wird Geschäftsführer der FBT
05.06.79	Umbenennung der FBT in „FFB - Film und Fernsehgesellschaft mbH, Berlin“
09.07.80	Gesellschafterversammlung beschließt Kapitalerhöhung um 30.000 Mark auf 200.000 Mark; Frank wird als Geschäftsführer durch Holweg abgelöst.
September 1980	Gesellschafterversammlung beschließt Liquidation der FFB
11.11.80	Anmeldung zur Liquidation
05.12.80	Die FBT ist offiziell aufgelöst
05.05.82	Rechtsanwalt Dr. Harald Wauschkuhn löst Holweg als Liquidator der FFB ab
1984	Gründung der Aktuell Presse-Fernsehen Gesellschaft (APF) durch 139 Verlage, darunter auch Springer (35 Prozent der Anteile). APF legt Grundstein für SAT.1-Gründung
01.01.85	SAT.1 geht auf Sendung
22.09.85	Axel Springer verstirbt im Alter von 73 Jahren in Berlin
20.08.86	FFB-Gesellschafter beschließen Beendigung der Liquidation
01.04.87	Rundfunkstaatsvertrag tritt in Kraft

## 6.2. Personenregister

Dr. Hermann Ferdinand Arning	Chefjustitiar und Fernsehbeauftragter des Axel Springer Verlages, Leiter der Abteilung für Elektronische Publikationsmittel 1965 bis 67
Anton Betz	BDZV-Präsident
Oskar Bezold	FBT-Gesellschafter der Ullstein GmbH, 1958-60 „Welt“-Chefredakteur, Verlagsdirektor Zeitungen bei Ullstein
Hans Bluhm	Chefredakteur der „HÖR ZU“
Dr. Wolfgang Brobeil	Leiter der ZDF-Hauptabteilung Kultur und stellvertretender Programmdirektor
Dr. Wolfgang Bruhn	Hauptabteilungsleiter Dokumentarspiel des ZDF, angeblicher Hauptwidersacher der FBT beim ZDF, ab Dezember 1969 Leiter der Ullstein-AV
Ernst Cramer	Leiter der Abteilung für Elektronische Publikationsmittel ab Oktober 1967, FBT-Gesellschaftsvertreter ab 24.12.68 (übernimmt beide Ämter von Arning)
Günther Falk	Geschäftsführer der Graphischen Gesellschaft ab 1977
Johannes Frank	Chef der Ullstein-AV ab Mai 1977
Thomas J. Frank	FBT-Geschäftsführer von April 1979 bis September 1980
Ulrich Grahmann	Programmdirektor des ZDF
Hermann Höhn	Leiter der ZDF-Hauptabteilung Produktion
Michael Holweg	Geschäftsführer und Liquidator der FFB 1980-82
Prof. Dr. Karl Holzamer	ZDF-Intendant 1962
Harald Ingensand	Stellvertretender ZDF-Intendant und ZDF-Verwaltungsdirektor 1974
Herbert Koch	SFB, Abteilung Direktion
Dr. Günther Klein	Senator für Post und Fernmeldewesen 1960
Christian Kracht	Generalbevollmächtigter des Axel Springer Verlages 1967
Dr. Edgar Kull	FBT-Anwalt im Prozess gegen Land Berlin
Annemarie Lorenschat	FBT-Sekretärin, unter Thomas Frank FBT-Prokuristin
Franz Karl Maier	„Tagesspiegel“-Verleger, Vorsitzender des Verwaltungsrates der FBT
Rolf Menzel	SFB, Abteilung Direktion
Heinrich G. Merkel	Herausgeber der „Nürnberger Nachrichten“ und Unterstützer eines Verlegerfernsehens. Gründete 1958 die Freies Fernsehen GmbH, die ab 1959 im Auftrag der Bundesregierung ein zweites deutsches Fernsehprogramm vorbereitete
Hans Jürgen Mesterharm	Geschäftsführer Ullstein GmbH, von Dezember 1978 bis März 1979 interimistischer Geschäftsführer der FBT, Vorsitzender des Geschäftsführungsbereiches Zeitungen des Axel Springer Verlages
Dr. Heinrich Prinz Reus	Generalbevollmächtigte Axel Springers
Hans-Peter Scherrer	Verlagskaufmann bei Ullstein, Ullstein-Vertreter in GV; 1957-1961 Anzeigenleiter „Radio Revue“ und B.Z. 1960-1961 zusätzlich auch Anzeigenleiter „Berliner Morgenpost“. 1961-1964 Zentrale Anzeigenleitung Ullstein GmbH. 1965-1968 Verlagsleiter „Berliner Morgenpost“ und „B.Z.“. 1965 Mitglied im Direktorium im Verlagshaus Axel Springer Berlin 1966 stellvertretender Vorsitzender, 16.09.1968 Vorsitzender des Direktoriums
Horst Schnare	FBT-Geschäftsführer 1960-1978, zuvor Chefredakteur der „Neuen Revue“, gestorben am 1.9.78
Schardt	Hauptabteilung Programmplanung ZDF 1977
Arno Scholz	Verleger und Geschäftsführer der Graphischen Gesellschaft Grunewald (GGG), erst stellvertretender, dann Vorsitzender des FBT-Verwaltungsrates, gestorben am 30.7.71
Oscar Scholz	Geschäftsführer der Graphischen Gesellschaft von 1971 bis 1977, stellvertretender Vorsitzender des FBT-Verwaltungsrates
Kurt Schordan	Graphische Gesellschaft Grunewald, Vertreter von Scholz in Gesellschafterversammlung der FBT 1971
Klaus Schütz	Senator für Post und Fernmeldewesen und Bundesangelegenheiten 1965, ab 1967 Regierender Bürgermeister von Berlin
Hans Sonnenfeld	Vorsitzender des Vereins der Berliner Zeitungsverleger e.V., Chef des Abend Verlages
Walter Steigner	SFB-Intendant
Dr. Stolte	ZDF-Intendant



## Zeitungsverleger-Fernsehen in West-Berlin von 1960 bis 1986

Peter Tamm	Geschäftsführer der Ullstein GmbH von 1960-62, Chef von Ullstein und Axel Springer & Sohn 1964-68, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Verlag AG 1980
Carlfranz Velte	Geschäftsführer der Berliner „Welt“-Ausgabe von 1961-1963
Joseph Viehöver	Programmdirektor des ZDF
Dr. Harald Wauschkuhn	FFB-Liquidator ab 5.5.1982

### 6.3. Auflistung der FBT/FFB-Produktionen

Im folgenden werden die Auftragsproduktionen der FBT von 1960 bis 1980 aufgelistet, so weit sie in den Unternehmensakten dokumentiert sind.

Jahr	Name der Produktion	Art der Produktion	Auftraggeber
1962	„Berliner Polizei“	Inland-Dokumentation	ZDF
1963	„Ideale und Idole der Jugend“	Kultursendung	ZDF
1963	„Ein Arbeitstag in der Berliner Oper“	Kulturdokumentation	ZDF
1963	„Der verlängerte Lebensabend“	Kultursendung	ZDF
1963	„Höchste Eisenbahn“	Unterhaltungssendung	ZDF
1963	Volksrepublik Ungarn	Reportage	ZDF
1963	„Die Fahrt ins Blaue“	Fernsehspiel	ZDF
1963	„Porträt Heinrich George“	Künstlerporträt	ZDF
1963	„Zentrale Berlin“	Innenpolitische Dokumentation	ZDF
1963	„Berliner Philharmoniker“	Kulturdokumentation	ZDF
1963	„Porträt O.E. Hasse“	Künstlerporträt	ZDF
1963	Posen und Lodz	Reportage	ZDF
1963	„Die roten Preußen der Volksarmee“	Dokumentation	ZDF
1963	„Porträt Martin Held“	Künstlerporträt	ZDF
1963	„Porträt Elsa Wagner“	Künstlerporträt	ZDF
1963	„Porträt Berta Drews“	Künstlerporträt	ZDF
1963	„Kabarett an Fäden“	Unterhaltungssendung	ZDF
1964	Martin Held	Künstlerporträt	ZDF
1964	Berta Drews	Künstlerporträt	ZDF
1964	O.E. Hasse	Künstlerporträt	ZDF
1964	Elsa Wagner	Künstlerporträt	ZDF
1964	„Die Kunst dem Volke“	Kulturdokumentation	ZDF
1964	„Unter freiem Himmel“	Kulturdokumentation über gleichnamiges Symposium	Berliner Senat/Auswärtiges Amt
1964	„Lateinamerika in Berlin“	Kulturdokumentation	Auswärtiges Amt
1964	Betriebsfestfilm	Unternehmensfilm	Axel Springer Verlag
1964	„Ein Tag in Berlin“	Kulturdokumentation	Berliner Senat
1964	„Berliner Philharmonische Orchester“	Kulturdokumentation	Auswärtiges Amt
1964	„Porträt Ruth Leuwerik“	Künstlerporträt	ZDF
1964	„Porträt Gustav Knuth“	Künstlerporträt	ZDF
1965	Slowakei	Politische Dokumentation	WDR
1965	„Don Juan von der Discothek“	Unterhaltungsfilm	ZDF
1965	„Island“	Reportage	ZDF
1965	„Folklore in der Slowakei“	Kulturdokumentation	ZDF
1965	„Berliner Philharmonische Orchester“	Kulturdokumentation	Auswärtiges Amt
1965	Musik kennt keine Grenzen	Kulturdokumentation	Auswärtiges Amt
1965	Kurzfilm über „Expotur in Berlin“	Kulturdokumentation	Auswärtiges Amt
1965	Schöneberger Sängerknaben	Kulturdokumentation	Auswärtiges Amt

1965	Japan	Dokumentation	Auswärtiges Amt
1965	„Ferien mit Svenbjörg“	Werbespot	Berliner Werbefunk
1965	„Kaiser, König, Komponist“	Werbespot	Berliner Werbefunk
1965	„Bilder aus der Slowakei“	Werbespot	Berliner Werbefunk
1965	„Kulturstadt Berlin“	Kulturdokumentation	Berliner Senat
1965	„Springer-Haus“, Teil 2	Dokumentation	Berliner Senat
1965	„Don Juan in der Diskothek“	Nicht überliefert, vermutlich Fernsehspiel	Koproduktion mit Univoc, vermutlich für das ZDF
1965	„Berlin-Filme“	Nicht überliefert	Koproduktion mit VDS-Film, vermutlich für das ZDF
1965	„Slowakei heute“	Kulturdokumentation	WDR
1965	Porträt „Gustav Knuth“	Künstlerporträt	ZDF
1965	„Verkehrsunfall“	Fernsehspiel	ZDF
1965	Porträt „Ruth Leuwerik“	Künstlerporträt	ZDF
1965	„Familientreffen“	Fernsehspiel	ZDF
1965	„Die Kunst dem Volke“	Kulturdokumentation	ZDF
1965	„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“	Kulturdokumentation	Berliner Senat
1965	„Entscheidung über Milliarden“	Dokumentation über das Oberste Alliierte Rückerstattungsgericht in Berlin	ZDF
1965	„Leise flehen meine Platten“	Musical nach dem Don-Juan-Motiv	ZDF
1966	„Boleslaw Barlog“	Künstlerporträt	Berliner Werbefunk
1966	„Der Fall der Generale“	Dokumentarspiel	ZDF
1966	„Das Großstadtpony“	Fernsehspiel	ZDF
1966	Die Schöneberger Sängerknaben	Kulturdokumentation	ZDF
1966	„Die Singakademie zu Berlin“	Kulturdokumentation	ZDF
1966	„Die Jugend hört Mendelssohn“	Kulturdokumentation	ZDF/Auswärtiges Amt
1966	Mendelssohn	Kulturdokumentation	Auswärtiges Amt
1966	Berliner Kochstraße	Unternehmensfilm	Auswärtiges Amt
1966	Berliner-Presse-Film anlässlich der Einweihung des Springer-Hochhauses	Presse-Film	Nicht überliefert <sup>419</sup> , vermutlich Axel Springer Verlag
1966	Betriebsfestfilm	Unternehmensfilm	Axel Springer Verlag
1966	Kokoschka malt Berlin	Unternehmensfilm	Axel Springer Verlag
1966	Film über Entstehen einer Zeitung im Verlagshaus Axel Springer in Berlin	Unternehmensfilm	Axel Springer Verlag
1967	„Porträt Hubert von Meyerinck“	Künstlerporträt	ZDF

<sup>419</sup> Wie bereits in der Beschreibung der Quellenlage in Kapitel 1.2. beschrieben, gibt es im Bestand FBT/FFB Lücken bei der Dokumentation der Produktionen. Aus diesem Grunde war es bei einigen Filmprojekten nicht möglich, herauszufinden, für welchen Sender sie gedreht wurden und in welches Genre sie einzuordnen sind.

1967	„Beklagter:das Deutsche Reich“	Inland-Dokumentation	ZDF
1969	„Mit Vollgas ins Glück: gehupt wie gesungen“	Unterhaltungsfilm	ZDF
1970	„Dreißig Silberlinge“	Fernsehspiel	ZDF
1970	„Keilerei in Gips“	Nicht überliefert	Nicht überliefert
1970	„Startspringer“	Nicht überliefert	Nicht überliefert
1970	„Danke, Dr. Hirsch“	Dokumentarfilm	Nicht überliefert
1970	„Anatomie einer Aufführung“	Nicht überliefert	Nicht überliefert
1970	„Vorhang auf“ – Bühnen in Berlin	Kulturdokumentation	Nicht überliefert, vermutlich ZDF oder Auswärtiges Amt
1971	„Gefährliche Streiche“	Kinder- und Jugendserie	ZDF
1971	„Spielen ist unsere Welt“	Nicht überliefert	Nicht überliefert
1971	„Lift und Rahmensport“	Werbespot	„Welt am Sonntag“
1971	„Axel Springer und sein Unternehmen zwischen Israel und Berlin“	Unternehmensfilm	Axel Springer Verlag
1972	„Die Promotionsfeier“	Nicht überliefert	Nicht überliefert
1972	„Bad Schachen“	Unternehmensfilm	Axel Springer Verlag
1972	„Denk mit“	Nicht überliefert	Nicht überliefert
1972	„Meine Geschichte“	Nicht überliefert	Nicht überliefert
1972	Werbespots	Werbespots	„Welt am Sonntag“
1972	„Gefährliche Streiche“	Kinder- und Jugendserie	ZDF
1973	Werbespots für die „Welt am Sonntag“	Werbespots	„Welt am Sonntag“
1973	„Die lieben Haustiere“	Fernsehspiel	ZDF
1973	„Gefährliche Streiche“	Kinder- und Jugendserie	ZDF
1973	„Zerfall einer Großfamilie“	Fernsehspiel	ZDF
1973	„Mitten unter Deutschen“	Nicht überliefert	Koproduktion mit Freie Filmredaktion Produktionsgesellschaft mbH, Berlin; vermutlich fürs ZDF
1974	„Mitten unter Deutschen“	Nicht überliefert	Koproduktion mit Freie Filmredaktion Produktionsgesellschaft mbH, Berlin; vermutlich fürs ZDF
1974	„Zerfall einer Großfamilie“	Fernsehspiel	ZDF
1974	„Der Haupttreffer“	Fernsehspiel	ZDF
1974	Werbespot	Werbespot	„Welt am Sonntag“
1974	„Die lieben Haustiere“	Fernsehspiel	ZDF
1975	„Die lieben Haustiere“	Fernsehspiel	ZDF
1975	„Die verregneten Ferien“	Kinderserie	ZDF
1975	„Der Haupttreffer“	Fernsehspiel	ZDF
1975	Werbespot	Werbespot	BFD
1975	„Der Haupttreffer“	Fernsehspiel	ZDF
1976	„Ein Mann kam im August“	Kinderserie	ZDF
1976	„Der Haupttreffer“	Fernsehspiel	ZDF
1976	„Heiter bis wolkig“	Serie	ZDF

1976	„Kante“	Fernsehspiel	ZDF
1977	„Kante“	Fernsehspiel	ZDF
1977	„Der Haupttreffer“	Fernsehspiel	ZDF
1977	„Heiter bis wolkig“	Serie	ZDF
1977	„Das kalte Herz“	Serie	ZDF
1977	„Die gütigen Augen des Herrn L.“	Fernsehspiel	ZDF
1978	„Das kalte Herz“	Serie	ZDF
1978	„Die gütigen Augen des Herrn L.“	Fernsehspiel	ZDF
1979	„Die gütigen Augen des Herrn L.“	Fernsehspiel	ZDF
1980	„Pfui, Grops und Kniri im Hotel“	Fernsehspiel	BR
1980	„Legen wir zusammen“	Fernsehspiel	WDR

Wenn Produktionen in mehreren Jahren aufgelistet sind, bedeutet dies nicht, dass sie mehrmals produziert wurden, sondern dass sich die Dreharbeiten über mehrere Jahre erstreckten.

#### Quellen:

- Produktionsstand vom 31.5.1963, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.
- Geschäftsjahr 1965, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.
- Überblick über das Geschäftsjahr 1966 vom 26.4.1967, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 2.
- Inhaltsangabe Produktionsverträge Zweites Deutsches Fernsehen, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 11.
- Produktionen 1970 - 1980, in: ASV-UA, Bestand FBT/FFB, Akte 59.